

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter-Abrechnung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berührungsbildungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pf. (zweifache 2-fache Buchstaben), jedes weitere Wort 10 Pf. Gleichzeitige und Schlußzeilen erfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeit für den Papierkorb.

Die Beratung des Militäretats bietet alljährlich die Gelegenheit, ungezählte Wünsche und Beschwerden vorzutragen, deren Berechtigung ernstlich nicht bestritten werden kann. In das Etatsgesetz selbst lassen sich die gewünschten Änderungen in der Regel nicht hineinbringen und so bezieht sich der Reichstag mit Resolutionen. Diese Resolutionen stellen den Ausdruck des Willens der Mehrheit des Reichstages dar, sie sollen Richtlinien sein für das Verhalten der Regierung. In parlamentarisch regierten Ländern sind sie das auch, in Deutschland dagegen sind sie Futter für den Papierkorb der Regierung. Gelegentlich einmal gibt die Regierung eine Zusammenstellung der Entschlüsse des Bundesrats zu den Beschlüssen des Reichstages heraus, bei deren Lektüre man befeht wird, daß und weshalb den Reichstagsbeschlüssen nicht Rechnung getragen wurde. Meist wird dann bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit die Resolution wieder eingebracht und das geht oft Jahre hindurch so fort, bis entweder der Reichstag müde wird, die Forderung erneut zu stellen, oder bis die Regierung sich herabläßt, der Resolution endlich Folge zu geben. So kommt es, daß Resolutionen existieren, die bereits ein recht ehrwürdiges Alter erreicht haben. Der Weg der Resolution bietet aber doch auch für die bürgerlichen Parteien manche Annehmlichkeit. Wünsche, denen man aus parteipolitischen Gründen Rechnung tragen muß, deren Erfüllung aber durchaus nicht erhofft wird, werden in die Form von Resolutionen gekleidet, in der sicheren Erwartung, daß der Bundesrat seine Zustimmung versagt. Auf diesem Gebiete sind neben dem Zentrum besonders die Fortschrittler ungemein produktiv und es macht sich besonders im Wahlkampf sehr schön, wenn man in „allen Lebenslagen“ Resolutionen zitieren kann, für deren Nichterfüllung dann die Regierung, der sofort Urschulde angeklagt wird, als schuldiger Teil bezeichnet wird.

Unlängst der nunmehr fast abgeschlossenen Beratung der Wehrvorlage in der Budgetkommission sind nicht weniger als 23 Resolutionen angenommen worden, denen auch das Plenum die Zustimmung nicht verweigert. Daß viel dabei herauskommt, glauben die bürgerlichen „Resolutionäre“ natürlich selbst nicht, wünschen es vernünftig auch gar nicht. Jedenfalls besteht für die Regierung nicht der leiseste Zwang, auch nur einer dieser Resolutionen Rechnung zu tragen. Sehen wir uns nun einige dieser Resolutionen an:

Der Reichskanzler soll Maßnahmen treffen, den Train zu heben. Tatsächlich gilt der Train, bei all seiner großen Bedeutung für den Ernstfall, in militärischen Kreisen nicht als vollwertige Truppe. Die Offiziere, die zum Train versetzt werden, gelten nicht gerade als besondere Strategen. Der Adel, der sich zu den einzelnen feudalen Reiter-Regimenten drängt, bleibt dem Train fern. Im ganzen Gardekorps ist das Garde-Train-Bataillon der einzige Truppenteil mit einem rein bürgerlichen Offizierskorps. Wirkliche Arbeit zu leisten, die überdies auch noch bestimmte Anforderungen an den Verstand stellt, hat den Adel nie gelockt und wird ihn auch künftig nicht locken. Dieser Resolution ist ein wenig rühmliches Ende sicher. Anders sieht es mit der Resolution, die den Reichskanzler auffordert, für eine Hebung der Wehrfähigkeit der Jugend durch eine bessere körperliche Ausbildung zu sorgen. Um aber zu verhindern, daß etwa auch Arbeiter-Turnvereine die Ueberlassung militärischer Einrichtungen fordern könnten, ist ausdrücklich der Zusatz gemacht, daß darunter nur solche Verbände zu verstehen sind, die das Bestreben haben, durch systematische körperliche Uebung die schulenklassige Jugend für den Wehrdienst vorzubereiten. Aus dieser Resolution werden die staatlichen Behörden, allen voran die Militärverwaltung, das Recht herleiten, noch mehr als bisher den Jungdeutschesbund und ähnliche parasitäre Gebilde zu unterstützen. Andere Resolutionen verlangen die Beseitigung rein adeliger Offizierskorps, den öfteren Austausch der Offiziere der Grenzregimenter, die Verringerung der Burschen, letzteres aber nur insoweit, als eine Anzahl Offiziere zwei Burschen haben, einen als sogenannte Ordnungsmann. Daß die rein adeligen Offizierskorps bestimmter Regimenter mit bürgerlichen Elementen durchsetzt werden, ist nicht anzunehmen, dagegen spricht nach Ansicht des Kriegsministers die „Tradition“. Tradition und Disziplin, das sind die zwei Säulenformeln, mit denen Herr v. Heeringer jeden Einbruch in sein Gebiet zu bannen sucht. An sich betrachtet, könnte es für die Fortbildung der Offiziere, die ihre ganze Dienstzeit in feudalen Garnisonen verbringen, nur von Vorteil sein, wenn sie auch den Dienst in kleinen Grenzregimenten praktisch kennen lernen würden. Wie viele Offiziere eines in der Residenz stehenden Regiments zu Spalierbildungen verwendeten hochfeudalen Reiterregimenten würden wohl bereit sein, eine Verlegung etwa nach Stallupönen mitzumachen? Wenn die höfische Sonne sie nicht mehr aus aller nächster Nähe bescheinen kann, dann sinkt rasch die Freude am Militärdienst. Der Kriegsminister wird dieser Resolution natürlich keine Folge geben; er wird sich darauf stützen, daß es — Tradition ist, daß

diese feudalen Regimenter in der Residenz ihren Standort haben, und mit der Tradition darf unter keinen Umständen gebrochen werden!

Tradition ist es natürlich auch, daß jeder Offizier einen und einen Dienst mit der Waffe teilweise, 11 000 Mann werden ihm fast völlig entzogen. In der Verfassung steht kein Wort davon, daß der Offizier ein Anrecht auf Zuweisung eines Burschen hat, im Militäretat steht gleichfalls nichts davon, aber es existiert eine vor 100 Jahren erlassene Kabinettsorder, die das bestimmt! Vor hundert Jahren hatte Preußen eine Armee, die sich mit der heutigen Armee überhaupt nicht vergleichen läßt. Wer kann wissen, aus welcher momentanen Laune heraus und unter welchen Umständen diese Kabinettsorder damals erlassen wurde! Und daraus leitet die Militärverwaltung das Recht her, 23 600 Soldaten einer gründlichen Ausbildung zu entziehen. Mindestens wird damit bewiesen, daß die heutige Dienstzeit sehr wohl verkürzt werden kann. Ob der strenge Arrest, die geradezu un-menschliche Strafen beseitigt wird, steht dahin, jedenfalls hat die Militärverwaltung ein besonderes Entgegenkommen nicht in Aussicht gestellt. Der nationalliberale Abgeordnete Semler sang sogar ein Loblied auf den strengen Arrest, da andere Strafmittel auf die Soldaten doch nicht abschreckend genug wirken. Herr Semler war als Kolonialinteressent jahrelang Kolonialreferent und er hat offenbar gemeint, seine barbarischen Ansichten über die Regei auf die deutschen Soldaten übertragen zu müssen.

Zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und der Wehrverwaltung hat bekanntlich die Frage des Militärboykotts geführt. Zwar wünscht eine Resolution „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß seitens der Militärverwaltung Soldaten der Besuch einer Kneipe nicht verboten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Ueberzeugung hat oder Angehöriger einer politischen Partei seine Räume zur Verfügung stellt, es sei denn in der Zeit, in der politische Versammlungen in dem Anwesen abgehalten werden.“

Aber es besteht kein Anlaß zu der Annahme, daß etwa nun im Handumdrehen eine andere Praxis angewendet wird. Man darf nämlich nicht vergessen, daß die Willkür der Militärverwaltung, den Boykott zu verhindern, die beste Waffe in der Hand kleinlicher, schikanöser Verwaltungsorgane ist, die es als eine ganz besonders vornehme Aufgabe betrachten, oppositionellen Parteien die Versammlungslokale abzutreiben. Die Militärbehörde fügt sich bei der Verhängung des Boykotts stets auf die Angaben der Verwaltungsbehörden, die natürlich wiederum bestrebt sind, ihr oft mehr als bescheidenes Teil zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beizutragen. Gleichwohl steht die Tatsache fest, daß das heutige System des Militärboykotts für die Zukunft einfach nicht zu halten ist.

Eine besonders fihliche Frage schneidet eine andere Resolution an, die Ersparnisse verlangt

- a) durch Einführung einer kriegsgemäßen, einfachen und einheitlichen Uniform für Krieg und Frieden;
- b) durch den Ersatz von aktiven Offizieren für alle Stellen, für welche die Gelddienstauglichkeit nicht mehr die unbedingte Voraussetzung ist, durch inaktive Offiziere;
- c) dadurch, daß Offiziere, die für ihre Stellen noch vollkommen geeignet sind, nicht nur deshalb pensioniert werden, weil ihr Nachmann sie übersprungen hat.

Die Verwendung angeblich oder wirklich nicht mehr selbstständiger Offiziere ist zu einer sehr brennenden Frage geworden, seitdem die große Säge geradezu elektrisch betrieben arbeitet. Die Wehrverwaltung ist bestrebt, möglichst viele Stellen für aktive Offiziere zu schaffen, so daß die Möglichkeit für die inaktiven Offiziere immer mehr schwindet, von der Wehrverwaltung beschäftigt zu werden. Bei den Beförderungssachen z. B. könnte man ganz gut inaktive Offiziere verwenden, allein diese Stellen braucht man wieder für aktive Offiziere, damit sie sich die Anwartschaft auf eine höhere Pension erwerben können. Eine Änderung im System der Pensionierungen widerstreitet aber nach Ansicht der Wehrverwaltung der vielgerühmten Tradition und der Disziplin. Reform des militärischen Beschwerderechts, Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen, Revision des ehrengerichtlichen Verfahrens — lauter Dinge, die von den Sozialdemokraten seit Jahren gefordert werden. Daß diesen Forderungen jetzt ein anderer Erfolg beschieden sein wird, nachdem sie von bürgerlicher Seite erhoben worden sind, ist nach den seither gemachten Erfahrungen kaum zu erwarten. Das trifft auch zu für die geforderte Reform des Einjährig-Freiwilligendienstes, für Bekämpfung des Luxus in der Armee und für ein paar Duzend anderer Wünsche, die geäußert worden sind.

Zentrum und Liberale haben verhandelt, die Wehrvorlage sei eine dringende Notwendigkeit, ihre Bewilligung müsse aber an die Bedingung geknüpft werden, daß die Wehrverwaltung dem Reichstag Zugeständnisse auf den verschiedenen Gebieten machen müsse. Das hat die Wehrverwaltung nun aber nicht getan, die Annahme der Resolutionen konnte sie freilich nicht verhindern. Was aber sind Resolutionen, die die Wehrverwaltung

zu nichts verpflichten? Mit diesen Resolutionen gleich Stalps am Gürtel werden die Liberalen und die ultramontanen Redner hinausziehen, zu verkünden, was sie erreicht haben, und die Wehrverwaltung läßt es geschehen und — läßt sich den Buckel voll. Die Beratungen haben nämlich gezeigt, daß die vorhandenen Mißstände im System wurzeln und daß sie nur gleichzeitig mit dem bestehenden System beseitigt werden können. Das erreicht man aber nicht damit, daß man Material liefert für den Papierkorb des Bundesrates, sondern nur dadurch, daß man die Forderungen der Wehrverwaltung ablehnt und daß man nicht rastet, bis mit diesem System ein für allemal gebrochen wird.

Der Ertrag des einmaligen Wehrbeitrages.

Eine Subkommission der Budgetkommission des Reichstages hat bekanntlich in vertraulichen Verhandlungen mit der Regierung eine Grundlage für die Erhebung des Wehrbeitrages geschaffen, nach der die unterste Vermögensgrenze für die Erhebung wesentlich heraufgesetzt und das Einkommen in kapitalisierter Form mit zu dem Beitrag herangezogen wird. Das Reichschatzamt war ersucht worden, eine Berechnung des Ertrages nach diesen Grundlagen anzustellen. Diese Berechnung liegt jetzt vor. Nach den Beschlüssen der Subkommission legte das Reichschatzamt seinen Berechnungen die folgenden Beitragsätze zugrunde:

von den ersten	50 000 M.	0,1 Proz.
weiteren	50 000	0,35
„	100 000	0,45
„	300 000	0,55
„	500 000	0,65
„	500 000	0,75
„	1 000 000	1,0
„	3 000 000	1,1
„	5 000 000	1,2
„	5 000 000	1,3
„	Beträgen	1,5

Die Erträgnisse sind, hiernach berechnet, folgende:

Vermögen von:	Zahl der Jenigten	Ertrag in Millionen Mark
30 000— 50 000	?	4,727
50 000— 100 000	196 890	23,143
100 000— 200 000	88 356	35,384
200 000— 300 000	47 507	58,996
300 000— 500 000	18 793	49,272
500 000— 1 000 000	5 923	49,477
1 000 000— 2 000 000	2 597	62,982
2 000 000— 5 000 000	574	39,116
5 000 000— 10 000 000	127	17,096
10 000 000— 15 000 000	49	9,898
15 000 000— 20 000 000	23	6,430
20 000 000— 25 000 000	22	7,421
25 000 000— 30 000 000	20	10,084
30 000 000— 50 000 000	10	10,091
50 000 000— 100 000 000	4	12,524
über 100 000 000		

Diese Aufstellung gilt nur für Preußen, da dem Reichschatzamt nur die preussische Einkommens- und Ergänzungssteuerstatistik für die Ertragsberechnung vorlag. Preußen hätte also zusammen 396 Millionen Mark aufzubringen, und da man bis zum 31. Dezember noch eine Vermögenszunahme von 13 1/2 Proz. mit einem Ertrag von 53 Millionen Mark erwartet, so würden rund 450 Millionen Mark Vermögensabgabe auf Preußen entfallen.

Das Reichschatzamt berechnet die Einnahme im Reich nach dem Verhältnis von 8:5 gegenüber Preußen, so daß nach dem vorstehenden Ergebnis rund 720 Millionen Mark für das ganze Reich zu erwarten wären.

Hierzu kommt nun der Wehrbeitrag vom Einkommen, der in Preußen, nach den Steuersätzen der Subkommission berechnet, auf 73,8 Millionen M. veranschlagt wird. Ungerechnet auf das Reich, wieder nach dem Verhältnis von 8:5, ergibt die Einkommensbesteuerung 120 Millionen Mark, so daß der vom Reichschatzamt berechnete Betrag sich auf 840 Millionen Mark beläuft. Die offiziöse Mitteilung über diese Steuerberechnung erklärt dies Ergebnis für nicht befriedigend. Voraussetzung sei gewesen, daß mindestens 1000 Millionen Mark erzielt werden. Die Budgetkommission werde also zu einer Erhöhung der Höhe des Wehrbeitrages vom Vermögen kommen müssen, umso mehr, als sich eine lebhaftere Bewegung gegen den Vorschlag der Einkommenskapitalisierung geltend mache.

Politische Ueberblick.

Ablenkung.

... In einem Land, das ein Reichstagswahlrecht wie das unsere hat, wird sich immer nur eine geduldige oder heimliche Minderheit für die chinesische Schachtel des preussischen Wahlrechts interessieren lassen. Ihr könnt euch auf den Kopf stellen und mit den Füßen zum Volke reden: Wie wird dieser Wahlmodus eine Mehrheit hervorbringen — die Mehrheit, von der schwärmerische „Evolutionäre“ erwarten, daß sie eine Reform des Wahlrechts „erzwingen“. Eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die die Einführung des Reichstagswahlrechts „erzwingen“, ist gar nicht denkbar.

Selbst wenn sie vor den Wahlen, in Form von Wahlversprechen, bestanden hätte, so wäre sie bereits vor Zusammenritt des hohen Hauses nicht mehr vorhanden.

Nur wer das Abgeordnetenhaus kennt, weiß, was die reformfreundigeren der Volksmänner, bis in die Reihen der Fortschrittler hinein, an diesbezüglichen Dintergedanken leiden!

Immerhin haben sie die Veruhigung, daß das bestehende Wahlrecht sie jeder Gefahr entseht, eine „einräumende“ Wahlreform zu erzwingen.

Mit dem berühmten Stimmzettel — den es überdies bei den preussischen Wahlen gar nicht gibt — ist da nichts zu machen. Der Kampf um ein anderes Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus kann und wird nicht in den drei „Abteilungen“ ausgefochten werden. Dieses Wahlrecht wird nicht reformiert. Entweder es bricht, unter dem nötigen Druck, zusammen, oder es bleibt im wesentlichen wie es ist.

Wahlen wie die, die jetzt stattgefunden haben, scheinen mir eine mäßige Ablenkung.

Franz Kaber Schmitt im „März“.

Militärischer Kulturwund.

Ein englischer Philanthrop, Sir Max Wächter, hat in einer Broschüre „England, Deutschland und der Friede Europas“ eine Zusammenstellung der alljährlichen Militärausgaben Europas gegeben und sehr zeitgemäße Glossen an diese Rechnung geknüpft.

Wächter bezeichnet die jährliche Wehrlast Europas auf 7320 Millionen, sicherlich um eilliche Milliarden zu wenig, wie seine Veranschlagung der deutschen Rüstungsausgaben beweist, die er mit nur 1400 statt 2000 Millionen anseht. Freilich wären auch schon 7320 Millionen jährlich eine ungeheuerliche Summe. Denn Sir Wächter beantwortet die von ihm aufgeworfene Frage: „Was bedeutet diese Summe?“ folgendermaßen:

„Der Panamakanal wird, wenn vollendet, ungefähr 1600 Millionen Mark kosten. Europa gibt also für seine Kriegsrüstungen jährlich mehr als viermal so viel aus, wie die Kosten des gewaltigsten und teuersten Ingenieurunternehmens der Welt betragen. Wenn wir den Wert von Handelsschiffen im Durchschnitt zu 600 M. pro Tonne brutto ansehen, so beträgt der Wert der ganzen englischen Handelsflotte von 10000 Schiffen und von 19 Millionen Tonnen brutto 5700 Millionen Mark, während der Wert aller Handelsflotten der ganzen Welt, die 40 Millionen Bruttotonnen umfassen, 12000 Millionen Mark beträgt. Die europäischen Staaten geben, wie wir gesehen haben, für ihre Land- und Seerüstung 7320 Millionen Mark pro Jahr oder über sechshundert Millionen Mark pro Monat aus. Wäghin geben sie alle 10 Monate eine Summe aus, die dem Werte der ganzen Handelsmarine Englands gleichkommt, und alle 20 Monate einen Betrag, der ebenso groß ist wie der Wert aller Handelsschiffe der ganzen Welt. Europa verwendet jedes Jahr bedeutend mehr für Rüstungszwecke als für Erziehung, Hygiene und alle anderen sozialen Zwecke zusammen. Außerdem wachsen die militärischen Ausgaben der Völker von Jahr zu Jahr mit fortwährend gesteigerter Schnelligkeit.“

Dabei sind die Geldverluste nicht die einzigen, die zu beklagen sind. Die gegenwärtige Organisation Europas führt nämlich nicht bloß zu einer enormen Geldverschwendung, sondern auch zu einer ebenso enormen Verschwendung von menschlicher Energie und von menschlicher Arbeit. Mehr als 4 Millionen der leistungsfähigen jungen Leute stehen in den Heeren und in den Marineen Europas unter Waffen, und mehr als eine Million Jünglinge sind fortwährend mit der Produktion von Kriegsschiffen, Waffen, Pulver und anderem Kriegsmaterial beschäftigt. In anderen Worten: mehr als 5 Millionen der tüchtigsten Arbeiter, die in Landwirtschaft und Industrie zum Wohle der Volksmassen tätig sein könnten, werden der Produktion entzogen. Durch diese Entziehung von 5 Millionen der besten Arbeiter und von 1 Million Armeepferden werden die Völker Europas jährlich um eine Summe geschädigt, die mehrere tausend Millionen Mark beträgt.“

Für uns Sozialisten ist das ja nichts Neues. Das Bürgertum in seiner ungeheureren Mehrheit aber, an das die Betrachtungen Sir Max Wächters gerichtet sind, ist taub gegen alle Argumente der Vernunft. Hat es doch sogar das Moskiew-Blatt fertig gebracht, einem berühmten deutschen Gelehrten, dem Professor Wilhelm Ostwald, aus einem Artikel über die kultur-

mörderischen Folgen des Rüstungswahns im allgemeinen und der neuesten deutschen Wehrvorlage im besonderen die drastischsten Stellen zu streichen!

Das Schicksal der modernen Kultur ist nun einmal untöschlich mit der modernen Arbeiterklasse und ihren sozialistischen Idealen verknüpft!

Ganz wie bei uns.

Eine der furchtbarsten Menschheitsorgen ist die Krebskrankheit. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich die medizinische Forschung bemüht, das Wesen dieser mörderischen Krankheit zu erforschen und Mittel zu ihrer Heilung zu finden. Sicherlich wäre die Medizin schon viel weiter, wenn ihr nur ein Hundertstel, ja nur ein Tausendstel jener Riesensummen für Forschungszwecke zur Verfügung stände, die alljährlich der Jubegriff aller Kulturfeindlichkeit, der Fort aller Menschheitsfreudigkeit, der Militarismus, verschlingt.

In der neueren Zeit haben verschiedene renommierte Mediziner über vielversprechende Heilerfolge berichtet, die durch Radiumbestrahlung gerade auch bei Krebs erzielt worden sein sollen. Lasse sich auch bei der Kostspieligkeit solcher Behandlung kein abschließendes Urteil über die neue Form der Krebsbekämpfung fällen, so ermutige doch der erzielte Erfolg mindestens die Fortführung der Versuche im großen Stile.

Deshalb hat denn auch die medizinische Fakultät der Stadt Wien die heroischsten Anstrengungen gemacht, um von der österreichischen Regierung 200 000 Kronen für Beschaffung eines Gramms Radium zu erlangen. Die weitläufigsten Konferenzen und diplomatischen Verhandlungen sind zwischen der Fakultät und den Regierungsvertretern wegen des Gramms Radium, das heißt der 200 000 Kronen, gepflogen worden — vergebens! Für einen wichtigsten Kulturzweck, für Bekämpfung einer furchtbaren Krankheit, die alljährlich Tausende von Menschen qualvoll vernichtet, hat Deutschlands Bundesrat keine 200 000 Kronen (= 170 000 M.) übrig. Umso weniger, als die österreichische Radiumsuchung während des Balkankonflikts ja Hunderte und Aberhunderte von Millionen gekostet hat!

Ganz wie bei uns! Denn auch bei uns sind die Staatsausgaben für hygienische Zwecke lächerlich geringfügig. Auch bei uns sind ausreichende Mittel für die Krebsforschung nicht vorhanden. Dafür wird auch die Mehrforderung unseres Militarismus — für nur drei Jahre 1400 Millionen mehr! — umso sicherer bewilligt werden!

Das Jahrhundertfestspiel ohne Preußenfahnen und Eisernes Kreuz.

Allen Hurratrioten, denen eine Jahrhundertfeier verfehlt erscheint, wenn sie sich über das Niveau einer byzantinischen Komödie erhebt, ist bitterer Schmerz widerfahren: Das Jahrhundertfestspiel Oberhart Hauptmanns erweist sich als ungenügend „patriotisch“!

Der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt ein bekümmertes Patriot:

„Die heutige Sonnabendvorstellung zum Gedenken der Befreiung Preußens vor hundert Jahren war bei aller glänzenden Aufführung nur eine Verherrlichung der französischen Revolution, eine Verherrlichung Napoleons und eine Verherrlichung Preußens und seiner Felder. Das Eiserne Kreuz und die Preußenfahne glänzten durch Abwesenheit, dafür herrschte das schwarz-rot-goldene Banner. Bezeichnend für den Geist des ganzen Stückes war der Jubel eines gewissen Teils der Breslauer Bevölkerung.“

Unser Breslauer Mitarbeiter bestätigt uns, daß im konservativ-kerikalischen Lager durchgängig die Stimmung herrscht, die in dem Agrarierblatt zum Ausdruck kommt. Er schreibt uns:

Das mit Spannung erwartete Jahrhundertfestspiel Hauptmanns in der Breslauer Halle der Zehntausend brachte den „Patrioten“ eine unangenehme Ueberraschung. Die konservativ-kerikale Presse konstatiert grollend, daß Hauptmann seine Dichtung nicht in eine Verherrlichung, sondern in eine Verdammung des Krieges und eine Apotheose des Friedens auslingen läßt. Schon in der Erstaufführung am Sonnabendabend wurde der Protest der blaueschwarzen Patrioten laut, die es Hauptmann nicht verzeihen konnten, daß er seine höchste Kraft in die Schilderung einer Revolutionszene von 1793 legte und die Gestalt Napoleons historisch würdigt, während er den König Friedrich Wilhelm von Preußen, den Jaren und den österreichischen Kaiser in der Versenkung verschwinden läßt. Das kerikale

Breslauer Blatt erhebt feierlichen Einspruch gegen das Stück Hauptmanns:

„Wir wollten keine Verherrlichung der Revolution in der Jahrhunderthalle, keine Verherrlichung eines faulen Friedens, wenn es sich um die höchsten Güter der Nation handelt.“

Daß gerade ein kerikales Blatt diesen Absichten vor dem Frieden hat, ist übrigens für die neuere Zentrumsrichtung bezeichnend. Der Vers, an dem die gutgesinnte Welt am meisten Anstoß nimmt, lautet:

„Allein ich sehe dümmern fern des Friedens Tag, So sehr die gistische Besilenz auch heute noch Und finsterner Wahnsinn toben in Europas Blut.“

Der Schluß, an dem Kriegshelden Blücher gerichtet, sagt:

„Du wader Grauloff lieg an Deinem Ort, Was leben bleiben soll, das sei Dein Wort. Ich schenk es Deutschland, breun es in sein Herz — Nicht Deine Kriegslust, aber Dein Vorwärts!“

Dieses „Vorwärts“ fiel den festfeindenden Rückwärtsfern besonders hart auf die Nerven, sie zischten denn auch wieder am Schluß des Festspiels.

Man schlägt sich und verträgt sich.

Der von uns in Nr. 133 mitgeteilte Vorgang aus dem Wahlkreise Stolp-Lauenburg hat noch ein Nachspiel gehabt: es ist jetzt ans Tageslicht gekommen, daß auch die Konservativen genug Dreck am Stecken haben. Der Vorsitzende des liberalen Wahlvereins erklärt in den liberalen „Stolper Neuesten Nachrichten“ folgendes: Von zehn Konservativen, darunter auch der Landrat, Landtagsabgeordneter Bräning, war gegen Schwachow Strafantrag gestellt worden. Da Schwachow nun während der Wahlbewegung von einem Vorstandsmitglied des konservativen Vereins ein anonymes Schreiben beleidigenden Inhalts erhalten hatte, erwiderte er sich und stellte gegen das Vorstandsmitglied Strafantrag. Nun war Holland in Not und es kam zwischen den Konservativen und den Liberalen zu einem Vergleich. Die Strafanträge sollten von beiden Seiten zurückgenommen und über die Angelegenheit beiderseits Stillschweigen beobachtet werden, auch sollte die beiderseitige Presse von den Vorgängen nichts berichten. Unter diesen Bedingungen nahmen neun von den konservativen Antragstellern den Strafantrag zurück. Der zehnte aber, Landtagsabgeordneter v. Bräning, verlangte von Schwachow ein im einzelnen formuliertes Schriftstück, durch das Schwachow erklären mußte, daß seine Behauptungen jeder Grundlage entbehrten und er nicht in der Lage sei, Vorgänge anzuführen, die seine Behauptungen bewiesen. Schwachow gab diese Erklärung ab, nach der liberalen Darstellung, um die betreffenden Zeugen der Vorgänge vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, die ja in Hinterpommern nicht ausgeblieben wären, auch wenn die Vorgänge passiert wären.

Peter Schwachow erhielt dafür von dem Vorstandsmitglied des konservativen Vereins eine schriftliche Erklärung, in der sich dieser als Verfasser des anonymen Briefes bekannte und wegen der Beleidigung um Entschuldigung bat. Die beiderseitigen Strafanträge wurden darauf zurückgenommen, ebenso ein dritter Strafantrag gegen einen liberalen Redakteur. Auch wurde auf das bestimmteste vereinbart, daß, abgesehen von der festgelegten Veröffentlichung durch den Landrat im Kreisblatt, keine der hiesigen Zeitungen einen Bericht über die Vorgänge in die Öffentlichkeit bringen sollte. Trotzdem brach man auf konservativer Seite das gegebene Wort.

Auf die weitere Entwicklung der fauberen Angelegenheit dürfte man gespannt sein.

Certelsche Erziehungsergebnisse.

Zu der Arbeitslosendemonstration in Breslau, die von der Polizei in der üblichen Weise verhindert werden sollte, hatte die „Deutsche Tagesztg.“ bemerkt:

„Wenn die Arbeitslosen in den Städten, die nicht auf dem Lande arbeiten wollen, sich zu einer förmlichen Gefahr für den friedlichen Bürger ausbilden, so wird es die höchste Zeit, daß härtere Maßnahmen gegen sie ergriffen werden.“

Diese freundliche Stellungnahme hat einen Agrarier in Schreibendorf, Kreis Strehlen, veranlaßt, folgende gefühlvolle Karte an den Vorsitzenden des Breslauer Gewerkschaftsvereins zu senden:

„Bitte, schicken Sie Ihre sogenannten Arbeitslosen, auf deutsch: Faulenzer, Summler, die neulich demonstriert, aus dem Land. Die müssen uns für teures Geld Ruthenen, Russen, Polen, Schweizer usw. kommen lassen, weil Sie und Ihr Anhang Landarbeit nicht mehr leisten mögen, lieber in die Stadt gehen, Gelegenheitsarbeit oder gar keine suchen, Ihre Damen auf der Gartenstraße, und dann möchten wir Ihre inberulose Nachzucht hier mit Ruhmlich auskurieren.“

Die Schule der Diplomaten.

London, 30. Mai. (Fig. Ver.)

Heute, da durch die geschichte oder ungeschichte Führung der Diplomaten, wie die Erfahrung gelehrt hat, die Lebensinteressen der Volksmassen aufs empfindlichste berührt werden und die Völker daher der Leistung der auswärtigen Angelegenheiten immer mehr Beachtung schenken, ist ein Buch, das die Probleme, die die auswärtige Politik der modernen Welt beschäftigen, in anregender Weise und ohne die übliche diplomatische Geheimniskammer behandelt, nur zu begrüßen. Ein solches Buch ist das unlängst von Sir Harry Johnston herausgegebene Werk: „Common sense in foreign policy“ („Der gesunde Menschenverstand in der auswärtigen Politik“). Sir Harry Johnston ist der verdienstvolle Afrikaforscher, der Gründer des britischen generalafrikanischen Protektorats, dem das englische Reich viel verdankt. Er betrachtet zwar das Streben der kapitalistischen Staaten, sich neue Länder zu erschließen, hauptsächlich von dem Standpunkt der imperialistischen Ideologie, die diesen Drang herleitet aus der Pflicht der zivilisierten Länder, auf dem ganzen Erdball die Kultur zu händigen und kommt so zu dem Schluß, daß es im Interesse der Menschheit liege, wenn sich die rivalisierenden Staaten über die Verteilung der noch unentdeckten Länder einigten. Doch auch für den, der den Standpunkt des Verfassers nicht teilt und die zivilisatorischen Vorwände der kapitalistischen Ausdehnungspolitik durchschaut, bietet das Buch manches Interessante. So ist das, was Sir Harry über die Rolle, die heute die Kustiken und Stimmungen des Volkes in der auswärtigen Politik der großen Staaten spielen, sagt, durchaus lesenswert. Wie in allen seinen Schriften erweist sich auch hier der Verfasser als einer jener klugen und umsichtigen Menschen, die der englische Staat ausbildet, um seine Macht in anderen Weltteilen aufzurichten oder zu befestigen, und die nicht wenig dazu beigetragen haben, die englische Kolonialpolitik zu erfolgreich zu gestalten. Man kann es wohl verstehen, wenn eine Kolonialpolitik, die sich weiserer Männer bedient, die wie Sir Harry Johnston den modernen Strömungen wie dem Sozialismus und der Frauenemanzipation verständnisvoll gegenübersehen, weit mehr Erfolg zu buchen hat als eine von ledernen Bureaukraten und kumpfsinnigen Gewaltmenschen ausgeführte Politik. Von besonderem Reiz sind die freimütigen Ausführungen, die Sir Harry über die geistige Ausrüstung des Durchschnittsdiplomaten macht. Er macht sich weidlich lustig über den Verdrüß, dem die Aspiranten für den diplomatischen oder konsularischen Dienst folgen müssen, der von der mittelalterlichen „feudalen“ Universtität Oxford übernommen worden ist und der den künftigen Diplomaten gerade das Wissen vorenthält, welches sie am notwendigsten

brauchen. So schreibt er: „Es mag interessant sein, hier anzugeben, welches die bevorzugten Lehrfächer der Kandidaten im Jahre 1911 waren: Englischer Auktag, Griechisch und Latein, Spanisch, englische Geschichte, moderne Geschichte, politische Wissenschaft, Nationalökonomie und natürlich das obligatorische Französisch und Deutsche. Niemand nahm Zoologie, Botanik oder Mathematik. Die Geologie wurde von einem Kandidaten gewählt, der durchsief, während das melancholische Gebraü, das die Namen Logik und Psychologie und moralische und metaphysische Philosophie führt, nur von einem Kandidaten studiert wurde, der in diesen Fächern die Prüfung bestand. Es war ein Liebeskandidat, der möglicherweise mit der gleich fruchtlosen Form geheimer Aiderheit, die er in China antreffen würde, Vergleiche anstellen wollte. Nur zwei unter den vielen Aspiranten haben sich auch nur die Fragen über Logik, Psychologie, Metaphysik und Philosophie an, die zweifelsohne auf Kosten der Staatskasse von Professoren der (Zwischen) Universität Laputa präpariert worden waren.“

Falls man diese Bemerkungen als mehrerbietig betrachten sollte, möchte ich meine Leser auf die Probefragen verweisen, die in dem Heft über das Examen des Monats August 1911 gegeben werden. Unter diesen Fragen befanden sich: Was waren die Beziehungen zwischen dem Nationalismus und dem Militarismus in der britischen Moraltheorie vor 1811? Ferner: Welche Gründe haben wir, anzunehmen, daß andere Personen existieren? (Man sollte glauben, der Examinator hätte sich vergewissern können, indem er jemanden erfragte, ihn zu treffen.) Dann: Aller Idealismus muß subjektiver Idealismus sein. Man kritisiere dies. Oder: Kann die Ansicht, daß das Diktum de omni et de nullo das fundamentale Prinzip der syllogistischen Folgerung ist, aufrecht erhalten werden?

Dieses veraltete Wäghen im Wortlaut, das für vernünftigen Karikatur eines Burnand oder Karl Twains würdig ist, mag natürlich gewesen sein zum Spintisieren bei den zeitverschwendenden Griechen in warmem Wetter in der Vorhalle oder in den Hallen von Akademie oder zur Verdrögerung der Maßzeit eines intelligenten Angehörigen in vorgeschichtlicher Zeit. Aber welchen Nutzen könnte eine Bekanntheit mit all diesen Wortunsißdämonen der Metaphysik, Logik und Psychologie für einen britischen Gesandtschaftssekretär am Hofe Wilhelms II. haben? oder für einen Liebeskandidaten in der Emzina? oder für einen Gesandten in Argentinien, der die Tatsachen betreffend Maul- und Klauenseuche von A bis Z und die Preise der britischen Kurshornvögel nissen muß und verstehen muß, wie er eine englische Gouvernante aus dem Haushalt eines verurteilten Industrielliers schafft?

Sir Harry Johnston verlangt eine gründliche Umgestaltung des Erziehungsplans für Diplomaten. Er will ihre Erziehung in Einklang bringen mit den Anforderungen der Neuzeit. Er ver-

langt von den jungen Diplomaten, daß sie sich mit juristischen, historischen, politischen und sozialen Fragen beschäftigen, daß sie zum Beispiel Probleme wie die Stellung der Frau in zivilisierten Ländern, Freihandel und Schutzoll, Sozialismus, das Verhältnis in Arbeiterfragen und in Afrika zum Sklavenhandel verstehen. Vor allen Dingen verlangt er, daß man die „monströs anachronistische und unerschämte Inobitische“ Anstellungsbedingung abschafft, nach der jeder, der zum diplomatischen Dienst übergehen will, ein Nebeneinkommen von wenigstens vierhundert Pfund haben muß. Beachtenswert ist auch folgender Passus aus dem Kapitel: „Nur der angeborene Snobismus unerer Staatsleute verhindert, daß der konsularische und diplomatische Dienst für alle Zwecke verschmolzen werden. Die konsularische Arbeit in den großen Handelszentren und Seehäfen würde eine ausgezeichnete Lehrzeit für die Kanzlei und Volkswirtschaft abgeben. Es gibt viele Offiziere in unerer vrächtigen Handelsflotte, die ebenso gut den Kaiser tanzen können, als der feinste Attache in Wien oder Berlin. Verschiedene Gesandtschaften haben in der Vergangenheit auf den Talenten eines laum je genannten Dolmetschers getruht oder eines vicekonsularischen Liebesknechts von gemischter Herkunft, der einen lächerlichen Scherz trug und nicht zu der feinsten Gesellschaft gerechnet wurde, der alle Geheimnisse wußte und sie höchst treu und loyal bewachte, der die Telegramme entzifferte und die meisten der Depeschen in drei Sprachen entwarf und der in dem Lande, in dem er geboren, ähnliche notwendige permanente Vohnsklaven interviewte. Qaden wir, die wir gereist sind und dem Staate gedient haben, nicht alle derartige Menschen gekannt? Den Mann mit dem komischen Namen, mit dem Spitznamen unter dem Personal der Kanzlei, der persönlich dem Auswärtigen Amt ganz unbekannt war, der nur ein Name war, mit dem ein kleines Gehalt in der Liste des Auswärtigen Amtes verbunden war? Und doch ein höchst vertrauenswürdiger Diener des Reiches und die wirkliche Ursache, weshalb wir dies erfahren und beizzeiten innehielten, ehe wir das taten.“

Man hat vielfach die Beobachtung gemacht, daß unter allen Diplomaten sich die englischen noch am vorteilhaftesten ausnehmen. Zweifelsohne ist dies richtig. Bei wichtigen Anlässen sieht sich die herrschende Klasse Englands über die Tradition und den Snobismus hinweg und ernenn Männer wie Cobden, um einen Handelsvertrag mit Frankreich zu schließen, oder Bryce, um herliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu pflegen. Doch wenn schon die Diplomaten in England, wie Sir Harry Johnston versichert, so reformbedürftig ist, um wieviel mehr reformbedürftig muß sie in Ländern wie Deutschland und Oesterreich sein, wo der Mann, der seinen „Henkel“ zu seinem Namen hat, nicht die geringste Aussicht hat — mag er auch noch so befähigt sein — seinem Lande in diplomatischer Eigenschaft zu dienen?

Die Noheit dieser Zusammenstellung von Arbeitslosen mit Dirmen, die dem zahlungsfähigen Publikum dienen, das Hineinziehen lungenkranker Kinder in die Beschimpfungen ist eine Leistung, deren nur Agrarier Dertelcher Erziehung fähig sind. Da zu den Organisationen, die um Abstellung der Not beim Breslauer Magistrat petitionierten, auch die christlichen Gewerkschaften gehören, kann sich der Briefschreiber ja bei ihnen erkundigen, weshalb ein Uebergang von Industrie- und Stubenarbeitern zu landwirtschaftlicher Beschäftigung für viele Arbeiter ausgeschlossen ist.

Der Eid eines Schuhmanns.

Das Schwurgericht zu Essen verurteilte am Freitag nach elfstündiger Verhandlung den Igl. Schuhmann Preuß aus Schonnebeck, Polizeidirektionsbezirk Essen, wegen wissentlichen Meineids und wegen verleumderischer Beleidigung eines katholischen Pfarrers zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. — Schuhmann Preuß hatte dem ihm befreundeten Hefelschmied Konrad, mit dem er in einem Hause wohnte, erzählt, er habe, als er mit einem Kollegen in der Nähe der katholischen Kirche Posten gestanden, nachts gegen 1/12 Uhr mit einer Dirne gesprochen, die gefragt habe, wo der katholische Pastor wohne. Er habe es gesagt und gefragt, was sie da wolle. Da habe die Dirne erwidert, sie sei bestellt; worauf er (Preuß) dann verständnisvoll geantwortet habe, er wisse Bescheid. In seinem Kollegen habe er darauf gesagt: Da kommt Du sehen, was Ihr für Rabetten habt. — Einige Zeit später zeigte Preuß den Konrad wegen einer Lappalie an, worauf dieser ein Strafmandat erhielt. Konrad teilte dann dem Pfarrer brieflich mit, was Preuß über ihn gesagt hatte. Der Pfarrer unterbreitete den Brief der Polizei und Preuß strengte gegen Konrad Klage wegen Beleidigung an. Am 10. September v. J. hatte sich Konrad vor der Strafkammer zu Essen zu verantworten. Preuß bestritt unter seinem Eide, die Geschichte an Konrad erzählt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monate Gefängnis. Die Strafkammer kam jedoch zu einer Freisprechung und zwar auf Grund der Aussagen zweier anderer Zeugen und auch der dem Gericht glaubwürdig erschienenen Angaben des Konrad. Ein Zeuge, ein alter Mann, Vorstandsmittelglied der katholischen Kirchengemeinde und Kirchenassistent, sagte aus, auch ihm habe Preuß die Sache erzählt. Der Sohn dieses Alten war auch zugegen gewesen, als Preuß die Sache dem Konrad erzählt hat. Am Schluß der Strafkammerverhandlung hat dann der Vorsitzende, wie in der jetzigen Schwurgerichtsverhandlung nebenbei durch das Zeugnis eines Richters, der damals mitgewirkt hatte, wie auch durch das Zeugnis des Pfarrers und des Konrad festgestellt worden ist, erklärt, man solle es nun mit der Freisprechung Konrads gut sein lassen. Auch hatte der Vorsitzende die Vertreter der Presse gebeten, von der Sache kein Aufhebens zu machen, und er hat auch den Pfarrer ersucht, die Sache ruhen zu lassen. Dieser hat sich dazu bereit erklärt, wenn nichts in die „rote Presse“ komme. Dann hat der Vorsitzende zu dem freigesprochenen Angeklagten Konrad gesagt: Und Sie, Konrad, gehen Sie ja nicht zur „Arbeiter-Zeitung“. Der Pfarrer scheint sich die Sache aber doch anders überlegt zu haben, denn er machte schließlich doch Anzeige gegen Preuß wegen Beleidigung. Die Staatsanwaltschaft beantragte zunächst noch umfangreicher Untersuchung Einstellung des Verfahrens wegen Mangel an Beweisen. Die Beschlußkammer des Landgerichts war jedoch anderer Ansicht, und so kam es zu der Anklage gegen Preuß wegen Beleidigung und wegen wissentlichen Meineids. Vor der Verhandlung vor der Strafkammer war übrigens Konrad auch noch einmal zum Kommissar geladen worden, der ihn „außerdienstlich“ veranlassen wollte, die ganze Sache zurückzunehmen.

Die Weisenaufnahme vor dem Schwurgericht gestaltete sich für den Schuhmann so erdrückend, daß das Gericht zu der bereits genannten Strafe kam. — Wir fragen, wie wäre die Sache ausgefallen, wenn Konrad nicht das Glück gehabt hätte, solch unverständliche Zeugen zur Seite gehabt zu haben? Dann wäre er wohl unschuldig ins Gefängnis gemannert!

Das Ende des Balkankrieges.

Die internationale Finanzkommission.

Paris, 1. Juni. Das französische Ministerium des Aeußern überfandte den Mitgliedern der Mittwoch zusammen tretenden internationalen Finanzkommission ein Schriftstück, durch welches ihnen ein Ueberblick über die der Finanzkommission obliegenden Arbeiten erleichtert werden soll. Dieses Schriftstück beruht, wie in der Einleitung hervorgehoben wird, auf den von den türkischen Delegierten herrührenden Angaben über die Verwaltung der türkischen Schuld sowie auf den „sehr interessanten Arbeiten der deutschen Delegierten“.

Der „Temps“ behauptet, daß dieses Schriftstück bei gewissen Delegierten Bekremden hervorgerufen habe. Man habe sich gefragt, warum daselbe lediglich den lobenden Hinweis auf die deutschen Darlegungen enthalte und die Darlegungen anderer Delegierten zu ignorieren scheine. Geheiß, die Konferenz sei eine sachmännische und der erste französische Delegierte werde die Pflicht haben, unparteiisch den Vorschlag zu führen. Aber deswegen dürfe man die Politik nicht außer Acht lassen. So bilde es für Rußland einen wesentlichen politischen Akt, in Paris für die Sache der Balkanstaaten einzutreten. Dabei habe Rußland das vollste Recht, auf den Bestand Frankreichs zu rechnen, wie Frankreich seiner Zeit in Algerien auf den Bestand Rußlands gezählt habe. Die Delegierten der beiden verbündeten Länder müßten miteinander in enger Fühlung bleiben, und wenn Frankreich auch die Pflicht habe, die wirtschaftlichen Interessen seiner Inhaber türkischer Wertpapiere zu verteidigen, so dürfe man doch nicht durch Ungefehllichkeiten das Einverständnis der beiden Regierungen gefährden. Minister Michon habe auch in dieser Hinsicht dem Botschafter Iswolsti Zusicherungen gegeben. Wir für unser Teil, so schließt der „Temps“, sind der Ansicht, daß Frankreich in den Orientfragen seinem russischen Bundesgenossen die führende Rolle überlassen muß, und daß Rußland das Recht hat, seine Auffassung zuerst zu äußern.

Ein serbisch-bulgarischer Einigungsvorschlag.

Sofia, 2. Juni. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Die Ministerpräsidenten Paschitsch und Geshow hatten heute nacht in Paris eine Zusammenkunft, um ihre Ansichten über die Lage auszutauschen. Sie einigten sich prinzipiell, daß die Ministerpräsidenten der verbündeten Staaten zusammenzutreten sollen, um zu versuchen, zu einem Einvernehmen über alle die Verbündeten berührenden Fragen zu gelangen.

Ungarn.

Der Prozeß Lulacz-Désh.

Budapest, 1. Juni. (Fig. Ber.) Der Prozeß des ungarischen Ministerpräsidenten Lulacz gegen den gewesenen Staatssekretär Désh hat nun sein Ende erreicht, wenn auch das Urteil des Gerichtshofes noch ausständig ist. — Die königliche Tafel lastete als Gerichtshof zweier Instanz das erstinstanzliche Urteil und räumte die Beweisführung dem Angeklagten ein. Nun wurde bei der nochmaligen Vernehmung volles Licht in das bisherige Dunkel gebracht. Dem Angeklagten Désh, der den Ministerpräsidenten Lulacz den größten Panamisten der Welt genannt und ihn beschuldigt hatte, riesen-

summen, die dem Staat gehörten, zu Wohlwecken verwendet zu haben, gelang die Beweisführung vollkommen.

Die höchsten Staatswürdenträger, gewesene Minister, aktive Staatssekretäre und hohe Staatsbeamte wie auch die leitenden Direktoren der größten Finanzinstitute mühten trotz ihrer zurückhaltenden Aussagen dennoch eingesehen, daß die Anklage des Staatssekretärs nur zu berechtigt sei.

Nun ist es zur Genüge bewiesen, daß der Ministerpräsident zu seiner Bereicherung direkt Geschäfte mit dem Staate abschloß, daß er von Finanzinstituten, die Verträge mit dem Staate abschlossen, riesensummen entgegennahm, die jedoch nur zum Teil der Kasse der Regierungspartei zur Propaganda bei den Reichstagswahlen zugeführt wurden.

Mag das Urteil so oder so lauten: ändern kann es die Sachlage nicht. Gleichviel, ob Désh vielleicht trotz der gelungenen Beweisführung zu einer gelinden Strafe verurteilt oder freigesprochen wird, Lulacz ist gerichtet.

Die Erlaubnis des Königs, daß der gewesene Unterrichtsminister Désh, seines Amtes entsetzt, frei ausreisen dürfe, ruft den Anschein hervor, daß die Stellung Lulacz's nun auch nach oben hin erschüttert ist und die Berufung des Justizministers und Lulacz's selbst nach Wien läßt voraussetzen, daß die Tage der Regierung Lulacz-Tisza gezählt sind.

Ein weiteres Resultat dieses Prozesses wird jedoch die Vernichtung der gegenwärtigen Regierungspartei sein. In dem Prozeß wurde bewiesen, daß diese Majorität mit riesensummen erkaufte wurde, daß es einzelne Bezirke im Lande gab, in welchen die Bestechungen der Wähler 500 000, ja 700 000 Kronen kosteten. Unter diesem Eindruck muß die Partei, die derart zustande kam und die die eigentliche Trägerin der gegenwärtigen Politik ist, zusammenbrechen.

Das Urteil wird Dienstagmorgens publiziert.

Frankreich.

Beginn der Beratung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 2. Juni. Die Kammer begann die Beratung des Gesetzesentwurfs über die dreijährige Dienstzeit. Le Giffé, der Präsident der Seereskommission sprach zugunsten des Entwurfs.

Proteste gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 2. Juni. Auf Veranlassung des Allgemeinen Arbeiterverbandes fanden gestern in verschiedenen Provinzstädten Protestversammlungen gegen die dreijährige Dienstzeit statt.

Spanien.

Wiedertritt des Ministeriums Romanones.

Madrid, 1. Juni. Der König hat den Grafen Romanones mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Romanones erklärte, das neue Ministerium werde die Mitglieder des alten ohne jede Aenderung umfassen.

Italien.

Die Wahl Rasis von der Kammer annulliert.

Rom, 31. Mai. (Fig. Ber.)

Wieder einmal hat sich die Kammer mit der Wahl des Exministers Rasi beschäftigen müssen. Rasi, den die Stadt Trapani seit seiner Verurteilung schon ein Duzend Male gewählt hat, hat jetzt die Zeit hinter sich, während der ihm durch das Urteil des Senats die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt waren. Trotzdem hat die Mehrheit der Kammer ihn nicht für wählbar erklärt, weil er wegen eines Verbrechens verurteilt wurde, das nach dem neuen Wahlgesetz die Wählbarkeit ausschließt. Offenbar sieht die Entscheidung der Kammer, im Gegensatz zu dem Urteil des Senats, der in seiner Eigenschaft als oberster Gerichtshof ohne Appellinstanz den Exminister nur zu einer zeitweiligen Ausschließung von öffentlichen Ehrenämtern verurteilt hatte. Die Kammer hat sich mehr von dem Wunsch leiten lassen, ein moralisches Exempel zu statuieren, als von dem Geist und Buchstaben des Gesetzes.

England.

Die russischen Schergen in Ägypten.

London, 31. Mai. (Fig. Ber.) Die Anstrengungen der englischen Arbeiterpartei, die Regierung zu bewegen, den in Ägypten von russischen Schergen verhafteten Russen Adamowitsch wieder auf freien Fuß zu setzen, haben nichts gefruchtet. Sir Edward Grey erwiderte im Parlament auf eine Rede Mac Donalds, daß es nicht richtig sei, anzunehmen, daß sich ein Ausländer, der nach Ägypten gehe, damit unter dem Schutz der britischen Flagge stelle. Er unterziehe dort der Gerichtsbarkeit des Konsuls seines Heimlandes. Nach den Kapitulationen habe ein Konsul das Recht, die Auslieferung eines Untertanen seines Staates zu verlangen, ohne auch nur Gründe anzugeben.

Formell mag die englische Regierung mit ihrer Untätigkeit im Rechte sein, wie Syllod im Rechte war, als er sein Pfund Fleisch verlangte. Aber eine so leblofe Abstraktion können auch die Kapitulationen nicht sein, daß man auf Grund dieser Vertragsbestimmungen einen Menschen verhaftet und ausliefert, dem noch kein Verbrechen zur Last gelegt worden ist. Und wo bleibt da die nationale Ehre, die sonst, wenn man internationale Handel sucht, stets eine so große Rolle spielt? Wo ist die so oft gehörte Behauptung, daß unter dem Schutze der britischen Flagge jeder verfolgte Flüchtling frei ausatmen kann?

Bei der englischen Arbeiterpartei hat Greys rückgratlose Haltung den größten Unwillen hervorgerufen. Der Sekretär des Londoner Gewerkschaftsartikels hat dem Minister folgendes Schreiben geschickt:

„Mein Vorstand hat mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß er Ihre Antwort als ungenügend, ausweichend und gänzlich unbefriedigend betrachtet. Wichtiger als alle Formalitäten und Fiktionen ist die Tatsache, daß Lord Ritcher heute der wirkliche Herrscher Ägyptens ist und daß in dem Lande ohne seine und Ihre Zustimmung nichts unternommen werden kann. Adamowitsch ist unter der britischen Flagge und mit Ihrer Sanktion unterwerflicher Weise verhaftet worden. Das ist ein Verstoß, das Ihre russenfreundliche Politik der letzten sieben Jahre krönt und das die Wangen jedes freiheitsliebenden Engländer vor Scham erröten machen muß. Das geringste, was Sie jetzt tun können, ist, daß Sie Ihren Einfluß bei der russischen Regierung dazu verwenden, um die baldige Befreiung des Adamowitsch als einen Gnadenakt durchzusetzen, wie Sie es in dem Waleda-Fall taten.“

Nach russischem Gesetz kann Adamowitsch nicht wegen eines Verbrechens verurteilt werden, das in einem Lande, wo es bezogen wurde, kein Verbrechen ist. Er kann jedoch aus Rußland verbannt werden. Auch kann man ihn dort im Gefängnis halten, ohne ihm den Prozeß zu machen, oder ihn auf administrativem Wege nach Sibirien schicken, um ihn lebendig zu begraben. In Anbetracht dieser Möglichkeiten verlangt der „Daily Citizen“ von dem englischen auswärtigen Minister, daß er jetzt wenigstens von der russischen Regierung verlange, daß sie öffentlich eine Anklage gegen den russischen Genossen erhebe.

Amerika.

Ein Gesetz zur Verhinderung unerwünschter Einwanderung.

Washington, 2. Juni. Senator Dillingham wird heute einen Gesetzesentwurf einbringen, der die jährliche Einwanderung aus einem Lande auf zehn Prozent von der Anzahl Personen gleicher Nationalität beschränkt, die nach der letzten Zählung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wohnen. Dillingham nimmt an, daß der Gesetzesentwurf die Einwanderung aus Griechenland, der Türkei, Italien und Oesterreich-Ungarn vermindern und die aus England, Deutschland und den übrigen Ländern des nördlichen und westlichen Europas vergrößern wird.

Aus der Partei.

Lebensliste der Partei.

In München ist starb im Alter von 58 Jahren der Genosse Siegfried Pelz. Der Verstorbene stammte aus Schlessen und kam Ende der 70er Jahre als junger Handlungsgehilfe nach Berlin, wo er die ersten sozialistischen Anregungen empfing. Nach kurzem Aufenthalt in verschiedenen anderen deutschen Städten ging er in die Schweiz; dort wurde er vollends zur Sozialdemokratie herübergeführt. Anfang der achtziger Jahre ging er nach Nürnberg. Hier beschäftigte er sich lebhaft an dem Parteileben, auf dem damals schwer die Fesseln des Ausnahmengesetzes lasteten. Als es wieder möglich wurde, einen sozialdemokratischen Wahlverein zu errichten, besand sich Siegfried Pelz unter den Mitgründern und entsandete eine eifrige Tätigkeit in der politischen Organisation, deren Kassengeschäfte er viele Jahre leitete. Auch wurden ihm vielfach Vertrauensposten übertragen. 1890 und 1893 stellte ihn die Parteigenossen im Wahlkreis Ansbach-Schwabach als ihren Kandidaten für den Reichstag auf. Auf deutschen und bayerischen Parteitagungen war Pelz wiederholt als Delegierter anwesend. In's Privatleben: zurückgezogen, überließerte er vor einigen Jahren nach München. Die Parteigenossen werden seiner ehrend gedenken.

Aus den Organisationen.

Im Agitationsbezirk Zwickau (18., 22. und 23. Reichstagswahlkreis) ist die Mitgliederzahl im verfloffenen Geschäftsjahre von 17 468 auf 18 720 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 3226. Die geringe Mitgliederzahl erklärt sich aus der Abwanderung der Bergarbeiter im 18. Kreise und durch die gewaltige Krise in der Stidereiindustrie im 23. Wahlkreise. Um eine schnellere und vorteilhaftere Erledigung der Agitationsarbeit für den Bezirkssekretär zu ermöglichen, wurde das Sekretariat von Reichenbach nach Zwickau verlegt. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter stieg von 214 auf 252. In einer Reihe von ländlichen Orten des Obervoigtlandes, wo es vor Jahren nicht möglich war, eine Versammlung abzuhalten, sitzen jetzt Genossen im Gemeinderat. — Die Tätigkeit auf dem Gebiete des Bildungswesens wird durch einen Bildungsausschuß mit dem Sitz in Zwickau geregelt. Der Ausschuß veranstaltete für 8 Orte 18 Vortragskurse sowie Lichtbildvorträge usw. Insgesamt wurden 72 Veranstaltungen für 88 Orte getroffen. — Das Parteiblatt „Sächsisches Volksblatt“ hat im Berichtsjahre finanziell besonders gut abgeschnitten. Der Abonnentenstand beträgt 24 000. Die Einführung einer Frauenbeilage und einer Wochenbeilage ist zu konstatieren. — Die Generalversammlung des 18. Kreises sprach sich gegen die Doppellandidaturen zum Reichs- und Landtage aus.

Nachklänge von der Ermordung Schuhmeiers.

Kunshals Bruder, der christlichsoziale österreichische Landtagsabgeordnete und Arbeiterführer Leopold Kunshals hat sofort nach der Ermordung Schuhmeiers durch seinen nun zum Tode verurteilten Bruder einen höchst gerühmten, geradezu rührenden Brief an die Familie des Ermordeten geschickt. Jetzt aber, nach dem Urteil der Geschworenen, wirft Kunshals „Christlichsoziale Arbeiterzeitung“ die Frage auf, ob Schuhmeier nicht selbst an seinem gewaltsamen Tode schuld gewesen sei, weil er einst der Begleiter seines Mörders im Arbeiterbildungsverein „Apollo“ gewesen ist, und weil doch — in der Schwurgerichtsverhandlung wenigstens hätte nachgefragt werden sollen, ob denn nicht dieselbe Sozialdemokratie (deren Opfer Schuhmeier und Kunshals geworden sein sollen!) es ist, die den Nordländer Anhängern gelehrt und empfohlen habe. — Ein nettes Brüderchen, Gleichermassen christlich und sozial! Dabei mußte Kunshals vor Gericht selbst die wüsten Zustände in seinem Elternhause belunden, die den zum Mordmörder gewordenen Sohn beeinflusst hätten!

Eine gescheiterte Interpellation.

Unser österreichisches Parteiblatt, die „Gleichheit“ in Wiener Neustadt, ist wegen einiger harmloser Sätze konfisziert worden, die in dem bürgerlichen „Volkswirt“ in Wien und in einer Anzahl Parteiblätter ungehindert erschienen sind. Nun hat im österreichischen Parlament unser Genosse Bernerstorfer eine Interpellation eingebracht, in der der Justizminister wörtlich gefragt wird: „Schämen Sie sich nicht, daß sich unter Ihrer Verantwortung ein Beamter straflos so frech an den Rechten der Staatsbürger vergreifen darf?“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Freiprozeß.

Wegen Beleidigung von Polizeibeamten wurde Genosse Reumann von der Essener „Arbeiter-Zeitung“ am Freitag zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Unser Essener Parteiblatt hatte im März d. J. die Helldental eines Streikbrechers und des Verhaltens der Polizei bei diesem Akt kritisiert. Hierbei soll die Polizei beleidigt worden sein.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen nach dem Friedensschluß.

London, 2. Juni. (W. T. G.) Wie das Neuterliche Bureau erfährt, haben auf ihrer heutigen Konferenz die Delegierten der Türkei und der verbündeten Balkanstaaten erörtert, welches Vorgehen bei der Abfassung der Protokolle, die dem Vertrage anzufügen sind, einzuschlagen sein wird, und beschlossen, diese Abfassung einer Kommission zu übertragen, die am Mittwoch zusammenzutreten wird. Die Konferenz wird wahrscheinlich am Donnerstag wieder zusammenkommen. Die griechischen Delegierten brachten wiederum das Anliegen vor, die alten Verträge mit der Türkei sollten sofort wieder in Kraft treten; aber die türkischen Delegierten wünschten diese Frage erst nach dem Inkrafttreten des Londoner Vertrages und nach der Diskussion über die anderen Angelegenheiten zu behandeln.

Metallarbeiterausperrung in Stuttgart.

Stuttgart, 2. Juni. (W. T. G.) Nachdem bereits am Sonntag die Arbeiter der Werkzeugfabrikation der Firma A Robert Bosch die Arbeit niedergelegt hatten, ist heute ihrem Beispiel eine weitere Abteilung aus dem Grunde gefolgt, weil Arbeiter wegen Verweigerung einer Arbeitsleistung entlassen worden waren. Da nunmehr durch die Einstellung der Arbeit in zwei wichtigen Betriebszweigen der gesamte Betrieb in Frage gestellt worden ist, hat die Firma den Gesamtbetrieb von heute abend an geschlossen. Es kommen im ganzen ungefähr 4000 Arbeiter in Betracht.

Mein Lieber Genosse,
welche mich zu meinem heiligsten Geburtstag durch Zuschriften und Bepfeifen hoch erfreut haben, spreche ich meinen Dank aus.
Dieser Tag wird mir unvergesslich bleiben.

Isidor Rosenthal
Charlottenburg
zurzeit Seefeld, den 1. Juni 1913.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel, Bezirk 155.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Emil Petzold

Marlannenstr. 36, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
214/7
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Hans Adameczak

Rigauer Straße 77, im Alter von 40 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Bismarck-Friedhofes in Ostend-Schönhausen aus statt.
63/19 Die Ortsverwaltung.

Männerchor Fichte-Georgina 1879
Am Sonntag, den 31. Mai, wurde uns unser lieber Sangesbruder

Karl Seiler

durch den Tod entzogen. Wir werden dem Freunde, welcher sich durch sein ruhiges, schlichtes Wesen die Sympathie aller Sangesbrüder erworben hatte, ein trübes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Reichs-Anerkannte-Friedhofes, Paradenborfer Weg, aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Franz Heiland

Rölliner Str. 13, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Sebastian-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
119/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiterverband
Zweigverein Berlin.

Am 30. Mai nach unser Mitglied, der Bauarbeiter

Wilhelm Hoffmann

(Vogel Weidung).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Philippus-Opferegenstände aus nach dem Bismarck-Friedhofe in der Seestraße statt.
143/4 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brauereiarbeiter

Theodor Mickley

am 30. Mai im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

65/11 Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
(E. V.). Berlin VI.

Nachruf.

Am 28. Mai verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied

Karl Müller

im 38. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
258/7 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die zahlreiche Teilnahme an der Beerdigung meines Sohnes und Bräutigams, unseres guten Baters und Bruders **Wilhelm Werner** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Bezirk 155 (6. Wahlkreis), dem Bäckerarbeiter-Verband und dem Sängerverein "Liberia" unseren besten Dank.
10936
Familie Werner.

Für die Beteiligung und herrlichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Baters, sagen hierdurch allen, den Kollegen und Genossen den herzlichsten Dank.
582
Bitte **Wilhelmine Köhler** nebst Kindern, Lohringer Str. 67.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes sage ich hierdurch allen meinen werten Vätern und Verwandten meinen aufrichtigsten Dank.
191/3
Wwe. Lanneberger.

Dankagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung unserer einzigen unversehrten, lieben Tochter

Klara

sagen wir allen daran Beteiligten unseren tiefgefühltesten Dank. (10896)

Die tiefbetäubten Eltern
Theodor Bastidon und Frau.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
lesers elegants

Herren-Moden
fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz

Julius Fabian
Schneidermeister

I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37

II. Geschäft:
Turmstr. 18¹ Kohn Laden

III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14
Nur 2. Etage

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute Dienstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14 (großer Saal):

Vortrag mit Lichtbildern über die Internationale Baufachausstellung in Leipzig.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Dr. Weill.**

Morgen Mittwoch, den 4. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstätt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstätt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungslokale:

Tischler.
Südwesten und Westen: in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Süden: bei Glesing, Wollersdorferstr. 69.
Südosten I u. II: im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.
Osten I: bei Kluge, Langestr. 53.
Osten II: bei Guth, Warshauer Str. 61.
Osten III: in Frederiksdorfs Gesellschaftshaus, Frankfurter Allee 127
Oestliche Vororte: bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 47, Ecke Scharnweberstraße.
Nordosten: bei Wertmann, Gr. Frankfurter Str. 15.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglio Schwebler Straße 23.
Wedding und Moabit: bei Kaczarowetz, Ravenstr. 6.
Weißensee: im Prälaten, Reberstr. 122. Abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: im Ideal-Kasino, Reichelstr. 8.
Schöneberg: um 8 1/2 Uhr bei Ruffsch, Weininger Str. 8.
Charlottenburg: bei Thunad, Wielandstr. 4.

Küchenmöbelbranche bei Rüdiger, An der Stralauer Brücke 3
Laden- und Kontormöbelbranche abends 8 1/2 Uhr bei Fernel, Holzmarktstr. 21.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff Admiralstr. 18c.
Bezirk 2: Osten bei Bräuner, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glesing, Kopenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Zache, Lindower Str. 23.
Bezirk 5: Neukölln bei Schent, Rosenstr. 24.
Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter
Osten: bei Voeker, Weberstr. 17.
Südosten: im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c.
Norden: bei Günther, Brunnenstr. 96.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Kofin, Gubener Str. 19.
Südosten und Südwesten bei Verste, Ritterstr. 123.

Konsum-, Produktiv- und Sparverein
Zehlendorf und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Nachtrag zur Tagesordnung der Generalversammlung am 4. Juni:
Zu Punkt 3: „Erfahrungswahl zum Aufsichtsrat“.
Zu Punkt 4: „Dem Vorstand und Aufsichtsrat Vollmacht zu erteilen, Grundbesitz zu veräußern und zu erwerben“.
NB. Das Referat zur „Vollstreckung“ hält Genossin Gertrud Rodahl.
105/13
Der Aufsichtsrat: Otto Jökel, G. Semler.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt Norden, 2433.

Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinhadern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.
Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal rot und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Kios Cigaretten
Kurprinz 3 Pig
Fürsten 4
Welt-Macht 5
Auto-Klub 6
Aero-Klub 10
Kios-B.Z. Cigarette Stück 4 Pfennig.

Nicht am eleganten
Schuh allein, nein, an allen Schuhen sollten Sie Continental Gummi-Absätze tragen. Dauerhafter als Leder. Keine Erschütterungen des Körpers. Angenehmer, elastischer Gang. Fordern Sie stets von Ihrem Schuhmacher
Continental Gummi-Absätze
Anch erhältlich in den Lederhandlungen u. Schuhgeschäften.
Schweimer Gummiwaren-Industrie G.m.b.H., Schweim i.W.
Continental

Maschinenarbeiter abends 8 Uhr bei Voeker, Weberstr. 17.
Tagesordnung: 1. Der Zweck unserer Lohnfeststellung. 2. Vortrag. 3. Verbandsangelegenheiten.

Einsitzer im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 9.

Modelltischler abends 8 Uhr bei Waldt, Pflugstr. 5.

Stellmacher bei Hummel, Sophienstr. 5.

Jalousiearbeiter abends 8 1/2 Uhr bei Walter, Waldertstr. 62.

Kisten- und Koffermacher abends 8 1/2 Uhr im Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.

Korbmacher bei Krause, Mustauer Str. 20.

Bürstenmacher bei Breuh, Holzmarktstr. 65.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Reichhorstr. 5.

Klavierarbeiter abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelufer 14, Saal 5.

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wählisch, Skallerstr. 22.

Bodenleger im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 10, 8 Uhr.

Vergolder im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Arbeitslokal.

Donnerstag, den 5. Juni:

Stockarbeiter abends 6 Uhr im Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.

Sargtischler abends 7 Uhr bei Kühn, Petersburger Str. 84.

Bezirk Ober-Schöneeweide.

Heute Dienstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Warnede, Bismarckstr. 18:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Universal Fernglas 1913
Ein billiges aber gutes Glas!
Hervorragende Lichtstärke, erzeugt durch Riesenslinsen außergewöhnlicher Qualität, zaubert Bilder von überraschender Plastik hervor. Enorme Helligkeit, welche noch bei Dämmerung die fixierten Gegenstände, wie durch einen Reflektor beleuchtet, deutlich erkennen läßt, macht unser Modell 1913 zum besten Universalglas für Reise, Sport, Theater, Jagd etc. Zusendung erfolgt ohne jede Anzahlung.
5 Tage zur Probe mit bedingungslosem Rücksendungsgerecht. Preis mit feldtäglichem Etui und zwei Umhängeriemen nur 36 Mark und 10% bei monatlichen Teilzahlungen von nur 2 Mark. Bei Nichtgefallen haben Sie nur die minimalen Postspesen zu tragen. Verlangen 3 e Ansichtsendung. Postkarte genügt.
Bial & Freund, Postfach 120/547 Breslau II

Boa Lie
Das dritte Getränk ein Naturtrank aus frischen Zitronen mit durch Gärung selbst erzeugter (also nicht künstlich eingepreßter) Kohlensäure.
Boa Lie ist zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte oder durch
Boa Lie G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2
Charlottenburger Ufer 70 / Fernspr.: Amt Steinplatz 1904, 4661

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5-
Tabak-Großhandlung und Tabaktabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Bei Rückgratverkrümmung glänzende Erfolge
mit meinem berühmten regulierbaren Redressions-Apparat — System Haas — für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat wurde auf dem 10. Aerzte-Kongress in Lemberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet und erhielt auf der Internationalen Hygiene-Anstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille. Prospekt und sachmännische Erläuterung kostenlos.
Berlin W. 35, F. Menzel, Schöneberger Ufer 28

Gewerkschaftliches.

Moderne Streikbrechervermittlung.

„Streng vertraulich! Im Interesse der Sache ist strengste Discretion erforderlich. Es wird höflich gebeten, bei Beantwortung diesbezüglicher Schreiben keine Postkarten zu benutzen.“

„Infolge heutiger Lage auf dem Arbeitsmarkt und des Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft sowie deren Organe ist es unbedingt erforderlich, daß den Herren Arbeitgebern Gelegenheit gegeben wird, sich gute und arbeitswillige Handwerker und Arbeiter bei eintretenden Streiks und Aussparungen zu sichern.“

Wir können jeden Betrieb innerhalb 24 bis 48 Stunden mit ca. 1500 Handwerkern und Arbeitern und ev. mehr übernehmen.

Viele industrielle Unternehmungen sowie Arbeitgeberverbände haben Verträge auf Jahre hinaus mit uns geschlossen und möchten wir nicht unterlassen, auch Ihnen die Schließung eines solchen Vertrages mit uns zu empfehlen.“

Es folgt dann das Angebot persönlicher Rücksprache und der Hinweis auf gedruckt beigelegte Anerkennungs schreiben. In diesen sind folgende Firmen angeführt: Nachener Musterfabrik Gluba u. Rebe; Karl Lucas, Brauerei, Dersford; Chemische Düngemittel, Rendsburg; Waggon- und Maschinenfabrik A. G. vorm. Busch, Baugen; Berliner Kalksandwerke Robert Guthmann, Niederlehme; Fischereifahrer-Betriebsgenossenschaft, Geestemünde; Norddeutsche Brauereivereinigung, Viefefeld; Delmenhorster Bogenfabrik; Karl Lönjes A. G.; Jettner u. Winkelmann, Braunschweig; Glas- und Spiegelmanufaktur Rinon u. Co., Leipzig; Alfred Appel, Hamburg; Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft; Widgard, Deutsche Seeverkehrs-A. G., Rordenham; Chemische Produktionsfabrik Pommerensdorf bei Stettin; Eder u. Krüsch, Hannover; Waggonfabrik Rastatt; Jüdemwarenfabrik Gustav Mahn u. Co., Wolfenbüttel; Getreideheber G. m. b. H., Hamburg; H. B. Rümker, Stuhlroßfabrik, Bergedorf; Deutsche Zellulosefabrik, Eilenburg; Vereinigte Berliner Rortelwerke; J. Feidler, Niederlehme; Hermann Michaelson, Altona; Elmshorner Lederfabrik Heinrich W. Kruse; Willeroy u. Koch, Dänischburg bei Lübeck; Dänische Mühlen-Alt.-Ges., Neumühlen bei Kiel; Gustav Berelas, Hannover; Kohlenhandlungsgesellschaft m. b. H., J. Holm, Sonderburg; Elmshorner u. Co., Dönnelager (war besonders mit dem Kontrolleur J. Eggers zufrieden); Paul Wolf u. Co., Darmstadt; Ludwig Alter, Darmstadt (dankt für Ernst Kozlovsky, Arthur Wagner, Paul Beck, Anton Lehner, Kurt Müller, Ernst Volzta, Felix Schnabel, Johann Scherer, Alois Machachowsky); Karl Ditschberg, Döhlenmühlen, Hamburg; Chemische Fabrik Ahrensböf, Fürstentum Lübeck (Kontrolleur Vuhrig war seiner Aufgabe voll gewachsen).

Recht eigenartig muß es berühren, daß sich unter diesen Firmen auch die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft befindet, bei der sich im Herbst 1910 die Streikbrecher detart rabiat aufhielten, daß einige von ihnen zu insgesamt dreizehn Jahren Gefängnis wegen Landfriedensbruches verurteilt wurden!

Die Streikbrechervermittlung scheint sich im übrigen zu rentieren, denn Lindenberg u. Meyer haben sogar ein Bankkonto bei der Commerz- und Disconto-Bank in Hamburg. Sie scheinen also immer noch Dumme zu finden, die sich lieber, statt sich mit ihrer Arbeiterschaft zu einigen, mit zweifelhaften Elementen umgeben. Man darf es wohl aber

als Ausschneider ansehen, wenn Lindenberg u. Meyer binnen 24-48 Stunden 1500 Mann versprechen. Ein so „wohlsortiertes“ Streikbrecherlager unterhalten sie wohl kaum, es müßte denn sein, daß sie die gesamte Kundschaft der Hamburger Kaufmann mobilisieren.

Das „Streng vertraulich“ könnte zu der Annahme verleiten, daß sich die Streikbrecher-Agenten ihres wenig estimierten Gewerbes schämen. Möglich auch, daß es nicht der Fall ist. Vielleicht will man dadurch nur verhüten, daß die mit dem Angebot gütigst Bedachten sich nicht weiter über dessen Wert erkundigen. Sie könnten nämlich sonst erfahren, daß Lindenberg u. Meyer das Geschäft der nicht gerade rühmlich bekannten Firma Auguste Müller Witwe fortsetzen!

Berlin und Umgegend.

Paritätischer Arbeitsnachweis für das Brauereiarbeitergewerbe.

Am Sonntag nahmen die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes in einer gutbesuchten Versammlung zu einem Entwurf für den paritätischen Arbeitsnachweis Stellung. Bezirksleiter Tröger führte aus, daß es das Bestreben des Verbandes von jeher gewesen sei, die Arbeitsnachweisfrage in für die Arbeitnehmer günstiger Form zu lösen. Die heutige Arbeitsvermittlung sei unzulänglich. Auf der einen Seite habe man den Nachweis der Ringbrauereien, auf der anderen den des Verbandes sowie den der ringfreien Brauereien. Das führe zu solch technischen und anderen Unzulänglichkeiten, daß die Organisationsleitung wiederum an die Unternehmer herantretet, um eine günstige Verringerung zu erlangen. Die Arbeitgeber stellen nun sechs reaktionäre, für die Arbeiterschaft unannehmbare Bedingungen, unter welchen sie ihre Zustimmung geben wollten. Die Drohung, daß die Arbeiterorganisationen einfach einen paritätischen Nachweis mit den ringfreien Brauereien gründen würden, veranlaßt die Unternehmer, von ihrem Vorhaben abzuleben und ihren Vereinsmitgliedern die Vorschläge des Verbandes zu empfehlen. Die Arbeitsnachweisung im Gewerbe bekommt damit ein neues Gesicht. Ein Kuratorium von je sechs Mitgliedern der Arbeiter und der Unternehmer würde von jetzt ab über die Beschwerden usw. beider Parteien zu entscheiden haben. Bis jetzt entscheidet im Ringnachweis ein sogenannter unparteiischer Vorsitzender, Herr Dr. Freund, über alles. Die Stellenvermittler fühlen sich als Herren im Hause. Liegt irgend etwas vor, so wird den Organisationsvertretern gesagt: „Bitte, wenden Sie sich an Herrn Dr. Freund“ oder „Der Herr Direktor H. oder U. will das so und so“. Solch unerbaulichen Vorgängen wird eine Schranke gesetzt, indem die beteiligten Arbeiterorganisationen vier Neuntel der Kosten, bisher nichts, die Unternehmer fünf Neuntel beizutragen haben. Arbeitsvermittler werden natürlich auch aus den Kreisen der Arbeiter genommen, was bis jetzt nicht der Fall ist. In den 7898 in Frage kommenden Arbeitern ist der Brauereiarbeiterverband mit 4430 Mitgliedern beteiligt. Die übrigen verteilen sich auf andere Organisationen. Pro Kopf beträgt die beizutragende Summe 67 Pf., das bedeutet im Verhältnis zu dem jetzigen Zustand sogar eine Verbesserung. Ebenso ist das Reglement, das von dem Kuratorium je nachdem verbessert werden kann, ein großer Fortschritt; denn Herr Dr. Freund war bis jetzt in der Lage, den Geschäftsgang nach Gutdünken zu ordnen. Leider mußte eine bittere Pille mitgeschluckt werden, der Prozentsatz, das ist die Berechtigung der Brauereien, einen bestimmten Teil von Arbeitern einzustellen, die nicht durch den Arbeitsnachweis gehen. Dem Brauereiarbeiterverband ist es übrigens nach hartnäckigem Kampf gelungen, diesen Prozentsatz auf ein Minimum herabzudrücken. Steht nach dem neuen Reglement eine Brauerei über ihren ausgemachten Satz ein, so hat sie für jeden Fall 50 M. Konventionalstrafe zu entrichten. Da die Unternehmer diesen Entwurf aller Wahrheitslichkeit nach annehmen werden (die Unternehmer haben den Nachweis angenommen) erlaubt Tröger er um einstimmige Zustimmung.

In der ebenso langen als interessanten Debatte wird der Entwurf von Verschiedenen äußerst scharf kritisiert. So sagte Peters: Er sei der Meinung, die Sache müßte vertagt und einer späteren Versammlung vorgelegt werden. Die Annahme des Vorgelegenen wäre gleichbedeutend mit einem Verlaß der Arbeiter. Da ihnen auch nichts Gedrucktes vorliege, könne man unmöglich heute schon Entscheidungen treffen. Diefelbe Ansicht vertrat Kiedel, der meinte, das Ganze sei ein Hoß auf die organisierte Arbeiterschaft. Ein anderer sagte, der paritätische Arbeitsnach-

weis biete nur den Unorganisierten und Bundesgefellten Vorteil. Ein vierter gab dem Gedanken Ausdruck, daß die Sache ja nicht so pressiere. Diesen Ansichten traten mit Entschiedenheit Hübner, Reichardt, Schmidt, Schuldt, Schwedler, Schickel, Egel, Freund und Richter entgegen. Sie betonten den praktischen Wert, den ein paritätischer Arbeitsnachweis, besonders innerhalb des Brauergewerbes für den Brauereiarbeiterverband hat. Sind auch in dem Entwurf noch etliche Mängel vorhanden, so ist es eben Sache der Arbeiter, auf Beseitigung dieser hinzuwirken. Einstimmige Annahme sei nur zu empfehlen.

In seinem Schlusswort widerlegt Tröger verschiedene Einwände. Es handelt sich darum, ob eine einigermaßen günstige Lösung dieser schwierigen Frage den jetzt bestehenden miserablen Verhältnissen vorzuziehen ist oder nicht. In diesem Sinne bitte er die Anwesenden, zu entscheiden.

Bei der Beschlußfassung wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Zu Kuratoriumsmitgliedern wurden gewählt: I. als Organisationsvertreter des Brauereiarbeiterverbandes zum 1. Mitglied Tröger, 1. Ersatzmann Hodapp, 2. Ersatzmann Schuldt; II. von den in der Branche Beschäftigten zum 2. Mitglied Jungmann, 1. Ersatzmann Schickel, 2. Ersatzmann Brauminger.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nach 18stündigem Streik sind die Differenzen mit den Schultze-Bierhallen, Alte Jakobstr. 106, Joh. H. Wagnmann, zugunsten der Streikenden erledigt. Die Sperre ist somit aufgehoben. Verband der Gastwirtsgehilfen, Dreibrückweg Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung, Klempner und Installateure! In Magdeburg ist seit Montag, den 2. Juni, im Klempner- und Installationsgewerbe Streik ausgedroht. Zugug ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg.

Die städtischen Arbeiter in Mainz.

Während die höheren Beamten in Mainz beständig durch Zulagen erfreut werden, wird bei den städtischen Arbeitern an allen Ecken und Enden geknauert. Ab und zu, um ihnen den Mund zu stopfen, wird dann eine sogenannte Lohnregulierung vorgenommen. Wie ein solches Ding in der Praxis aussieht, das wird aus einer Resolution ersichtlich, die die städtischen Gasarbeiter einstimmig angenommen haben. Die Resolution sagt u. a.:

„Die Arbeiter sind in ihrer Erwartung, daß die Stadtverwaltung ihnen eine wohlverdiente und gerechte Lohnzulage zukommen lassen werde, schwer getäuscht worden. Sogar die für eine Unmöglichkeit gehaltene Uebergebung einzelner Gruppen und Arbeiter ist eingetreten. Die Arbeiter sehen sich deshalb veranlaßt, sofort erneut in eine Lohnbewegung einzutreten und beantragen den Arbeitsausschuß, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Die Arbeiter verpflichten sich und sind entschlossen, mit aller Energie für ihre Forderungen einzutreten.“

Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen! Die bei der Firma Heermann u. Co., Kolosbutter- und Seifabrik in Wilsdorf bei Hamburg beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Geizer und Maschinenisten haben am 21. Mai d. J. wegen Ablehnung jeglicher Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt. Die im Betrieb beschäftigten Handwerker, Metallarbeiter und Böttcher haben sich solidarisch erklärt und ebenfalls die Arbeit eingestellt. Die Firma ist nunmehr eifrig bemüht, ihren Betrieb mit Arbeitswilligen zu besetzen, vornehmlich versucht man Handwerker von auswärts heranzuziehen. — Zugug nach dem Betrieb ist deshalb streng fernzuhalten. — Von der Firma wird die in ihrem Betriebe hergestellte Pflanzenbutter, die zurzeit durch Hingegardisten hergestellt wird, unter nachstehenden Marken vertrieben: Vega, Begona und Vegetaline. Vornehmlich wird die Butter in den Städten Hamburg und Umgegend, Düsseldorf, Elberfeld, Strahburg, Augsburg, Dessau, Stuttgart, Magdeburg und Leipzig abgesetzt.

Achtung, Stukkateure! Die Stukkateure von Plauen im Vogtlande haben am Sonnabend beschlossen, in den Streik einzutreten, weil ihnen die Unternehmer statt der gemäßen Verbesserungen Verschlechterungen angeboten haben. Die Kollegen allerorts werden ersucht, den Zugug nach Plauen fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Zeitungen werden um Nachdruck gebeten. Deutscher Bauarbeiterverband, Verwaltung Plauen.

Kleines feuilleton.

Gerhart Hauptmanns Festspiel. Aus Breslau wird uns geschrieben: Man möchte dem Dichter Gerhart Hauptmann einen sehr guten Freund wünschen, einen besseren als er sich selbst einer ist, der ihn zurückhält, wenn er selbst seine Natur, sei es aus Gefälligkeit, sei es aus dem Glauben, ihm sei alles gegeben, pergänglich will, der ihm aber vor allem gesagt hätte, daß ein Dichter leiser, wechpöller Menschlichkeit nicht zugleich auch Fanfare lauter, populärer Festlichkeit sein kann.

Gerhart Hauptmann, dem sein Schicksal den Auftrag der Stadt Breslau eintrug, das Festspiel der Jahrhundertfeier zu schreiben, mußte hier einen Rißerfolg sich holen. Festspiele müssen repräsentativ sein, Fresken, bunt, groß und ohne Detail. Ist aber nicht das Detail von je die Domäne Hauptmanns gewesen. So schloß denn dem „Festspiel in deutschen Reimen“ (als Buch erschien es bei E. Fischer, Berlin) vor allem der große Atem, es fehlt ihm das Sonore, Hallende u. d. — der Geist seiner Zeiten. Eins hat Hauptmann, den eine nationale Verbittertheit dafür undenklich schimpfte, richtig erkannt: es war das Zeitalter Napoleons, nicht des Wäckerers, oder Schwarzhörsts oder Kleists. Druck erzeugt Gegenwind, aber der Druck ist das Primäre, und erst Napoleons Genie schaffte ihm geniale Segner. Hauptmann setzte dafür den Kaiser Karl in den Mittelpunkt und erst die schäufsten Anführer seiner Segner können ihm die Waage halten. Aber ob er auch schon den zwölfjährigen Napoleon die Waffe bändigen läßt, ob er ihn später im Glanz seiner Marschälle oder als einsam thronenden Imperator zeigt: es ist dennoch nichts von Napoleon in dem Festspiel, man sieht zwar seine Macht, aber man fühlt sie nicht. Es fehlt der Geist der Zeit, nur die Tatsachen sind da.

Und ein zweites fehlt oder ist schief gesehen: nämlich die legale Natur dieses Volkstanzes von 1813 und der daraus entspringende endliche Mißerfolg. Es wird eine gewaltige Energie lebendig, Königstreue bringen es über sich, den König zu zwingen, aber alles bleibt in einem wackeligen Anlauf stehen, weil keiner über die kriegerischen Eroberungen hinaus an die Sicherung der bürgerlichen Eroberungen dachte, weil nach der Revolution des Volkes die Revolution der Könige kam, nach Waterloo Karlsbad. Ein Festspiel für 1813 muß 1815 ahnen lassen. Der heldenhafte Ansturm muß die Tragik des im letzten Sinne Nihilismus haben, die grimmige Väterlichkeit eines tragischen Don Quixotismus. Die Apotheose darf dann aber nicht, wie bei Hauptmann, in der Feier des wiederkehrenden Friedens bestehen, sondern im Hinweis auf eine Zukunft, in der die Volksenergie, die 1813 frei wurde, nicht gegen den äußeren, sondern gegen den inneren Feind der Freiheit sich wendet und ihre Kraft dazu benützt, das eigene Haus zu säubern. Bei offiziellen deutschen Festen hat solche Apotheose allerdings ihre Daken.

Gerhart Hauptmann hat nicht sehr viel mehr gegeben, als Gelegenheiten für Reinhardt. Er dichtete Regiemöglichkeiten, die sich Reinhardt nicht entgehen ließ. Von Ausstattungshöhepunkten war der Abend beherzigt. Das Dazwischen gesprochen

Wort war Ueberleitung, Erläuterung, aber nicht Erhebung. Aber die Jahrhunderthalle in ihrer edlen Kühnheit war so schön, die Sternschnöcke bald wüßig, bald pathetisch, aber immer trefflich, die Massenengen, besonders der gewaltige Zug zum Dom, besser Reinhardt, so daß der Erfolg den aufgewendeten Zahlen entsprechend war, und — sicher nicht das geschäftliche Unternehmen —, sondern höchstens der Dichter der „Weber“ und der „Kose Bernd“ Schaden bei denen haben wird, die an seine Sendung glaubten.

Hebbel als Welt- und Zeitdramatiker. Auf Hebbels dramatisches Schaffen wirft ein eigentümlich scharfes Licht ein jetzt erst von Friedrich Hirth in seiner Sammlung ungedruckter Hebbel-Briefe („Aus Hebbels Korrespondenz“ im Verlag von Georg Müller in München) veröffentlichtes Schreiben vom Jahre 1844. In diesem an seinen Verleger Campe gerichteten Briefe schreibt Hebbel lähn und programmatisch:

„Ich habe mir kein geringeres Ziel gesetzt, als den ganzen gegenwärtigen Weltzustand, wie er sich im Verlauf der Geschichte abgewandelt und jetzt zur Katastrophe (denn unlängbar steht uns eine solche in Staat und Kirche, wenn in Wissenschaft und Kunst bevor) gesteigert hat, in einer Reihe von miteinander korrespondierenden Lebens-Bildern darzustellen. Ob ich dieß Ziel ganz erreichen oder einem Nachfolger einen Teil der Arbeit unerledigt zurücklassen werde, kann ich nicht wissen, aber dieß weiß ich, daß die dramatische Kunst jetzt nur noch diese Aufgabe zu lösen hat, und daß Jeder, der nicht von vorneherein zu den Toten und Selpentern gerechnet sein will, meinen Weg gehen muß. Das Prinzip steht fest, es handelt sich nur noch um meine persönliche Stellung zu dem Prinzip. Ich werde die ganze Aufgabe in folgenden Stücken, die alle nur eine einzige Kette bilden, abzuhandeln suchen. Die Bergangenheit in Judith (Judentum) und Heidentum), Genobeba (Christentum), Maria Magdalena (Moral, Sittlichkeit, Ehre, Familie), Moloch (positive Religion), Christus (das Mytherium). Die Gegenwart in Fiat iustitia et porcat mundus; Genie und Welt; der Diamant. Die Zukunft in: In irgend einer Zeit. Dazwischen liegen nur noch einige Mittel-Glieder. Der Hauptsache nach ist alles im Geiste schon concipiert und der Moloch wird nun zunächst auf den Amboss kommen. Es versteht sich von selbst, daß diese Dramen, wenn sie einmal alle vorliegen und eins durch das andere, das erste durch das letzte, und umgekehrt, ins rechte Licht gestellt werden, eine ganz andere Aufnahme finden müßten, als jetzt, wo nur wenige ahnen, was ich will, und die meisten sich wundern, daß ich, der ich doch eben so viel bunten Kattun, und mehr, bräuhlen könnte, wie z. B. Monf. Gunglow, keine Puppen für das Theater drehe.“

Eine neue Methode vollständiger Kunstpflege. In Offenbach soll, nach der „Frankf. Zig.“, eine nenartige künstlerische Veranstaltung eingeführt werden, um die manches größere Kunstzentrum es bedeuten wird. Allmonatlich werden die Abbildungen der führenden Kunstzeitschriften im Lichtbild (Epidiastop) dem großen Publikum vorgeführt werden. Es sollen keine Vorträge sein, die in der Aula der neuerbauten Technischen Lehranstalten auf Veranlassung des Vereins für Kunstpflege abgehalten werden; vielmehr wird der

Sprecher, Dr. Paul F. Schmidt als Kunstpfleger von Offenbach, diese Zeitschriftenkunst nur mit kurzen sachlichen Erläuterungen begleiten. Da die Monatsschau dem Publikum unentgeltlich freigeht, wird sich jeder einmal im Monat über die neuesten Erscheinungen in der Kunstwelt, im Kunstgewerbe mühelos unterrichten können und auf die Wichtigkeit und Reichhaltigkeit unserer Zeitschriften hingewiesen werden. In einem breiten Publikum kann somit Kenntnis und Verständnis der Kunst erweckt und vertieft werden.

Theater.

Deutsches Schauspielhaus: Der Dieb von Henry Bernstein. In einer seiner Novellen behandelt Hauptmann die Gier der Weiber nach Schmutz — aus Gefallsucht und Eitelkeit. Da ist eine Frau, die viel Juwelen besitzt. Als ihr Mann dahinter kommt, redet sie ihm ein, es seien nur unechte Perlen. Nach dem Tode der Frau stellt sich heraus, daß die Schmutzstücke sehr kostbar waren und daher nur durch ehebrecherischen Verlehr zusammengebracht wurden. Der Mann hat die Verstorbenen abgöttisch geliebt — nun diese furchtbare Offenbarung! . . . Das Bernstein'sche Schauspiel variiert dieses Motiv. Frau Bohlin schafft sich die kostbarsten Toiletten an — nur, um ihrem Manne zu gefallen. Da sie das Geld dafür nicht besitzt, so stiehlt sie es der feinstreichen Frau des Freundes von ihrem Gatten, in dessen Hause sie leben. Der jugendliche Sohn des Gastgebers ist in sie verhasst. Sie läßt sich den Hof machen — nichts weiter. Nur verleitet sie den harmlosen Anbeter, die Kasse der eigenen Stiefmutter fortgesetzt um beträchtliche Summen zu erschleutern — und sie selber stiehlt auch. Wie der Vater des verführten Jünglings dahinter kommt, soll dieser sofort auf zwei Jahre nach Brasilien in ein Kaufhaus. Mittlerweile wird aber die junge Frau als Diebin entlarvt. Zur Sühne geht nun sie mit ihrem Gatten nach Brasilien, um in Arbeit und Sparamkeit das gestohlene Geld ersetzen zu können. Dieser Zug des Stückes ist larmoyant. Die Pariser Autoren lieben dieser Sentimentalitäten aus Kosten der Wahrheit. Die Aufwendung kriminalistischen Scharffinns und technischer Raffinemente in der Führung der Fabel vermag aber die Hohlheit dieses Theaterstückes nicht zu täuschen. Daß mehr als mittelmäßig gemint wurde, kann nicht behauptet werden. Elsa Galars's angenommen, die im zweiten Akt eine gut künstlerische Leistung vollbrachte. Die Regie ließ es an Verstößen nicht fehlen. Die Hausclaque hingegen arbeitete mustermäßig. Demnach wurde ein stark überhitzter „Erfolg“ erzielt. o. k.

Humor und Satire.

Epilog.

Wieder steht sie vor der Urne, Rauch hinein und Brust heraus. Breuhens stramme Schicksalsurne Teilt den Stimmzetteln aus. Nach bekannter indirekter Untertanenansprechweise. „Hände hoch!“ Der Guisinspektor Wagt die Schere schon zur Schur.

Dachdecker-Aussperrung in Leipzig. Die Dachdeckermeister Leipzig haben sämtliche Dachdecker, sowohl die im Zentralverband wie auch die in der Lokalorganisation organisierten, ausgesperrt, weil sie einem Tarifentwurf nicht zustimmen, der für die Arbeiter Verschlechterungen brachte. Es wird gebeten, Leipzig zu meiden.

In der Rürnberger Portefeulieindustrie ist es wiederum zu einem Tarifabschluß zwischen der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten Deutschlands und dem Verband der Sattler und Portefeulieher gekommen. Trotzdem der Geschäftsgang seit 15 Jahren noch nicht so schlecht war als gegenwärtig, gelang es doch, ohne Arbeits einstellen die Mindestlöhne um 1 M. zu erhöhen, für alle Zeitlohnarbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde ab 1. September 1918 und 2 Pf. ab 1. März 1919 zu erreichen. Die auf Zeitlohn Beschäftigten erhalten die auf Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertage zur Hälfte, alle aufstehenden Beschäftigten männlichen mit 2,50 M. und weiblichen Arbeiter mit 1,25 M. pro Feiertag vergütet. Wegen der Verzögerung der Lieferstunden, des Affordiotarifens, des Wartens auf Zuschnitt, der Schlichtungskommission usw. gelten die Bestimmungen des Reichstarifs. Die an sich nicht großen Erfolge finden ihre Erklärung in dem schlechten Geschäftsgang und den rüstständigen Verhältnissen in den übrigen Gewerben Rürnbergs. Erst wenn diese einigermaßen nachgelassen sind, wird es den Portefeulieher möglich sein, mehr zu erreichen. Was sie bereits haben, danken sie ihren guten Organisationsverhältnissen, denn alle Portefeulieher und Portefeulie-Arbeiterinnen sind freigewerkschaftlich organisiert.

Ausland.

Das Ende der Mailänder Streikbewegung.

Rom, 31. Mai 1918. (Fig. Ver.) Nach einigen unruhigen Tagen, in denen man eine Ausdehnung des Streiks auf die gesamte Arbeiterschaft der Stadt befürchtete, ist der Mailänder Sympathiestreik dadurch beigelegt worden, daß die Besitzer der Automobilfabriken sich bereit erklärten, mit ihren Arbeitern zu unterhandeln. Die Ausdehnung des Automobilstreiks auf alle Metallarbeiter, und die Versuche, auch die anderen Arbeiterkategorien zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen, war gerade durch die Beigerung der Unternehmer veranlaßt worden, mit dem streikenden Personal der Automobilfabriken nicht zu verhandeln. So bezeichnet die Bewegung, die ganz von den Syndikalisten geleitet war und im Gegensatz zu dem Rat der Arbeiterkammer und der sozialistischen Parteisektion auf den Generalstreik hingedrängt hatte, insofern einen Sieg, als sie die Einschüchterung der Unternehmer und der Behörden erreicht hatte; mißlungen war sie aber insofern, als sich die Arbeiterklasse nicht bereit gefunden hat, auf das Signal der Syndikalisten hin den allgemeinen Ausstand zu proklamieren. Eine ernsthafte Störung der Ordnung ist nur während des partiellen Streiks der Tramwayer erfolgt. Während der zwei Tage dieses Streiks wurden die Tramways von der Kavallerie bedeckt; die Streikenden versuchten auch durch Errichtung von Barrikaden den Verkehr zu hemmen. Als eine Gewalttat der Polizei ist es zu bezeichnen, daß diese den Vorsitzenden des Streikkomitees, den Syndikalisten Corridoni, verhaftete, weil er für die Ausdehnung des Streiks Propaganda machte. Da der Streik nicht strafbar ist, kann auch die Propaganda für den Streik nicht verboten sein. Vor allem war die Verhaftung Corridonis und anderer im Vordergrund der Bewegung stehenden Syndikalisten eine kolossale Dummheit der Polizei, die zu ernstlichen Unruhen hätte führen können. Es hat den Anschein, als ob gerade dieser Uebergriff der Polizei, der die Gefahr einer energischen Reaktion nahelegte, die Unternehmer zum Nachgeben veranlaßt hat.

Gegen Hüttenarbeiterchutz.

Mit einem nicht zu überbietenden Eifer hegt die Werkpresse gegen den von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geforderten Hüttenarbeiterchutz, über dessen Notwendigkeit aber auch in den Kreisen der ernsthaften Sozialpolitik kaum noch ein Zweifel besteht. Das gerade zeigt die Werkjournalisten, Olegengründe schneffelweise anzufahren. Jedoch: blinder Eifer schadet nur! Das müssen auch die Hüttenbarone erleben. Ihre jungen Leute verderben ihnen schließlich doch den Preis, sie schlagen mit jedem neuen Grund gegen Hüttenarbeiterchutz die anderen durchschlagenden Gründe zu Boden, aber aber deren Haltlosigkeit liegt klar zutage. Zuerst operierte man mit der schweren Belastung der Industrie; weitere Lasten zu tragen sei unmöglich. Die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften, deren glänzende finanzielle Entwicklung, die steigenden Ausschüttungen an die Aktionäre, werfen solche Einwände aber unbarmerzig zu dem Gerümpel abgetaner Argumente. Die früher oft erhobene Bedenken — zum Schein erhoben —, kürzere Arbeitszeit verführe zu Wirtschaftsbefehl und sonstigen schädlichen Ausschweifungen, ist zu abgenutzt. Damit läßt sich schon gar nichts mehr machen.

„Stimmt's? Er schwingt die lange Peitsche.
„König, Gott und Vaterland!“
Wählbar ist ein jeder Deutsche.
Doch gewählt wird Heidebrand.

Von der Weichsel bis zur Elbe
Steht die Zeit seit langem still,
Und die Dummheit bleibt dieselbe,
Weil der liebe Gott es will.

Trostlos leuchtet über Blinden
Seine Sonne fort und fort.
Luftig flattert in den Winden
Ein zerstücktes Königswort.

(E. Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— **Russkronik.** Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet in der Berliner Hofbrauerei das VII. Volks-Sinfonie-Konzert des Bläser-Orchesters statt. Als Solist wirkt der Pianist Richard Möbus mit. Das Programm enthält: Ouvertüre zur Oper „Die weiße Dame“ von Fokietiev, Militär-Sinfonie Nr. 11 von Gagny, Air von Bach, Fantase aus „Hänjel und Gretel“ von Humperdinck und den Walzer „Du und Du“ von Joh. Strauß. Eintritt 30 Pf. — Weitere Konzerte finden am Mittwoch in der Brauerei Königsplatz, und am Freitag im Röhrlitz-Gesellschaftshaus, Wickestraße 24, statt.

— **Festkonjunktur in der Rgl. Oper.** Die Veranstaltungen des Rgl. Opernhouses ermangeln so ziemlich des öffentlichen Interesses. Man weiß ein für allemal, was das System Pflüger leistet (und mißtraut daher auch jedem Neubau eines Rgl. Opernhouses, solange dieses System, das ja nicht bloß am Namen Pflüger hängt, weiter besteht). Auch man von der Rgl. Oper notgedrungen reden, so handelt es sich sicher nicht um Kunstangelegenheiten. Eben macht dies vorbildliche Institut von sich reden, da es für die sogenannten Festaufführungen, die keine sind, doppelte Preise fordert. Reugierige sind gewarnt.

— **Petersburg als Zweimillionenstadt.** Nach dem Bericht über das Jahr 1912, den die statistische Abteilung des Petersburger Stadtamtes soeben veröffentlicht, hat die Einwohnerzahl der russischen Hauptstadt die zweite Million bereits überschritten. Die genaue Ziffer ist 2 018 896. Die durchschnittliche Vermehrung der Bevölkerung beträgt alljährlich 40 000 Köpfe. Diesem Aufschwung stehen jedoch andere bedenkliche Momente gegenüber. Der Sterblichkeitsprozentsatz hat zugenommen. Im Jahre 1911 betrug er 21,1 von 1000.

— **Die Zukunft des Komödienhauses.** Die Direktoren Weinhard und Bernauer, die bereits das Berliner Theater und das Theater in der Königsgräber Straße „geschäftsfähig“ ausbläuten, haben auf eine Reihe von Jahren nun auch das Komödienhaus übernommen (vom 15. September an).

Da verfiel man auf den grandiosen Einfall — technische Schwierigkeiten vorzuschicken. Im kontinuierlichen Betrieb lasse sich keine unter 12 Stunden hinabgehende Arbeitszeit einführen. Das in der Praxis schon längst bekannte Problem der dreifachen Schicht entzog solcher Schlußfolgerung die Grundlage. Dann sollte Arbeitermangel das Hindernis für die Einführung der Achtstundenschicht sein. Es sei nicht möglich, die auf circa 100 000 Mann zu beziffernden Arbeitskräfte zu beschaffen. Deshalb müsse es bei der Zwölfstundenschicht bleiben. Mit solcher Dummstiftigkeit ist schon gar kein Durchkommen. Die Rechnung ist ökonomisch und mathematisch falsch. Zwar sind in der Großeisenindustrie circa 300 000 Menschen beschäftigt, ein großer Teil davon aber überhaupt gar nicht in den in Betracht kommenden Hüttenbetrieben. Auf sie entfällt noch nicht der dritte Teil. Ökonomisch ist die Rechnung falsch, weil sie von der alien Produktionstechnik ausgeht, bei der laufende Vorrichtungen, die jetzt automatisch sich vollziehen, von Handarbeitern zu leisten waren. Die „N.-W.-Ztg.“ kam kürzlich auf den schlauen Gedanken, die Forderung besseren Hüttenarbeiter-schutzes durch Hinweis auf die Bequemlichkeit der Arbeit abzulehnen. Und sie findet, daß die Zahl der Feuerarbeiter immer mehr schwindet, die schweren Vorrichtungen in wachsendem Maße von der Maschine übernommen werden. Bald hätte das Blatt das Vergnügen, auf Grund einer von der Süddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller herausgegebenen Denkschrift den Beweis zu erbringen, daß die fortschreitende Technik den Arbeiter immer mehr aus den Feuerbetrieben verdränge. Der Verfasser — Dr. Alexander Lülle — zeige den Weg, den die Entwicklung gegangen, nämlich den, an die Stelle der Menschenarbeit den Automaten zu setzen. Man müsse sich ein großes modernes Hüttenwerk vor Augen halten, um die verblüffend weitgetriebene Ausschaltung der menschlichen Handkraft zugunsten der Maschine zu erkennen. . . .

Für den Unternehmer sind technisch-vollkommene Einrichtungen wirtschaftlicher als altmodische und beschwerliche, und gefährliche Arbeiten teurer als leichte und ungefährliche, und er vermeidet sie und verringert sie aus eigenem Antriebe, wo er kann. Diese Verbesserungen beginnen bereits mit der Ueberdrehung der Betriebsstätten. Auf einem Werk an der Saar sind im Hochofenbetrieb nur noch 2 1/2 Prozent aller Arbeiter nicht unter Dach beschäftigt. Fast überall sind an die Stelle großer Menschenmengen, die der Hitze oder der Gefahr besonders ausgesetzt waren, wenige Kräfte getreten. Zum Ausfließen des Hochofens waren an einer Hütte früher 24 Mann mit schweren Arbeiten beschäftigt, heute 8 Mann bei leichter Arbeit. Das Entleeren der Klärteiche der Hütte, bei dem die Arbeiter in Schlamm und Wasser treten müssen, erfolgt heute automatisch. Beim Transport der Rohmaterialien sind 60 Prozent Arbeiter weniger notwendig geworden. Das Entleeren des Materials in die Gichtschüssel des Hochofens erfordert nur die Hälfte der Arbeiter. Durch die Einrichtung des doppelten Gichterschlußes sind die Arbeiter den gefährlichen Gasen nicht mehr ausgesetzt. Die Gasalanakreinigung ist auf den sechsten Teil der Zeit herabgemindert, das Abstecken des Eisens am Ofen ist nur noch 4 bis 5mal gegen früher 10 bis 12mal in der Schicht nötig. Das Stopfen des Gichtloches erfolgt maschinell. Kurzum, die Zahl der Feuerarbeiter im Hochofenbetrieb hat sich für die gleiche Erzeugung berechnet, um 90 bis 40 Prozent vermindert. Dabei sind diese verminderten Feuerarbeiter nicht mehr entfernt so sehr der Hitze ausgesetzt wie ehemals.

Diese Darlegungen bezeugen den Nachweis, daß die Leichtigkeit und Bequemlichkeit der Arbeit keinen Anspruch auf Verkürzung der Arbeitszeit rechtfertigt. Daß sie den Einwand, die große Zahl der erforderlichen Arbeitskräfte gestalte nicht die Einführung der dreigeteilten Schicht, über den Haufen werfen, daran denkt man nun wohl nicht. Der Versuch, die Arbeit als nicht ausreißend erscheinen zu lassen, zerfällt aber wieder an der Tatsache des schnellen Verbrauchs der Arbeiter. Haben doch im vergangenen Jahre die Gewerbeinspektoren festgestellt, daß der Arbeiterwechsel in der Eisengroßindustrie darum so groß sei, weil die Leute nach kurzer Zeit einfach auf die Straße gesetzt werden. Trotz der planmäßigen Verjüngung des Arbeiterkammes ist aber die Krankenziffer in den Hüttenwerken um circa 50 Prozent höher als im Durchschnitt aller Krankenfällen. Also, mit der Bequemlichkeit und gesundheitlichen Ungefährlichkeit der Arbeit, die man vorzuziehen möchte, ist es auch nicht. Ein Einwand nach dem anderen, den die Unternehmer gegen den geforderten Hüttenarbeiterchutz ins Feld führen lassen, zerfällt an dem granitnen Felsen der entgegenstehenden Tatsachen. Die Aufsehen erregenden Feststellungen der Fabrikinspektoren über das Durchschnittsalter der Stahlwerksarbeiter, das systematische Abfließen der schnell verbrauchten Arbeitskräfte, das ununterbrochene Heranziehen noch junger, unüberdrehbarer Kräfte, die hohen Krankenziffern, alles Erscheinungen furchtbaren Raubbaues können in ihrer demonstrativen Bedeutung auch nicht durch eine andere „wissenschaftliche“ Arbeit vermindert werden, die ebenfalls von dem genannten Verein schnell bestellt und den „möglicherweise“ Stellen zur gefl. Beachtung unterbreitet worden ist. Der Verfasser, Dr. rer. pol. R. Kind erhielt den Auftrag, nachzuweisen, daß die zwitterständigen Arbeitsschichten in Wirklichkeit weit kürzere Arbeitszeiten umfassen. Vollerleicht hat Herr Kind das Prädikat „gut“ bekommen. Er „beweist“ ziffernmäßig, daß die jetzige zwölfstündige Schicht den Arbeiter durchweg nur 6 bis 9 Stunden in einer Tätigkeits fesselt. Die übrige Zeit werde durch Pausen ausgefüllt. In manchen Betrieben stelle sich die effektive Arbeitszeit gar nur auf 4 Stunden 37 Minuten! — Solche Rechenkünste sind einfach gar nicht diskutabel. Die Arbeit hält jeden in den Hüttenbetrieben Beschäftigten während der ganzen Schicht gefangen. Neben den Hauptarbeiten im eigentlichen Produktionsprozeß ist noch eine Summe von Neben- und Vorrichtungsarbeiten zu leisten, die einfach nicht berücksichtigt werden. Wie nehmen von den Nachschaffungen des Vereines für Scharfmacher und gegen Sozialpolitik — genannt „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ — Notiz, um zu zeigen, mit welchem Eifer und mit welchen Mitteln man einen besseren Hüttenarbeiterchutz zu verhindern sucht. Bei dem Einfluß jener Gesellschaft können ihre Treibereien Erfolg haben, wenn nicht auf die Notwendigkeit und völlig hinfalligen, sich meistens widersprechenden Argumente hingewiesen würde.

Konferenz der in den Konsumbäckereien beschäftigten Arbeiter.

Frankfurt a. M., 31. Mai.

Dem Verhandlungs der Bäcker, der morgen hier beginnt, ging heute eine Konferenz der in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Bäcker voraus. Die Konferenz, die von ungefähr 120 Delegierten besucht war, hatte die Aufgabe, eine Frage zur Entscheidung zu bringen, die in den letzten Monaten im Fachorgan sehr eifrig debattiert wurde: Reichs-, Bezirks-, oder Ortsstarif? Notwendig machte sich die Stellungnahme zu dieser Frage, weil der mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine abgeschlossene Reichstarif am 31. Juni 1914 abläuft. Einmütigkeit bestand darin, daß der Reichstarif am 1. Juli dieses Jahres gekündigt werden soll. Nur über die Gestaltung des neuen abzuschließenden Tarifs gingen die Meinungen auseinander.

Die Konferenz trat ohne Entgegennahme eines Referats gleich in die Diskussion über die Frage Reichs-, Bezirks-, oder Ortsstarif ein. Dabei zeigte es sich sofort, daß die Mehrzahl der Delegierten auf dem Standpunkt steht, daß die Organisation den Reichstarif nicht entbehren kann. Besonders waren es die Vertreter aus den ländlichen Bezirken, die die Vorteile des Reichstarifs gegenüber den Orts- oder Bezirksstarifen hervorhoben. Durch den moralischen Druck des hinter dem Reichstarif stehenden Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werde viel mehr erreicht als durch Verhandlungen zwischen Organisationen und örtlichen Vereinen. Das mühen auch die größten Opponenten gegen den Reichstarif, die Vertreter von Rheinland und Westfalen, zugeben. Diese machten mehr grundsätzliche Einwände gegen den Reichstarif.

Die zentralen Tarifverhandlungen in Baugewerbe, bei den Malern und auch bei den Holzarbeitern, brachten ihnen die Ueberzeugung, daß der Reichstarif doch nicht allzu große Vorteile für die Arbeiterschaft bringe. Einmütigkeit herrschte darüber, daß der bestehende Tarif große Mängel aufweist, die unbedingt abgemergelt werden müßten. — Der Inhalt des Tarifvertrages ging fast allen Delegierten über dessen Form. Ein Vertreter des Vorstandes, Kahl-Hamburg, wies darauf hin, daß die Tarifidee sich seit Abschluß des ersten Reichstarifs gewaltig ausgebildet habe. Damit hätte sich aber auch die Lage der Arbeiter wesentlich verbessert. Man müsse auch bedenken, wie schwer es überhaupt sei, die kleinen Vereine in ein Organisationsverhältnis zu bringen. Wenn man jetzt Bezirks- oder Ortsstarife abschließen, dann fange man wieder von vorne an. Man solle auch nicht verkennen, daß es eine sehr große Anzahl Konsumvereine gebe, die froh wären, wenn sie von ihrem Tarif wieder los wären. Lediglich dem Zentralverband deutscher Konsumvereine sei es zu verdanken, daß man diese Vereine im Tarifverhältnis habe. Dieser sei mit allem Nachdruck dahinter, daß die angeschlossenen Vereine sich nicht außerhalb des Tarifs stellen.

Bei der prinzipiellen Abstimmung, welche Art Tarifverträge abzuschließen seien, entschieden sich die Delegierten einstimmig für den Reichstarif.

Der Vorstand unterbreitete nun einen Entwurf für einen neuen Tarif, den Kahl-Hamburg ausführlich begründete. Zunächst stellte er fest, daß die Vorlage in vielen Punkten weit über die heute geäußerten Wünsche hinausgehe. Der Vorstand habe besonders zwei Fragen in den Vordergrund gestellt: die Erhöhung des Minimallohnes und eine zeitgemäße Regelung der Ortszuschläge. Besonders eine Reform dieser Zuschläge habe der Vorstand als Fundament der neuen Tarifverhandlungen vorgeesehen. Verbesserungen bringe der neue Entwurf in der Ferienfrage, ferner bezüglich der Hilfsarbeiter, Einbeziehung anderer im Beruf beschäftigter Personen, wie Lademeister, Schichtenführer usw. Eines dürfe man bei der Beratung nicht übersehen, daß mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaften die Forderungen nicht zu hoch bemessen werden dürften.

An dieses Referat schloß sich eine Debatte, die die ganze Nachmittags Sitzung ausfüllte. Dabei kamen wiederholt Wünsche zum Ausdruck, die zeigten, daß besonders in den kleinen Vereinen bei Tarifabschlüssen großzügige soziale Gesichtspunkte oft vernachlässigt werden. Die Redner begründeten eine Reihe von Anträgen, die über die Vorstandsvorlage hinausgingen. Diese Wünsche bezogen sich besonders auf bessere Ausgestaltung der Ferien, größere Berücksichtigung bei Ortszuschlägen, Verlängerung der Ehepaare bei Schichtarbeit, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und Zuschläge für Nachtarbeit. Verbandsvorsitzender Wilmann-Hamburg warnte die Delegierten, ihre Forderungen über die Vorstandsvorlage hinauszuspinnen, da diese das Ergebnis gegenseitiger Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband seien. Würden weitergehende Anträge angenommen, müßte erneut mit diesem verhandelt werden. Schließlich gelangte der Entwurf des Hauptvorstandes ohne wesentliche Änderungen zur Annahme.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

13. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

Frankfurt a. M., 1. Juni.

Im hiesigen Gewerkschaftshause wurde heute vormittag die 13. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands eröffnet. Die Tagung ist von 118 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern, 8 Gauleitern und 2 Vertretern des Verbandorgans besucht. Die Generalkommission vertritt Kube-Berlin. Als Gäste sind Vertreter der Bruderverbände von Schweden, Dänemark, Norwegen, Oesterreich und der Schweiz anwesend. Zur Leitung des Bureau wurden Verbandsvorsitzender Wilmann-Hamburg und Gerschold-Berlin als Vorsitzende, und Winkler-Dresden und Regold-Berlin als Schriftführer bestellt.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung wurden Anträge, die Frage der Verschmelzung sämtlicher Organisationen der Nahrungsmittelindustrie auf die Tagesordnung zu setzen, mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt. Das Vorstandsmitglied Weidler-Hamburg hatte vorher für den Vorstand erklärt, da bereits der letzte Verbandstag in Berlin in einer Resolution ausgesprochen habe, daß der Verband prinzipiell und aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Errichtung eines Verbandes aller in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beschäftigten Arbeiter sei, wäre eine erneute Stellungnahme überflüssig. Erst wenn von der anderen Seite bestimmte Vorschläge kommen würden, könne man erneut in eine Beratung über diese Frage eintreten. Abgelehnt wurde auch die Abschaffung der Nachtarbeit als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Die vorgezeichnete Tagesordnung fand Bestätigung.

Nach Entgegennahme einer Reihe Begrüßungsansprachen und der Wahl verschiedener Kommissionen erstattete Verbandsvorsitzender Wilmann den

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Er verwies auf den gedruckten Geschäftsbericht, der die drei letzten Jahre umfaßt. Es wird in demselben konstatiert, daß die verflochtenen drei Jahre für den Verband in jeder Beziehung außerordentlich erfolgreich waren, sowohl in der Vergrößerung der Mitgliedszahl, als auch in den Erfolgen bei den Lohnkämpfen und auch in der finanziellen Entwicklung der Organisation.

Die Zahl der Mitglieder stieg in der Geschäftsperiode um rund 10 000: Von 20 350 am Schluß des Jahres 1909 auf 30 061 Ende 1912. Den Fortschritt des Verbandes kann man erst richtig ermessen, wenn man berücksichtigt, daß er vor neun Jahren, Ende 1903, erst 6092 Mitglieder zählte. Der Aufschwung ist also geradezu glänzend. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder vergrößerte sich ständig. Unter den 30 061 befinden sich 4009 weibliche Mitglieder; 1909 waren es erst 3061.

An erfolgreichen Lohnkämpfen war die Verichtsperiode außerordentlich reich. Dies ist ja nicht verwunderlich, denn die Geschäftsperiode stand von Anfang an im Zeichen aufsteigender Wirtschaftskontunktur. Solche Zeiten müssen die Verbandsmittelglieder ausnützen, um nachzuholen, was sie leider in früheren Jahren wegen der damals noch schwachen Berufsorganisation veräußert haben. Das gilt in noch höherem Maße für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Honigkuchen-, Waffel- und Kakes-, sowie in der Schokoladen- und Süßwarenindustrie, als für die Arbeiter in den Bäckereien. Ein weiterer Einporz zu diesen zahlreichen Lohnkämpfen war die enorme Steigerung der Preise aller Lebensmittel, die die Kollegen und Kolleginnen geradezu dazu aufreizten, nicht nur alles voranzusehen, einigermassen den Ausgleich in ihrer Lebenshaltung dadurch herbeizuführen, daß sie versuchten, ihre so schon kümmerlichen Löhne durch die Lohnkämpfe etwas zu verbessern und auskömmlicher zu gestalten. Die meisten und umfangreichsten Lohnkämpfe hatte das Jahr 1911 aufzuweisen, denn in dieses Jahr fallen die großen und erfolgreichen Streiks der Bäcker und Konditoren in Berlin und Hamburg, desgleichen der Streik in den Schokoladenfabriken von Dresden und Umgebung.

Die Organisation hat sich in der Geschäftsperiode mehr und mehr Anerkennung bei den Kleinmeistern des Bäder- und Konditorgewerbes, wie bei den Brotfabrikanten und ebenso auch bei den Fabrikanten der Ledkuchen-, Kakes- und Waffel-, Schokoladen- und Süßwarenindustrie zu erringen gemußt. Obgleich deren Organisationen noch auf allen ihren Scharfmacher tagungen gegen die Forderungen des Bäderverbandes und gegen den Abschluß von Tarifverträgen Sturm geschlagen haben, mehrte sich zusehends die Zahl der Arbeitgeberkorporationen und auch die Zahl der einzelnen Arbeitgeber, die es im Kampfe nicht erst auf eine Kampfprobe mit der Organisation ankommen lassen wollten, sondern es vorgezogen, sich zu verständigen und Tarife über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit ihr abzuschließen.

Insgesamt fanden in der Geschäftsperiode statt: 325 Lohnbewegungen und Streiks, die sich auf 520 Orte mit 12 357 Betrieben erstreckten. In diesen Betrieben waren 89 060 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, von denen 31 807 an den Lohnkämpfen direkt

Befähigt Waren. Von den 328 Lohnkämpfen endigten 271 ohne Arbeitsniederlegung, also als friedliche Lohnbewegungen. Diese erstreckten sich auf 263 Orte mit 5778 Betrieben und 20 766 Beschäftigten, von denen an den friedlichen Lohnkämpfen 16 113 Arbeiter und Arbeiterinnen direkt beteiligt waren. In 57 Fällen kam es zum Angriffstreik, Abwehrstreik oder zur Aussperrung unserer Kollegen und Kolleginnen. Es wurden mit den Unternehmern resp. mit deren Incorporationen 235 Tarife für 17 109 Beschäftigte abgeschlossen, davon 204 Tarife bei den friedlichen Lohnbewegungen und 31 Tarife bei Streiks.

Die Erfolge der Lohnbewegungen inkl. der Streiks und Aussperrungen waren: Für 14 012 Beteiligte wurde eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 60 001 Stunden oder für den einzelnen Beteiligten von durchschnittlich 4,93 Stunden errungen. Für 25 606 Beteiligte wurde eine wöchentliche Lohnherabsetzung von 48 155 M. oder für den einzelnen Beteiligten von 1,69 M. errungen. Lohnaufschlag von Ueberstunden oder Ueberhaupt erst die Bezahlung der Ueberstunden wurde für 23 258 an den Lohnkämpfen Beteiligte errungen, desgleichen für 7198 Beteiligte höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit. Beseitigung von Kost und Logis beim Arbeitgeber oder nur die Beseitigung der Kost oder die Erbringung von Ferien wurden für 17 046 an den Kämpfen Beteiligte erreicht.

Das sind Erfolge, die zu weiterem rüstigen Streben für die Vergrößerung der Organisation und die durch solche Stärkung möglich werden weiteren erfolgreichen Lohnkämpfe anspornen müssen.

Nach dem Kassenericht war es dem Verband möglich, das Vermögen des Verbandes in den drei Jahren nahezu zu verdoppeln. Es betrug am 1. Januar 1910 214 210 M., Ende 1912 aber 410 852 M. Die Einnahmen betragen 1 919 725 M., die Ausgaben 1 725 062 M., der Ueberschuss also 194 663 M.; davon entfallen 28 731 M. auf die Sozialkassen. Die Ausgaben für Unterstützungen sind stark in die Höhe gegangen. Die Arbeitslosenunterstützung pro Mitglied gerechnet ist im Jahre 1911 etwas gefallen, dagegen 1912 wieder in die Höhe gegangen; die Reiseunterstützung war 1910 höher als im Jahre 1912 und fiel 1911 wieder etwas. Die Krankenunterstützung ist von Jahr zu Jahr gestiegen, im letzten Jahre ganz bedeutend. Insgesamt wurden für diese drei Unterstützungsarten verausgabt 458 145 M. für 426 578 Tage; davon entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 200 258 M. für 231 897 Tage, auf Reiseunterstützung 19 762 M. für 18 067 Tage und auf Krankenunterstützung 178 124 M. für 176 504 Tage. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungstage ist gegen die Periode 1907—1909 um 65 000 Tage gestiegen, die Zahl der Krankentage hat sich mehr als verdoppelt. Das Sterbepflicht ist von 1910 auf 1911 um die Hälfte gestiegen, im Jahre 1912 gleich geblieben. Für Streiks im Verufe wurde 1911 viermal mehr verausgabt als in den zwei vorhergehenden Jahren und dem darauf folgenden Jahre; insgesamt 233 008 M. Für Streiks an andere Verbände wurde im letzten Jahre die gleiche Summe aufgewendet als in den beiden früheren Jahren zusammen, nämlich 59 744 M.

Altmann ging dann auf die vorliegenden Anträge ein. Die Lohnkämpfe würden in der Zukunft erbitterter und viel schwieriger sein als bisher. Dazu sei es notwendig, den Kampffonds zu stärken. Leider deute darauf nur ein Antrag hin, der durch vier Extrawochenbeiträge im Jahre die Kampfmittel vermehren müsse. Dagegen hätten 68 Jahrestellen Anträge gestellt, welche die Unterstützungen erhöhen wollen, ohne für die nötige Deckung zu sorgen. Damit würde man aber die Organisation zu Lohnkämpfen unfähig gestalten. Die Anträge auf Einrichtung neuer Bezirke und Anstellung neuer Bezirksleiter müßten alle abgelehnt werden, denn in keinem der in Betracht gezogenen Bezirke sei die Mitgliederzahl so stark, daß ein angestellter Bezirksleiter sich bezahlt machen würde. Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, regste Mitaktivität und Aufklärungsarbeit eines großen Teiles der Mitglieder sei es bisher gewesen, die den Erfolg erfreulichen Fortschritts der Organisation herbeigeführt hätte. Es gelte auch in der Zukunft, alles daran zu setzen, weiter die große Waffe der Mitglieder zu eifrigster Mitarbeit anzuspinnen. Wo das erreicht würde, werde man in jeder Weise in der Zukunft noch bessere Fortschritte erzielen können als bisher. (Lebhafte Beifall.)

Die Verhandlungen werden sodann auf Montag vertagt.

Jugendbewegung.

Die Jugendliche in die bürgerliche Jugendbewegung gepreßt werden.

Der Kampf um die Jugend nimmt immer mehr ungesegnete Formen an und zeigt, daß den Freunden der bürgerlichen Jugendbewegung jedes Mittel recht ist, um Mitglieder in diese hineinzupressen. In Waldau, Kreis Liegnitz, verkündete der Ortsgeistliche während der Kirche von der Kanzel herab, daß am 18. Mai im Dorfe eine Versammlung Jugendlicher stattfinden, zu der alle Fortbildungsschüler erscheinen müssen. In Waldau ist es aber so, wie in den meisten anderen Orten: Es kommen eben nicht mehr alle Ortsbewohner in die Kirche. Infolgedessen hatten auch vier Fortbildungsschüler keine Kenntnis von der Versammlung und gingen nicht hin. Groß war aber das Erstaunen, als die vier amtliche Strafbefehle folgenden Inhalts erhielten:

Sie haben am 18. d. Mts. bei der Versammlung der Fortbildungsschüler unentschuldig gefehlt. Die Uebertretung wird bestraft durch die Anzeige des Schulleiters.

Es wird deshalb hiermit gegen Sie auf Grund der §§ 9 und 10 des Statuts der Fortbildungsschule eine bei der hiesigen Amts- kasse zu erlegende Geldstrafe von 50 Pf., an deren Stelle, wenn Sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von einem Tage tritt, hierdurch festgelegt. (Dann folgen die Angaben über Einspruch usw.) Waldau, den 21. Mai 1913.

Der Amtsvorsteher
(folgt Name).

Abgelesen davon, daß in Waldau zwar eine ländliche Fortbildungsschule besteht, die im Interesse der Agrarier während des Sommers aber keinen Unterricht erteilt, ist es geradezu ein Hohn, „auf Grund des Statuts der Fortbildungsschule“ einige Schüler deshalb zu bestrafen, weil sie nicht an einer Versammlung teilgenommen haben, wozu sie überhaupt nicht die geringste Verpflichtung hatten.

Der „geistesblöde“ Amtsvorsteher wird die Strafbefehle wieder zurücknehmen müssen, sonst wird ihm die richterliche Entscheidung, die angerufen worden ist, eines besseren belehren. Auf alle Fälle ist das Vorgehen gegen die mit den Strafbefehlen bedachten Fortbildungsschüler wieder ein neuer Beweis dafür, mit welchen Mitteln versucht wird, der bürgerlichen Jugendbewegung Mitglieder zuzuführen. Der Zweck heiligt auch hier die Mittel.

Aus Industrie und Handel.

Der Berliner Arbeitsmarkt im Monat April.

Die Depression auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat sich noch verschärft, da zu den dämmernden Grobindustrien der Metall- und Maschinen-, der Holz- und Baubranche noch die Damenkonfektion hinzutrat. Der Metallarbeiterverband zählte am Schluß des Berichtmonats zirk. 4000 Arbeitslose, ebenso groß ist die Zahl der unbefähigten Holzarbeiter, und die Privatantätigkeit in Grob-Verl. liegt fast ganz brach. In den Arbeitsnachweisen kamen auf 100 offene Stellen 176 Männer bzw. 133 Frauen gegen 162 bzw. 121 in der Parallellzeit des Vorjahres. Bei den Frauen ist ein ganz erhebliches Heruntergehen der Klassenmitglieder zu verzeichnen, die sonstigen Daten aus der Mitgliederbewegung der Klassenlisten und die Einnahmen der Landesversicherungsanstalt Berlin aus Markenbeiträgen geben keinen weiteren Anhalt für die ohnehin schlechte Konjunktur, die den Berliner Arbeitsmarkt befeuert.

Ein preussischer Oberbürgermeister für die kommunale Lebensmittelversorgung.

In der Staatswissenschaftlichen Vereinigung zu Königsberg i. Pr. sprach Geh. Regierungsrat Dr. Wilms, der Oberbürgermeister von Posen, über die modernen Probleme der großstädtlichen Kommunen. Bei dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wies er darauf hin, daß ein Hauptnahrungsmittel, das Brot, ganz besonders dazu geeignet wäre, daß sich die Kommunen seiner annähmen, falls zwingende Gründe hierfür vorliegen sollten, da sich die Verarbeitung dieses Artikels, wie kaum ein anderer, zum Großbetrieb eignete. Die Erfahrungen, die man mit dem Seefischverkauf, in Verbindung mit Kochkurien, gemacht hätte, wären recht ermutigend. Schwieriger sei die Frage der Fleischversorgung. Nur in besonderen Fällen sei hier das Ausland herangezogen worden; die Ergebnisse seien im allgemeinen zufriedenstellend gewesen, und man hätte noch bessere Resultate erzielen können, wenn man den Fleischverkauf für längere Zeit hätte durchführen können. Es existierten indes Mischformen auf dem Fleischergewerbe.

Was werden die liberalen Stadtväter und Magistratsherren sagen, die immer ihre mandatorischen Theorien ins Treffen führen, wenn sie zur kommunalen Lebensmittelversorgung Stellung nehmen sollen? In Wirklichkeit aber ist es nur die Sorge um den Gewalter Bäcker und Fleischer, die sie davon abhält, das durchzuführen, was dringend im Interesse der Allgemeinheit liegt.

Der Milchkrieg in Cham (Kanton Zug) ist in ein neues interessantes Stadium getreten und es hat gerade den Anschein, als ob die Bauernführer die Bauern mit Gewalt dem Ruin entgegenzutreiben wollen. Durch Venußungen der Regierung des Kantons Zug ist die Basis zu einer Verständigung zwischen dem Verband der zugerisch-aargauischen und luzernischen Milchgenossenschaften und der Restis und Anglo Swiss Milk Co. in Cham gefunden worden: 1. Die Restis und Anglo Swiss Milk Co. hat ihre frühere Offerte wieder aufgenommen und offeriert einen Jahrespreis von 17,50 Fr. per 100 Kilo franco Cham. Der Vorstand des Verbandes der zugerisch-aargauisch-luzernischen Milchgenossenschaft akzeptiert diesen Preis. 2. Es soll an Cham sämtliche Milch des Verbandes, die noch nicht an Käufer definitiv verkauft ist, geliefert werden. Unter nichtverkaufter Milch ist die Milch von mindestens 6000 Kühen zu verstehen. 3. Diejenigen Genossenschaften, die zufolge eingegangener Verträge (Butter- und Schottenlieferungen usw.) die Milch nicht sofort liefern können, erhalten eine Maximalfrist von drei Monaten zu dieser Lieferung.

Der Vorstand hat über diese Vereinbarung eine Abstimmung veranstaltet, die aber negativ ausgefallen ist. Als Resultat wurde der Milchfabrik mitgeteilt, daß höchstens für die Milch von 2500 Kühen garantiert werden könne. Infolgedessen hat die Siederer ihre Offerte wieder zurückgezogen und der Kampf geht weiter, heftiger als vorher. Es ist eine Selbsttäuschung der Bauern, wenn sie sich einbilden, den Milchpreis auf der künstlich gesteigerten Höhe halten zu können. Bei der infolge der großen Küheproduktion vorhandenen Milchschwemme ist der Preis auf die Dauer nicht mehr zu halten. Was wird die Folge sein? Die Milchfabrik mit den ihr zu Gebote stehenden Millionen kann warten, und die Bauernverbände werden bald genug noch merken, daß sie doch nachgeben müssen, denn wenn die vielen Tausend Liter Milch, die täglich in die Chamer Milchfabrik geliefert wurden, auch noch dauernd verbuttert und veräußert werden, so ist ein bedeutender Butter- und Käseabschlag die unausweichliche Folge, zur Freude der Konsumenten und nicht zum wenigsten der Arbeiterschaft; denn diese leidet unter der fortwährenden Preissteigerung am meisten. Nicht daß man den Bauern ihren Verdienst nicht gönnte; nein, aber die Art und Weise, wie die Milchpreise in den letzten Jahren künstlich in die Höhe getrieben und die Bauern zur einseitigen Milchwirtschaft verleitet wurden, rächt sich jetzt.

Der Kalkabsatz. In der gestrigen Gesellschaftsversammlung des Kalksyndikats wurde mitgeteilt: Während das Kalksyndikat im ersten Quartal dieses Jahres einen Mehrabsatz von 6 Millionen Mark gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres erzielen konnte, ist der Mehrabsatz in den abgelaufenen Monaten April und Mai je 250 000 M. gewesen, so daß sich also das Plus in den ersten fünf Monaten 1913 auf zirk. 6 1/2 Millionen M. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres stellt. Dieser Mehrabsatz, der an sich befriedigend ist, hat nicht genügt, um die Beilegung der 28 neuen Werke zu decken, welche in den letzten Monaten des Jahres 1912 und ab 1. Januar 1913 dem Kalksyndikat als Gesellschaftler beigetreten sind, sowie derjenigen Werke, welche Zusatzquoten erhalten haben.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das Ausland an dem Mehrabsatz weniger beteiligt ist als das Inland, und daß besonders das Geschäft in den südlichen Staaten Europas unter den Balkanwirren und der Geldkrise gelitten hat. Auch der Absatz nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika liegt in den ersten Monaten dieses Jahres infolge ungünstiger Verhältnisse auf dem amerikanischen Düngemittelmarkt zu wünschen übrig.

Die „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ teilt mit, daß entgegen anderslautenden Angaben die Zahl der Beschäftigten keineswegs zurückgegangen sei. Vielmehr seien die starken vorjährigen Reduzierungen der K. G. G. sowohl in Bezug auf die fakturierten Umsätze als auch die vorliegenden Aufträge durch die Ziffern des laufenden Jahres erheblich überschritten worden.

Währungsreform in Amerika. Senator Tillman hat einen Brief des Präsidenten Wilson veröffentlicht, in welchem dieser eine sofortige Währungsreform empfiehlt und erklärt: Wie sind lokal Weise dem Lande gegenüber verpflichtet, sie durchzuführen, so daß jeder Versuch, eine künstliche Verwirrung zu schaffen, nachdem die Tarifvorlage Gesetz geworden ist, durch ein freies Kreditystem ausgeschaltet wird, das es jedermann, reich oder arm, ermöglicht, im Geschäftsleben selbst seine Vorsorge zu treffen.

Soziales.

Ein neuer Ankel für die Landarbeiter.

Unter Bruch der Reichsverfassung wurde im Jahre 1912 bekanntlich vom Preussischen Landtag ein Gesetz beschlossen, mit Hilfe dessen arbeitsscheue Personen durch die Verwaltungs- (Polizei-) Behörden in Arbeitshäusern untergebracht werden sollen. Als unsere Genossen im Landtage auf diesen Verfassungsbruch hinwiesen und betonten, daß das Gesetz nur eine Waffe gegen mißliebige Arbeiter sein sollte, war die Regierung und die Junkermehrheit sehr enttäuscht. Jetzt zeigt sich von Tag zu Tag mehr, daß insbesondere den Landarbeitern mit diesem Gesetz eine neue Kute gebunden worden ist. Ganz frisch tritt der Mißbrauch des Gesetzes im Interesse der Junker in folgendem Schreiben zutage, das ein Gutsvorsteher im ostpreussischen Kreise Pr.-Enlau an einen Arbeiter richtete:

Liebhäuser, den 22. Oktober 1912.

Der Deputant Hermann Krause aus Liebhäuser wird hiermit nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Juli 1912 (G. S. S. 195) nochmals und zwar zum letztenmal aufgefordert, die Arbeit anzunehmen und zwar unter der Verwarnung, daß im Belegungsfall nach Absatz II (Verfahren zur Anordnung des Arbeitszwanges) Abs. 1 und 2 gegen Krause die Unterbringung in einem Arbeitshaus beantragt werden wird, weil er durch seine arbeitsscheue das Fortkommen seiner Familie gefährdet.

Desgleichen wird gegen den Schornwerker Otto Krause die Unterbringung und Einleitung der Fürsorgeerziehung beantragt werden, da ein längeres Verweilen im Elternhause bei Krause

unter den obwaltenden Umständen die Erziehung des Otto Krause gefährdet.

(L. S.)

Der Gutsvorstand,
gez. Ratten.*

So wird ein ehrlicher Arbeiter, der es bei irgend einem Agrarier nicht mehr aushalten kann, einfach zu einem Arbeitsscheuen gestempelt. Zur Ausführung dieser Drohung ist es ja schließlich nicht gekommen. Aber die Tatsache, daß solche Drohungen von einer amtlichen Stelle ausgesprochen werden können, spricht Bände und beleuchtet wie ein Blitzlicht die preussischen Zustände. Werden die vorgelegten Befehle nun gegen diesen Gutsvorsteher einschreiten?

Augenunfall durch Glühbirnen.

Die minderjährige Arbeiterin Elsa S. hat am 7. oder 8. November 1910 im Betriebe eine Verletzung des linken Auges erlitten. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß der Arbeiterin im Betriebe der Gasglühlichtgesellschaft Auer beim Lampeneinrichten eine Birne zerbrach und ihr ein Stückchen Glas in das linke Auge flog. Trotz der Schmerzen, welche die S. sofort empfand, arbeitete sie noch etwa 8 Tage weiter, ehe sie den Augenarzt zu Rate zog. Der von der Verletzten bei der Norddeutschen Metall-Versicherungsgesellschaft erhobene Anspruch auf Unfallrente wurde zurückgewiesen, weil nicht erwiesen ist, daß die S. im November 1910 im Betriebe einen Unfall erlitten hat. Außerdem hängt nach ärztlicher Ansicht die Entzündung der Hornhaut des linken Auges mit dem angeblichen Unfall ursächlich nicht zusammen. Inzwischen war auch das unversehrte rechte Auge in der gleichen Weise erkrankt.

Die von der Klägerin gegen den Ablehnungsbescheid erhobene Berufung wurde vom Schiedsgericht für Arbeiterberufung für den Stadtkreis Berlin zurückgewiesen. Das Schiedsgericht stützt sich auf ein von dem Prof. Dr. A. eingesendetes Gutachten. Nach diesem Gutachten besteht eine sogenannte parenchymatöse Hornhautentzündung, die nur auf luetischer Grundlage entstehen kann. Nach dem Ausfall der ärztlichen Untersuchung kann indessen kein Zweifel bestehen, daß die Verletzte hereditär belastet ist. Wogen diese Entscheidung referierte die Klägerin beim Reichsversicherungsamt. Es wurde betont, daß, wenn die Verletzte für die Erkrankung der Augen auch befallenen haben mag, dann ist dem Unfall zum mindesten eine verschlimmernde Wirkung beizumessen; um so mehr dürfte dies der Fall sein, als das verletzte linke Auge von der Erkrankung an parenchymatöser Hornhautentzündung betroffen wurde.

Das Reichsversicherungsamt forderte ein ärztliches Obergutachten von dem Direktor der Königl. Universitäts-Augenklinik Professor Dr. Dr. ein. Der Obergutachter kommt zu dem Ergebnis, daß die parenchymatöse Hornhautentzündung auf beiden Augen als Unfallfolge anzusehen ist. Darauf verurteilte das Reichsversicherungsamt die Berufungsgesellschaft zur Entschädigungspflicht. In den Urteilsgründen des erkennenden Senats heißt es u. a.: „Das Reichsversicherungsamt hat zunächst den von der Klägerin behaupteten Unfall als erwiesen angenommen, denn die Klägerin hat von Anfang an behauptet, daß eines Tages um die Wende des Monats Oktober 1910 bei der Arbeit eine Glühbirne geplatzt sei und daß sie in demselben Augenblick im linken Auge einen Schmerz gefühlt habe. Diese Angaben sind von der Reugin M. bestätigt worden. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, daß ein der vielen umherspringenden Glasplitterchen das Auge der Klägerin getroffen hat. Wenn näher weiter von der Samariterin noch von dem erstbehandelnden Augenarzt Dr. L. eine Verletzung des Auges gefunden worden ist, so findet dies, wie auch Prof. Dr. B. annimmt, eine genügende Erklärung dadurch, daß der Splitter nur gegen und nicht in das Auge hineingeflogen ist.“

Im übrigen hat das Reichsversicherungsamt gemäß dem von ihm eingeholten Obergutachten den ursächlichen Zusammenhang des auf beiden Augen der Klägerin bestehenden Leidens mit dem Unfall bejaht. Das Gutachten wird dadurch bestätigt, daß die Klägerin von dem Unfall an Schmerzen auf dem linken Auge empfand und daß das Leiden von diesem Auge seinen Ausgang genommen hat.“

Der Klägerin wurde vom Beginn der 14. Woche bis zum 31. Juli 1912 die Vollrente und vom 1. August 1912 ab eine Rente von 25 Proz. zuerkannt.

Unfall in der Wohnung.

Ein Bauunternehmer in Barmen hatte mehrere Zimmerer zu einer größeren Arbeit nach dem entfernteren Vortopp geschickt. Da noch keine Haubude errichtet war, so mußten die Handwerker ihre Arbeitsgeräte mit in ihr gemietetes Zimmer nehmen. Als nun der 28 Jahre alte Zimmerer G. einen Kasten auf den Schrank im Zimmer stellen wollte, fiel von diesem unerwartet ein Revolver herab, der sich beim Aufheben entlad und den jungen Mann schwer an beiden Augen verletzte. Für seinen Verfall ist der junge Mann dauernd unfähig geworden. Er verlangte von der Berufsgenossenschaft Unfallrente. Doch hier hatte er kein Glück, denn die Berufsgenossenschaft erklärte, daß von einem Betriebsunfall keine Rede sein könne, weil die Verletzung bei der Ordnung der eigenwirtschaftlichen Angelegenheiten sich ereignet habe und weder örtlich noch zeitlich und ursächlich mit dem Betrieb im Zusammenhang stand. Dem Schiedsgericht schrieb der Verletzte, daß von einem Betriebsunfall doch die Rede sein müsse, denn er habe keine Vergnügungsfahrt gemacht, sondern sei von seiner Firma auf Montage geschickt worden. Er sei gezwungen gewesen, das ganze Handwerkzeug in die ihm fremde Wohnung zu nehmen und dort einer Betriebsgefahr zum Opfer gefallen. Das Reichsversicherungsamt habe immer erklärt, daß die Aktien der Monteur zum Betriebe gehören. Und um eine solche Montagefahrt handle es sich im vorliegenden Falle. Denn um diese Reise anzuführen, sei jeder Monteur gehalten, neben dem etwaigen Werkzeug auch Kleidungsstücke usw. mitzunehmen, was eben zu seinem persönlichen Gebrauche diene. Derartige ihm selbst gehörige Dinge seien daher in diesem Falle dem Arbeitsgerät durchaus gleichzusetzen, und sei auch ein Monteur bei der Unterbringung derartigen Gerätschaften in der Wohnung, die er sich doch notwendigerweise mieten muß, wenn er an einem fremden Orte Arbeiten ausführen will, immer noch im Betriebe. Die eigenwirtschaftliche Tätigkeit in der Wohnung beginne eigentlich erst dann, wenn er sich wirklich wohnlich eingerichtet habe. Der Unfall sei aber entstanden bei der Unterbringung des Arbeitsgerätes in einer ihm ganz fremden Wohnung. Er konnte auch nicht wissen, daß ein geladener Revolver auf dem Schranke lag, und sei somit einer Betriebsgefahr zum Opfer gefallen.

Das Schiedsgericht gab jedoch der Genossenschaft recht. Ebenso das Reichsversicherungsamt. In den Gründen heißt es: Die Reise sei allerdings vom Kläger im Interesse des Betriebes zurückgelegt worden und der versicherten Betriebsfähigkeit zugerechnet. Die Verletzung aber, die er am Tage nach der Ankunft in Vortopp in der dort gemieteten Wohnung vornahm, sind eigenwirtschaftlicher Natur und können dem Betriebe nicht zugerechnet werden. Man kann auch nicht von dem Gesichtspunkte aus zu Bejahung eines Betriebsunfalls gelangen, daß der Unfall den Kläger nicht betroffen hätte, wenn er nicht die im Betriebsinteresse zurückgelegte Reise nach Vortopp hätte machen müssen. In diesem weiten Sinne kann der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Betrieb und dem Unfall nicht geltend gemacht werden, denn es ist davon auszugehen, daß das Gewerbeunfallversicherungsgesetz Entschädigungen gewährt für die Folgen von Unfällen, die sich bei dem Betriebe ereignen, d. h. bei einer Tätigkeit, die die Zwecke des Betriebes zu fördern bestimmt sind. Dies treffe aber im vorliegenden Falle nicht zu, denn hier hand das eigenwirtschaftliche Interesse des Klägers selbst dann noch im Vordergrund, wenn, wie schließlich behauptet worden ist, der Revolver beim Herabnehmen von Handwerkzeug vom Schrank gefallen ist.“

Erstklassig! "Unsere Marine" 2 Pfg. Cigarette

Georg A. Jasmatzki Akt. Ges. Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik.



Schlager in Qualität!

Theater.

Dienstag, 3. Juni 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Theater. Das Dummelmadchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Orpheus und Euridice.
Königl. Schauspielhaus. Der geübte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Anfang 8 Uhr.
Branta. Der Bierwaldkatterfee und der Gottard.
Neues Opern (Kroll). Der fliegende Holländer.
Reising. Al-Bien.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Kammerspiele. Die Einnahme von Berg-op-Zoom.
Berliner. Filmzauber.
Königgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Schiller O. Hofemanns Töchter.
Schiller-Charlottenb. Geographie und Liebe.
Theater des Westens. Geschlossen.
Montis Operetten. Der lachende Gemann.
Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Der Mikado.
Komödienhaus. Hochherrschliche Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Thalia. Puppen.
Wintergarten. Bergkristallen.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. v. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmermadchen.

Lustspielhaus.

Der lustige Kaskadu.
Die Almörden.
Kofe. Krone und Fessel. Im Garten: Die Almörden.
Folies Caprice. Ein Vechvogel.
Die Krampflöcher.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Ernst sein.
Theater am Rollendorplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Anfang 8 Uhr.
Admiralspalast. Eisballet: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Wallner.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Hierauf: Elga.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Moral.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Theater am Rollendorplatz
Anfang 8 1/2 Uhr:
Der Mann mit der grünen Maske.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der Dieb.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgräber Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Kroll-Oper
8 Uhr:
Der fliegende Holländer.
Gastspiel:
Eva v. d. Chen, Friedr. Blasche und Theodor Lattiermann.
Metropol-Theater.
abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Montowski.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Reichshallen-Theater
Stettiner Säng.
„Stücke's Pfingstfahrt“
Berliner Burleske von Meyel.
Anfang 8 Uhr.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Krone und Fessel.
Auf der Gartenbühne:
Achtung! Es geht los!
Große Post. Anfang 4 1/2 Uhr.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Ami Robben 1141.
Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spielmann.
8 Uhr: Der lachende Gemann.
Passage-Panoptikum
Die 3 Schwestern Liliput
die kleinste Schwest. der Welt.
Der weitherühmte amerikanische
Negerboxer
Andra Johnson
bei seinem Training.
Aga, Jungfrau!
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!
Voigt-Theater.
Baderstraße 38.
Heute sowie täglich:
Auf nach Amerika!
Sens. Gej.-Burleske v. H. v. Sappert.
Vollständig neue Spezialitäten.
Stoffenöffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Berliner Bock-Brauerei
Heute, Dienstag, 3. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Sinfonie-Konzert
des **Blüthner-Orchesters**
Dirigent: **Guido v. Fuchs.**
Solist: **Rich. Möbus (Flöte).**
A. d. Progr.: Haydn: Militär-sinfonie; Humperdinck: Fantasie aus „Hänsel und Gretel.“
Kart. à 30 Pf. bei A. Wertheim,
Leipziger Straße; P. Horisch,
Engelauer 15; allen Verkaufsstellen d. Neuen freien Volksbühne; den Konsumgeschäften d. Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend; Verb. für Theatervergünstig. Linkstr. 42; Orchesterbureau Lützowstr. 76a. Abendkasse
Volksgarten-Theater.
Badstr. 8. Söllermannstr. 20/25.
Täglich: **Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Neues Programm.
Täglich: **In lauschiger Nacht.**
Poffe mit Gelang und Tanz.

Neue Welt

A. Scholz, Hasenholde 108-114
Heute Dienstag,
den 3. Juni 1913:
Gr. Konzert u. Vorstellung.
Vollständig
neues Programm.
Unter anderem:
Viktor Ritter
die
große u. kleine Kanone.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Voranzeige!
Mittwoch, den 4. Juni:
Großes Kinderfest.
Admiralspalast — Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
das gr. erfolgreiche Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Rang.
Wein- und Bier-Abteilung.
Berliner
Humor-Quartett
W. Wutzky Oderberger Str. 35

2. Preussisch-Süddeutsche

(228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

1. Klasse 20.ziehungstag 2. Juni 1913

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I. u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. B.) (Nachdruck verboten)

303 471 67 637 604 28 910 98 1247 (500) 334 35 81 648
744 2130 300 10 565 635 793 (1000) 97 803 30 538 2155 299
508 (500) 48 77 746 (1000) 4254 481 539 603 (1000) 85 812
82 501 67 5179 381 635 83 6109 85 316 409 (500) 24 633 82
632 (500) 64 (500) 787 890 902 68 7118 81 (1000) 263 579 90
744 825 8077 109 307 (500) 505 (500) 60 92 628 04 8051
502 723 83 (1000) 809 85

110035 289 379 652 718 036 11421 725 12101 84 (500) 250
75 394 99 480 508 612 38 299 98 929 93 13014 16 71 139 215
59 307 22 638 500 37 (3000) 776 922 14004 31 43 49 457 554
87 825 80 15210 16099 92 293 375 419 60 95 959 693 733
910 226 44 446 832 726 77 18284 330 64 500 (500) 71 700 62888
20 08 231 62 305 63 685 928 21204 424 675 (1000) 714
838 52 825 22264 76 310 425 594 632 45 (500) 964 23001
19 157 469 642 603 738 (1000) 42 97 624 2427 540 539 87
443 631 627 965 25200 38 77 (1000) 312 519 628 90 859
28015 65 162 206 57 85 348 412 767 777 891 (3000) 900 76 92
27205 814 43 67 627 (500) 28259 95 (3000) 311 24 49 658
46 (3000) 79 81 809 904 77 29015 65 189 219 344 (1000) 300
82 99 607 525 742 42 839

30003 282 363 82 507 14 722 863 31213 80 42 72 350 410
(500) 627 803 34 32079 322 (500) 404 (500) 6 34 543 924 33117
81 276 (500) 674 844 833 987 99 34121 61 81 296 213 641 81
83 97 697 (1000) 710 16 804 943 35085 74 (500) 99 184 94 309
18 84 478 58 607 652 (500) 733 628 23 20201 146 86 254 (500)
82 882 37056 73 169 91 301 478 64 837 619 64 75 23425
799 31112 469 594 902 31 933

46311 (500) 96 (500) 3003 368 73 434 597 871 823 896 41000
93 117 73 88 55 476 740 256 913 42209 18 310 453 638 556
62 43278 608 77 807 17 91 726 83 877 (500) 92 305 44106
72 (500) 213 478 807 636 819 614 85 48764 112 (500) 226 305
542 (1000) 627 779 83 806 77 48318 316 70 80 516 623 (500)
73 700 47004 150 212 97 389 430 71 877 836 65 914 32 30 44
48002 571 688 (1000) 740 68 814 32 (500) 40148 219 396 498
606 63 659 700

50334 413 608 (3000) 848 (1000) 95 74 (500) 705 803
923 43 61011 119 210 961 715 80 810 (1000) 994 52114 72 85
86 420 53 (3000) 943 601 52081 97 130 40 66 261 81 84 626
751 843 93 95 54123 220 492 90 630 654 742 867 83 985 35
55161 438 78 62 603 544 934 56108 290 87 407 808 607 712
905 60 87240 410 53 594 905 84 53140 298 80 429 (500)
530 44 659 706 59109 388 306 (3000) 91 62 540 60 605 60
(3000) 799 859

60116 72 454 (3000) 660 61278 324 25 32 632 693 69395
445 70 611 79 62067 322 327 78 406 (500) 563 (500) 730 13
(500) 94 875 876 865 64022 75 (1000) 256 626 (1000) 833 946
65204 104 277 322 49 628 805 97 987 80000 101 461 (1000)
699 (1000) 721 800 960 95 67289 304 440 8990 762 68265 307
631 651 630 49 (500) 944 69048 128 343 635 30 914 3
72076 97 159 217 (500) 309 (1000) 476 628 642 (500) 761
856 71810 225 768 987 76 72017 671 87 601 763 68 829 835
64 743 69 81 64 76 724 866 (1000) 912 86067 414 503 865
776 889 592 89 80790 160 569 621 854 98 (3000) 932 69260
601 10 26 (500)

90226 322 (100000) 71 78 (500) 82 (500) 512 23 52 79
605 705 84 66 (500) 97 91259 884 62455 86 863 93210 18
27 44 88 324 410 24 875 427 830 956 84107 69 631 748 71
626 98107 233 34 400 (1000) 1 45 87 488 64 531 748 (3000)
847 67 985 98006 84 882 65 614 603 46 763 981 (500) 97106
65 328 344 640 (500) 715 34 90 900 4 37 74 90145 (500) 49 82
600 309 478 609 807 875 91 92 971 89000 115 (1000) 224 45
309 403 63 626

100207 358 417 559 82 624 70 96 101137 435 571 619
805 102217 69 (500) 409 10 13 (3000) 502 13 745 833 52 913
64 70317 15 67 37 602 605 861 64 918 104046 66 151 520
735 48 805 951 105062 119 79 311 442 47 70 594 629 62 901
7 29 106179 290 359 758 (500) 87 801 24 924 107075 (500)
100 246 77 80 85 399 562 675 794 50 17 960 108053 160
104 411 23 73 570 736 (600) 42 863 (3000) 966 109010 62
63004 205 26 329 520 614 61 758 (1000)

110050 63 168 209 15 312 78 617 11198 970 401 (3000) 633
779 (500) 112126 202 462 840 113059 117 19 (1000) 31 372 423
752 875 976 90 114090 58 458 73 677 687 90 841 918 500
115042 254 320 118 19 69 87 858 44 (500) 47 876 10948 302
578 93 922 117024 44 279 308 431 586 805 44 90274 119 219
(500) 37 341 334 404 609 88 (500) 804 73 (500) 51 119054 141
212 491 677 844

120015 375 (1000) 98 409 18 48 869 121052 336 75 413 22
558 (500) 852 733 (3000) 831 (500) 940 122077 212 58 66 445
564 877 871 933 123099 103 259 92 353 476 606 (1000) 47 62
70 204 17 940 124009 (1000) 250 61 (500) 74 76 77 344 45 526
46 746 95 92 956 125029 56 194 310 45 66 (500) 610 646
800 861 92 126074 69 663 70 610 65 (500) 99 771 595 127002
8 39 339 74 98 619 881 75 922 48 73 128049 119 63 245
(3000) 54 66 (500) 52 (1000) 61 669 964 129001 41 141 (500)
419 (3000) 28 653 (3000) 514 45

130011 629 638 701 27 78 131016 100 54 735 71 98 505
(500) 41 936 132102 47 307 426 527 719 87 928 65 (3000)
133212 27 (3000) 435 663 614 748 (500) 949 134172 333 518
675 84 708 24 135455 612 (3000) 611 (1000) 71 90 (1000) 759
598 136233 41 339 610 (3000) 29 890 137254 55 59 311 67
633 640 64 49 85 735 935 138171 73 229 49 303 43 403 636
633 97 749 828 79 139145 287 (1000) 322 706 16 53 949

140097 106 889 932 141000 1 142 435 24 98 583 142053
70 148 26 388 591 890 790 (500) 143043 (3000) 118 263 (1000)
423 (500) 29 875 707 72 86 827 818 45 42 144007 190 349 93
73 388 (1000) 716 21 93 956 145015 42 (500) 58 63 73 78 145
381 566 634 786 994 146311 510 (1000) 20 731 875 913 31
147180 427 (3000) 607 813 (3000) 90 954 148101 247 300 60
74 81 418 (500) 66 94 856 641 43 762 804 148439 656

150005 67 183 (1000) 276 850 724 894 11 989 151004 5
(500) 172 283 (5000) 358 96 142 152015 240 41 87 303 623
153001 620 59 76 76 608 60 895 (500) 154110 299 429 616
18 611 76 (500) 726 824 (500) 73 905 62 155942 343 67 690
780 298 156005 23 527 670 709 55 70 87 900 157138 54 67
310 519 627 87 706 70 824 33 10 158051 104 39 395 425
34 296 673 (500) 985 169008 119 602 (500) 86 (3000) 611 69
802 63 95

160118 59 239 96 465 501 87 504 161003 233 332 407 65
703 94 842 64 (1000) 926 162135 240 317 479 737 639
103075 141 55 252 510 164522 438 51 621 87 (500) 708
966 (1000) 105037 169 831 (500) 36 674 843 943 166068 216
65 (500) 516 610 805 48 325 167253 315 80 956 168232 371
513 36 611 79 734 566 92 969 168507 119 60 208 27 305 40
78 786 970 14 988

170004 384 432 82 648 80 837 917 (1000) 22 171212 469
572 701 913 90 172186 370 99 546 744 806 173501 806
174147 (500) 238 (1000) 310 618 33 610 175900 94 404 69
(500) 596 678 809 935 176186 949 (1000) 409 75 78 690 901
177141 84 61 221 460 726 834 979 178130 (1000) 327 74
(3000) 448 846 860 (1000) 962 (500) 179044 737 42

180049 60 85 433 64 706 800 181038 86 (500) 135 501
85 (1000) 496 725 898 806 182134 96 (1000) 206 447 519
645 (1000) 49 750 81 (1000) 73 79 853 55 (500) 53 (1000) 93
(1000) 99 183000 60 80 225 491 93 824 535 988 184069
(1000) 229 48 398 77 431 97 675 713 912 185022 291 625 49
107 186206 85 98 662 703 918 187002 8 121 64 303 89 411
705 (3000) 188047 321 634 (500) 705 68 821 63 189377 280
475 081 805

190007 27 111 24 80 295 468 58 674 701 12 42 76 900
192112 108 289 40 432 887 200 20 887 943 192018 (3000)
309 468 95 811 674 716 329 (500) 193067 (500) 140 300 75
409 (1000) 78 823 767 892 (500) 810 (1000) 194041 74
392 414 83 97 628 87 633 969 195115 97 201 348 552 624 711
581 (500) 196541 608 913 197182 227 437 612 198120 370
83 461 69 592 874 912 199016 82 (500) 70 (1000) 199 219 49
306 73 840

200012 24 43 383 405 9 604 671 808 634 29 201133
(3000) 58 297 324 48 875 909 202104 429 42 49 519 37 862
913 203000 70 74 205 93 1000 132 80 473 97 589 (3000)
928 35 78 81 204500 825 691 (1000) 76 910 (3000) 15 3000)
205 141 205141 98 370 598 628 731 829 84 918 206079 179
842 78 513 86 760 896 65 619 (1000) 207007 124 691 813 81
208003 256 90 339 (3000) 491 690 209009 73 86 341 429
(1000) 580 683 95 787 814

210016 135 98 97 152 400 574 648 55 745 94 091 93
211134 75 (3000) 204 30 78 374 78 (3000) 402 63 612 (500) 65
(1000) 212002 43 69 228 46 49 316 19 483 689 790 (500) 823
213089 120 67 409 500 39 681 889 945 214024 106 340 81
304 670 (500) 835 76 (500) 626 215028 98 137 202 69 77 707
(500) 839 928 216025 119 325 76 86 320 447 (500) 814 92 623
63 785 968 88 217266 70 77 814 60 (500) 792 81 218003
164 201 (500) 681 734 36 88 823 65 948 64 (500) 219029 (1000)
256 389 604 63 77 712 818 53

220000 177 84 216 489 575 800 220140 71 92 151 (500)
226 45 43 426 506 622 (1000) 82 937 (1000) 222221 (500)
387 458 626 603 98 918 80 81 223204 8 66 75 358 440 596
69 621 64 897 968 224014 126 (5000) 256 330 404 (5000) 27
63 79 687 615 18 81 80 16 95 959 24 225215 340 84 425 59
815 (1000) 632 818 226065 (1000) 119 354 79 309 446 60 530
87 80 (500) 88 620 725 227015 52 459 228149 293 47 (500)
93 (1000) 597 438 828 229396 337 405 229722 900
230078 296 433 67 (500) 231099 321 425 276 (1000)
827 23 721 815 954 (15000) 232117 42 (1000) 243 486 523
49 (500) 732 930 233100 46 319 49 482 630 861 973 90

2. Preussisch-Süddeutsche

(228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

1. Klasse 20.ziehungstag 2. Juni 1913

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I. u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. B.) (Nachdruck verboten)

100 207 29 (3000) 605 (1000) 850 89 905 1187 492 627 78
775 82 2070 190 213 378 401 (3000) 518 32 37 68 63 (500) 618
(500) 885 3026 73 186 228 348 456 (500) 635 56 82 4073 112
35 (500) 706 51 823 38 49 990 5032 47 237 91 349 (1000) 73
(3000) 424 550 67 941 902 40 6115 211 79 4 1 (500) 21 529
65 83 7124 228 95 362 469 589 987 8000 33 (9-0) 63 86
601 15 229 62 8021 (3000) 60 138 205 376 62 634

10109 203 316 72 86 419 44 726 44 901 13 11075 118 440
678 625 900 12105 345 487 542 61 801 736 399 24 13131 389
474 545 (500) 862 964 76 805 6 14178 95 500 406 28 822 89
855 15024 182 061 67 690 7 24 870 938 16195 95 (3000) 226
(1000) 383 644 732 823 78 17154 233 329 410 831 86 (500) 668
893 907 70 18462 (500) 617 30 67 649 967 18

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Bei der Urwahl am Sonntag haben sich 1007 Mitglieder beteiligt. Gewählt wurden als erster Vorsitzender H. Schröder mit 973, als zweiter Vorsitzender L. Jacobowski mit 907, als erster Kassierer G. Schmidt mit 998, als zweiter Kassierer E. Lohse mit 1001, als erster Schriftführer Joh. Rautmann mit 998, als zweiter Schriftführer Fr. Weil mit 988, als Beisitzer Frau M. Baur mit 958, M. Appel mit 962, als Beisitzeren Fr. Schäfer mit 901, W. Ballow mit 856, R. Henning mit 615, als Präsidiumsmitglieder Fr. Ewald mit 988, G. Häufiger mit 963, als Lokalkommissionsmitglied A. Reinhardt mit 766, als Schiedsgerichtsbeisitzer Fr. Schwente mit 908, als Revisor für Groß-Berlin G. Schmidt mit 909 Stimmen. Außerdem erhielten E. Raundorf als Revisor 491 und M. Fönig als Lokalkommissionsmitglied 176 Stimmen.

Dritter Wahlkreis. Die Urwahl am Sonntag für den Vorstand und die Kommissionen brachte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: P. Hoffmann, 2. Vorsitzender: F. Ruf, 1. Kassierer: G. Varentzin, 2. Kassierer: W. Jökel, 1. Schriftführer: G. Poesch, 2. Schriftführer: Elise Bongartz, Beisitzerin: A. Fahrenwald, Beisitzeren: E. Gerntz, F. Kupferschmidt, A. Rigbur, A. Klingler, G. Richter, A. Fischer; Beisitzerkommission: G. Raasch, G. Ruschold, A. Schmidt, G. Meißner, Fr. Krüger, R. Piefich, Fr. Adamsli; Aktionsausschuss: P. Hoffmann; Aspiranten: G. Varentzin, M. Saffen, G. Müller; Schiedskommission: A. Nelle; Revisor für Groß-Berlin: P. Burgardt; Präsidiumsmitglied: G. Davidsohn; Lokalkommission: Weiersdorf, Der Vorstand.

Zempelhof. Mittwoch, den 4. d. Ms., abend 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Str. 9: Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Bericht von der Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Wahl von Delegierten. 4. Verschiedenes.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwochabend im Lokal Glaser, Kaiser-Wilhelm-Strasse, statt.

Berliner Nachrichten.

Die Abgeordnetenwahlen zum Landtage

finden heute in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends statt. In den Landtagswahlbezirken 1-4 findet Terminwahl statt, während in den Bezirken 5-12 Fristwahl angeordnet ist.

Die Wahlmänner müssen in der angegebenen Zeit sich ihres Auftrages erledigen.

Geschäftspatriotismus.

Der Geschäftspatriotismus, der gewöhnlich mit Fahnen, Schaufensterdekoration und Illumination arbeitet, tritt diesmal aus Anlaß des kommenden Regierungsjubiläums ganz ungeniert auch in Zeitungsinserten hervor. Eine Berliner Firma empfiehlt Dekorationsartikel, auch gleich für die schier endlosen Jahreshundertfeiern, und bringt als Mißgabe die Feldmarktschallgestalt des Gefeierten, der Millionen von Deutschen als „vaterlandlose Geistes“ bezeichnete sowie die anstößige Ueberschrift „Heil unserem Kaiser!“. Kochdeutsch besetzt das patriotische Geschäftsprinzip des Verdienens eine große Kindergerothenfirma aus der Leipziger Straße. Sie kündigt an, daß der zehnte Teil sämtlicher im Monat Juni erzielter Einnahmen aus sofort oder am gleichen Tage beglichenen Einläufen dem „Roten Kreuz“ für seine Wohlfahrtseinrichtungen als Regierungsjubiläumsspende überwiesen werden soll. Durch den erhofften und wohl auch erreichten stärkeren Umsatz fließt natürlich die größte „Spende“ in die Kassen solcher Firmen.

Auf demselben Niveau stehen schließlich auch die Freilichtbühnen, die sich durchweg in Patriotismus nicht genug tun können, wohl weil sie dabei auf ein nicht ganz freiwillig erscheinendes und zahlendes Publikum hoffen. Als ob es nicht genug andere und viel interessantere Stoffe gäbe, die sich bedeutend besser für eine Freilichtbühne eignen! Die Veranstalter „wollen der deutschen Kunst vornehmlich der Theaterkunst, wieder zu heimatischem Charakter verhelfen“. Ja, geht das denn wirklich nur mit Patriotismus? Selbst die große Zeit vor hundert Jahren könnte sehr wohl so dargestellt werden, daß sie die Wahrheit veranschaulicht und nicht auf geschäftlich gefällige, geschäftliche Verherrlichung herrschender Personen abgestempelt ist. Die Verfasser der patriotischen Spektakelstücke, die meist an Kaviar nichts zu wünschen übrig lassen, wissen natürlich ganz genau, daß sie mit ihren Machwerken „oben“ Anlaß finden, vielleicht ein Piepmägen ergattern, und für die übrigen patriotischen Theaterpieler fällt auch etwas ab. Nur nicht für die mitwirkenden Kräfte, meist engagementslose Sommertheaterpieler, die werden gewöhnlich recht armselig bezahlt.

Militärverein der Luftschiffer.

Die Militär- und Krügervereine mehren sich wie der Sand am Meere. Es existieren für alle möglichen Waffengattungen Militärvereine. Um den Mitgliederzuwachs aufzuhalten und neue Mitglieder zu werben, senden die Militärvereine an die ehemaligen Kameraden des betreffenden Truppenteils Anschriften, in denen zum Eintritt in den Verein aufgefordert wird. Auffälligerweise erhalten auch solche Personen derartige Aufforderungen, die schon seit vielen Jahren ihre Dienstzeit beendet haben und die froh sind, den bunten Rock nicht mehr tragen zu brauchen. Vielfach haben auch Personen, die sich längst offen zur Sozialdemokratie bekennen, solche Aufforderungen zum Eintritt in den Militärverein erhalten. Das läßt darauf schließen, daß die Vereinsleitungen mit Hilfe von Listen, die ihnen vom Regiment oder vom Bezirkskommando geliefert werden, arbeiten. Nach dem Mitgliederstand der verschiedenen Militärvereine ist es mit dieser ganzen Vereinsmeierei nicht weit her. Uns liegt jetzt ein Zirkular vor, das ein „Verein ehemaliger Kameraden der Luftschifftruppen“ an frühere Soldaten der genannten Waffengattung gerichtet hat. Wie erfahren aus dem Anschriften, daß auch dieser Verein, gleich den übrigen Militärvereinen, in erster Linie den Zweck verfolgt, die Liebe und Treue zu Kaiser und Reich zu befestigen und zu erhalten und dann durch gefällige Zusammenkünfte die Erinnerungen an die aktive Dienstzeit wachzuhalten. Der Verein will seine Mitglieder festeln durch verschiedene Vorteile, die er verspricht, so durch kostenlosen Stellennachweis bei Stellenlosigkeit, durch Rabatte beim Einkauf und durch Gewährung einer Begräbniskostenbeihilfe beim eintretenden Todesfall.

Der Verein, der seit Oktober 1906 bestehen soll, hat es bis heute nach seinen eigenen Angaben auf 155 Mitglieder gebracht, es seien

alle Jahrgänge bis 1882 vertreten. Die Zahl von dieser Zahl nur auf dem Papier steht, wird nicht verraten. Der Verein hofft auf den Beitritt neuer Mitglieder, mit besonderer Rücksicht darauf, daß voraussichtlich im Herbst dieses Jahres die Weiße der Akerhöft genehmigten Fahne veranfaßt wird.

Wer sich nunmehr nicht zum Beitritt zu dem „Verein ehemaliger Kameraden der Luftschifftruppen“ bewegen läßt, der ist ein ganz hartgesottener Vaterlandsfeind!

Vorübung zum Jubiläum.

Glänzende Mittagshöhe, auch hier im Vorort. Ich gehe langsam nach Hause. Drüben auf der Wiese die Rudenstadt zum Schuppenfeld aufgeföhren - lärmbereit, krachbereit, in ein paar Stunden geht der Kummel los. Jetzt noch brüderliche Stille. Da - welch' holdselige Melodie läßt mich den Kopf heben? In feierlicher Betrogenheit glückt einem Balkonbewohner auf der Harmonika S. M. S. Autogramm. Ganz froh schaut er drein; ein Künstler, ein zufriedener Künstler. Er kann's! Nächstens kann er die Statpartner in der Kaffeepause begeistern: „tari-tara, bald hier, bald da!“ . . .

Die gestrige Frühjahrsparade brachte die übliche militärische Pompentafelung auf dem Tempelhofer Felde. Infolge der Hitze wurde die Truppenvorstellung auf einmaligen Vorbeimarsch der Truppenteile vor dem Kaiser beschränkt, während die sonst beliebten Reiterattaden auf einfache Vorbereitungen reduziert wurden. Trotzdem hatten die Mannschaften der Sanitätskolonne noch zu tun, besonders unter den unermüdlichen Zuschauern. Die größte Freude herrschte unter der Schuljugend, die wegen der Parade nicht zur Schule zu gehen brauchte.

Ein Rückgang der Bevölkerungszahl Berlins

ist in diesem Jahre 1913 nicht nur im März, wie alljährlich, sondern auch im April eingetreten. Nach dem Ergebnis der Bevölkerungserhebung, das jetzt vom Berliner Statistischen Amt bis zum 1. Mai veröffentlicht worden ist, war als Bevölkerungszahl anzunehmen für Ende Februar 2 069 282, für Ende März nur 2 086 809, für Ende April nur 2 078 842. März und April des Jahres 1913 haben hiernach einen Bevölkerungsrückgang gebracht, der sich auf zusammen 2 044 0 stift. Da der April vorigen Jahres mit der Bevölkerungszahl 2 079 070 schloß, so ist für den ganzen zwölfmonatigen Zeitraum von Ende April 1912 bis Ende April 1913 überhaupt kein Bevölkerungszuwachs mehr zu verzeichnen. Der April war sonst regelmäßig sehr erheblich an dem Bevölkerungszuwachs beteiligt, den das ganze Jahr brachte. Aber es fiel allerdings schon im vorigen Jahr auf, daß auch damals der April bereits mit einem zunächst noch geringen Rückgang abschloß.

Zu erklären ist diese besonders in 1913 sehr starke Abweichung von der früheren Regel daraus, daß jetzt die Zugzüge nach Berlin, die im Frühjahr gewöhnlich recht zahlreich waren, weit durch die Wegzüge übertroffen worden sind. Für März und April zusammen waren diesmal in Rechnung zu stellen 64 249 Zugzogene, aber 86 592 Weggezogene, so daß sich ein Wegzugplus von 22 348 ergab. Da für März und April zusammen aus Geburten und Sterbefällen nur ein Ueberschuß von 1908 blieb, so stellt sich der Bevölkerungsrückgang, wie angegeben, auf 20 440. Was Berlin verliert, gewinnen zumeist die Vororte.

Vom Berliner Wohnungsmarkt.

Eine erneute Mehrung der leerstehenden Wohnungen ist in Berlin durch die letzte der alljährlich hier stattfindenden Zählungen festgelegt worden. Nachdem eine Reihe von Jahren hindurch die Zahl der leerstehenden Wohnungen Berlins sich immer weiter erhöht hatte, brachte die am 1. Januar 1912 vorgenommene Zählung einen Rückgang. Die nächste Zählung wurde nicht am 1. Januar 1913, sondern schon am 1. Dezember 1912 ausgeführt, und diese hat nun ergeben, daß inzwischen wieder eine Mehrung eingetreten ist. Man darf freilich, da von Dezember bis Januar sich noch manches geändert haben kann, die Ergebnisse der beiden letzten Zählungen nur mit einem gewissen Vorbehalt neben einander setzen.

Die Ergebnisse vom 1. Dezember 1912 veröffentlicht jetzt das Berliner Statistische Amt in seinen Monatsberichten. Als leerstehend wurden diesmal 26 307 Wohnungen ermittelt, davon waren 24 404 nur Wohnungen, während die übrigen 1903 mit Gewerberäumen (hiervon 1664 mit Läden) verbunden waren. Von Gewerberäumen, die nicht mit Wohnungen verbunden waren, wurden diesmal 5970 (darunter 1293 Läden) als leerstehend gezählt. Am 1. Januar 1912 dagegen wurden als leerstehend nur 24 848 Wohnungen gezählt, im besonderen 22 876 Wohnungen ohne Gewerberäume, 1972 Wohnungen mit Gewerberäumen (davon 1524 mit Läden), ferner 6347 Gewerberäume ohne Wohnungen (die Zahl der leerstehenden Läden ist für damals nicht angegeben). Vom 1. Januar bis zum 1. Dezember haben bei den Wohnungen ohne Gewerberäume die leerstehenden sich vermehrt, vermindert haben sich dagegen die leerstehenden Wohnungen mit Gewerberäumen und die leerstehenden Gewerberäume ohne Wohnungen. Wie immer, sind auch diesmal die leerstehenden Wohnungen am zahlreichsten in den äußeren Stadtteilen. Allerdings ist vom Januar zum Dezember die Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen verschieden gewesen. Beispielsweise haben die leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume sich auf dem Gesundbrunnen nicht vermehrt, sondern vermindert, während auf dem Wedding eine bedeutende Vermehrung eingetreten ist. Hier spricht der Umstand mit, daß auf dem Wedding eine lebhaftere Bautätigkeit das Wohnungsgangebot gesteigert hat.

Die Hausbesitzer Berlins werden über diese Aenderung des Wohnungsmarktes, die nicht zu ihren Gunsten ist, ein Bedauern empfinden. Die durch die Zählung vom Januar 1912 ihnen bereitere Freude, daß für sie sich eine Besserung anbahnen schien, ist nur von kurzer Dauer gewesen. In Berlin hat die Wohnungfrage wohl hauptsächlich darunter gelitten, daß hier im letzten Jahre die Bevölkerungszunahme infolge zahlreicher Wegzüge nach Vororten sehr viel zu wünschen übrig ließ. Leider hat aber von solchem „Wohnungsüberfluß“ die zur Miete wohnende Bevölkerung keinen Vorteil, da die Mieten deshalb doch nicht sinken. Wohnungsnote in dem Sinne, daß die Minderbemittelten wegen der für sie unerschwinglichen Höhe der Mieten für menschenwürdige Wohnungen ihren Wohnungsverbrauch aufs äußerste einschränken müssen, besteht nach wie vor. Sie wird weiterbestehen, so lange das Wohnungswesen dem profitierenden Kapital überlassen bleibt.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen fand gestern morgen ein 38 Jahre alter Arbeiter Johann Guazy, dessen Wohnung noch nicht bekannt ist. Der Mann sprang gegen 7 Uhr an der Ecke der Hoch- und Wöhrerstraße über das Geländer der sogenannten Hochbrücke, als gerade ein Zug herangefahren kam. Der Lebensmüde fiel auf das Gleis, so daß der Zug ihn auf der Stelle tötete.

Ein Opfer seiner Spielleidenschaft ist der 20 Jahre alte Fabrikarbeiter W. geworden, der bei seinen Eltern in der Blumenstraße wohnte. Der junge Mann spielte mit mehreren Bekannten in einer Schankwirtschaft in der Blumenstraße Karten und verlor dauernd. Pöflich stand er auf, zeigte eine Paal und sagte: „Wenn ich auch diese noch verliere, dann erschieße ich mich.“ Er verlor die Paal und machte seine Ankündigung, die man nicht ernst genommen hatte, auf der Stelle wahr. Ein Schuß brachte und vor den Augen der entsetzten anderen Gäste brach W. befinnungslos zusammen. Als man mit ihm auf der Hilfskutsche ankam, war er schon tot.

Eine mit Striden umhüllte Frauentische wurde gestern morgen am Landungssteg der Zeltower Kreisfährt in der Nähe des Frei-

hades Wannsee aus dem Wasser gezogen. Man glaube zunächst an ein Verbrechen, doch wurde diese Ansicht erschüttert, als man mittags die ebenfalls mit Striden gebundene Leiche eines etwa zehnjährigen Knaben fast an derselben Stelle landete. Die Polizei ist der Ueberzeugung, daß hier eine Mutter mit ihrem Kinde in den Tod gegangen ist.

Bürgerliche und proletarische Gesundheitspflege. Im Gewerkschaftshaus sprach Freitagabend Genosse Max König, Dresden (Vorsitzender des Verbandes Volksgesundheit) über das genannte Thema und stellte so einmal den Unterschied zwischen den bürgerlichen und proletarischen Organisationen fest. Heute zählte jede deutsche Familie etwa 60 M. für Arzt, Apotheker und Heilmittel. Das konnte anders sein, wenn ein größerer Kreis der Arbeiter mehr Interesse für hygienische Aufklärung zeigte. Der „Verband Volksgesundheit“ steht mit seinem Programm auf dem Boden des Klassenkampfes und sei koalitiert mit den anderen großen Arbeiterverbänden für „Sport und Körperpflege“. Der „Verband Volksgesundheit“, der zurzeit 70 Ortsvereine mit circa 18 000 Mitgliedern hat, erstrebt die Verallgemeinerung des heilsamen Wissens, soweit dies unter den heutigen Verhältnissen möglich ist; ferner Aufklärung über die Ursachen der Krankheiten und über die Grundzüge eines naturgemäßen Lebens. Seine Verbandszeitschrift „Die Volksgesundheit“ bringt belehrende, volkstümliche Aufsätze auf allen Gebieten der Hygiene. Die Ortsvereine haben - den Verhältnissen angepaßt - die Agitation für sozial-hygienische Einrichtungen zu betreiben, eventuell solche selbst zu errichten. In vielen Orten sei in dieser Beziehung durch Errichtung von Luft-, Sonnen- und Schwimmbädern sowie Schrebergärten großartiges geleistet. Oft bauen sich solche Stätten durch die gemeinsame Arbeit mit den Arbeiterkammern, Schwimmern usw. zu einem Zentralkern der Arbeiterkörperkultur aus. Gegenüber den privaten Anlagen dieser Art seien unsere Stätten von wahrer sozialer Geist getragen und wirkten besonders segensreich auf die Kinder und erwachsene Jugend.

In der Debatte, die sich bis gegen Mitternacht hinzog, verteidigte ein Direktor des Naturheilbundes diesen, aber alle folgenden Redner wollten davon nichts wissen und untertrieben lebhaft die Ausführungen des Referenten. In den ausliegenden Listen zeichneten sich eine Anzahl Teilnehmer ein und im Anschluß an die Versammlung ging die Gründung eines Ortsvereins Berlin vor sich.

„Weltbild und Himmelskunde bei den Babylonern“ lautet das Thema, das Herr Pfarrer Dr. Jeremias, Privatdozent an der Universität zu Leipzig, unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder am Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saal der Treptow-Sternwarte behandeln wird. Der Vortragende wird über die Lehre von der Offenbarung des göttlichen Wissens und Wissens im Kosmos und im Kreislauf - den Tierkreis, die Planeten und Fixsterne der Babylonier - und über Astronomie und Astrologie sprechen.

Mit dem großen Fernrohr finden vor und nach dem Vortrage Beobachtungen statt.

Ein angeblicher Mordversuch rief gestern nachmittags in der fünften Stunde in der Köpenicker Straße eine große Aufregung hervor. In dem Hause 163 erschien bei der Witwe Elisabeth Sieg, geb. Nib, einer Frau von 49 Jahren, der am 21. September 1898 zu Petikow geborene Maurer Wilhelm Frieze, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhält, angeblich, um eine Schlafstelle zu suchen. Nachdem er mit der Frau über den Preis einig geworden war und erklärt hatte, daß er die Schlafstelle nehmen würde, hielt er sich noch eine Weile bei ihr auf. Plötzlich erklopfte aus der Wohnung der Frau gellende Hilferufe. Diese hörte u. a. der Verwalter des Hauses, ein Schuhmann. Als er aus seiner Tür trat, um nachzusehen, was es gäbe, sah er gerade noch einen Mann die Treppe hinunterlaufen. Er versuchte, zum Hause hinauszukommen. Der Verwalter eilte ihm nach, hielt ihn an und ging mit ihm nach der Wohnung der Frau Sieg zurück, um sich zu erkundigen, was vorgefallen war. Die Frau war ganz aufgelöst und erkörte in der größten Aufregung, daß der fremde Mann, nachdem er die Wohnung gemietet und sich noch einige Zeit mit ihr unterhalten hatte, ihr plötzlich an die Kehle gesprungen sei, um sie zu erwürgen. Sie habe sich losgerissen und sei in ein Nebenzimmer geflüchtet. Dorthin sei ihr der Unbekannte wieder gefolgt. Er habe sie dann noch einmal gepackt, und bei dieser Gelegenheit habe sie gesehen, daß er ein Messer in der Hand hatte. Jetzt habe sie laut um Hilfe gerufen, aus Angst, daß er ihr das Leben nehmen würde. Frieze, der erst kürzlich eine Strafe verbüßt hat, wurde nach dem 43. Revier gebracht. Er verweigerte hier jede Aussage über das Verkommenis und erklärte, daß er nur vor dem Richter aussagen würde. Frau Sieg ist bekannt als eine sehr nervöse und aufgeregte Frau. Würgemale waren an ihrem Hals nicht erkennbar. Der Vorfall bedarf noch weiterer Aufklärung.

Großfeuer am Friedrichshain.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern früh gegen 7 1/2 Uhr in dem Eckhaus Kniprodestr. 1, Birchowstr. 10, unmittelbar am Friedrichshain, zum Ausbruch. Als man die Gefahr von der Straße aus bemerkte, war der ganze Flügel an der Birchowstraße schon vom Feuer ergriffen. Die Feuerwehre wurde von mehreren Seiten alarmiert und rückte mit vier Löschzügen an. Inzwischen hatte sich der Brand auch nach dem Dachstuhl an der Kniprodestraße ausgebreitet. Der Löschangriff wurde mit mehreren Rohren durchgeführt, doch ist der Dachstuhl größtenteils vernichtet worden. Nach Ansicht der Hausbewohner soll Brandstiftung vorliegen. Bestimmte Feststellungen in dieser Richtung konnten indes nicht gemacht werden.

Bei dem Dachstuhlbrande sind während der Löscharbeiten leider auch vier Feuerwehrleute verunglückt. Der Oberfeuerwehmann Hat erlitt Schnittwunden an der rechten Hand, der Feuerwehrmann Jahnke Schnittwunden an der linken Hand, der Feuerwehrmann Schöber Brandwunden an der rechten Hand und der Feuerwehrmann Weisler eine Gehirnerschütterung. Weisler wurde von der Brandstelle nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Tätigkeit der Feuerwehre auf der Brandstelle wurde durch eine starke Rauchentwicklung sehr erschwert. Es mußten zwei Rauchschutzausrüstungen in Benutzung genommen werden.

Zwei Fabrikbrände beschäftigten die Feuerwehre in der Nacht zum Sonntag und am Sonntagnachmittag in der Schönhauler Allee 159 und in der Hennigsdorfer Str. 30/35. In der Schönhauler Allee herrschte das Feuer im zweiten Stock des dortigen Fabrikgebäudes in der Parfümeriefabrik von Günther u. Weber. Die Flammen hatten fertige Waren, Verpackungsmaterialien und Regale mit Inhalt erfaßt und konnten erst nach längerem Wassergeben aus zwei Rohren erstickt werden. Der angerichtete Schaden ist erheblich. In der Hennigsdorfer Straße brannten in den Bergmann-Elektrizitätswerken Regale, Kartons usw. Hier wurde die Gefahr unter Benutzung einer Schlauchleitung bald beseitigt.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Schule und Kirche im Dienste des Hurratriotismus.

In der Arbeiterstadt Neukölln versucht die Schule auf ganz eigenartige Weise für eine kirchlich-dynastische Zieler unter der Schuljugend Propaganda zu machen. Schon seit einiger Zeit wurden die Kinder aufmerksam gemacht, daß in Kürze ein Kinderfest, Schulfest oder des-

Der Gerichtsbericht, den wir in Nr. 181 des „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Die Polizei und das Mädchen im Morgenrot“ veröffentlichten, hat uns eine Zuschrift aus dem Kreise unserer Leser eingetragen. Wir gehen auf diese Zuschrift ein, weil sie insofern nicht ohne allgemeines Interesse ist, als sie eine irrtümliche Rechtsauffassung verrät, der man öfter begegnet.

Der Einsender meint, unser Berichtshatter sei im Irrtum, wenn er annehme, die Angeklagte in jenem Prozeß sowie die übrigen Personen, welche bei dem von uns besprochenen Vorgang mit der Polizei zu tun hatten, seien sittenreine Personen, für welche man sich einlegen müsse.

Das ist ein Irrtum des Einsenders. Von einer solchen Auffassung, wie er sie aus unserem Bericht herausliest, steht nichts darin. Unser Bericht gibt nur die Tatsachen wieder, welche vor drei gerichtlichen Instanzen festgestellt worden sind. Gegenstand der gerichtlichen Beweisaufnahme war lediglich das Vorgehen der Polizeibeamten, aber nicht die sittliche Qualität der Personen, gegen die sich das Vorgehen der Beamten richtete. Ob der Verdacht, den die Polizei gegen die betreffenden Personen hegte, begründet war oder nicht, ist in dem fraglichen Prozeß nicht festgestellt worden.

Nun kommen wir zu dem Teil der Zuschrift, der von allgemeinem Interesse ist. Der Einsender sagt, er und die Nachbarschaft der betreffenden Personen halte den Verdacht der Polizei für begründet, und er läßt durchblicken, wenn solchen Leuten Unrecht geschehe, habe man keine Veranlassung, dagegen aufzutreten. Die letztere Auffassung des Einsenders ist es, die wir als falsches Rechtsempfinden, ja als eine tödliche Verkennung der Rechtsbegriffe bezeichnen. Wenn es wirklich — was wir nicht wissen — im vorliegenden Falle sich um Kuppler und Dirnen gehandelt haben sollte, so gibt das doch der Polizei kein Recht zu Geschwindigkeiten. Auch Kuppler und Dirnen sind nicht vogelfrei. Wenn die Polizei gegen sie vorgeht, so hat sie sich in den Grenzen ihrer gesetzlichen Befugnisse zu halten, die doch gewiß nicht zu eng gezogen sind. Daß die Polizeibeamten im vorliegenden Falle ihre Befugnisse überschritten haben, indem sie eine Person, die sich ausreichend legitimieren konnte, mit Gewalt nach der Wache brachten, um dort deren Personalien festzustellen, hat ja das Landgericht in Uebereinstimmung mit dem Kammergericht ausgesprochen. Wir halten es für die Pflicht jedes rechtlich denkenden Menschen, einen derartigen Vorgang mit aller Schärfe zu kennzeichnen. Dadurch billigen wir natürlich nicht das sonstige Verhalten derjenigen, denen im vorliegenden Falle Unrecht geschehen ist. Wollte man, wie es der Einsender für richtig zu halten scheint, polizeiliche Uebergriffe ungerügt lassen, wenn anrüchige Personen das Opfer solcher Uebergriffe sind, dann wäre das gleichbedeutend mit der Ausstellung eines Freibriefes für alle Uebergriffe von Polizeibeamten. Was heute dem Kuppler, dem Jubalier, der Dirne gegenüber ungerügt geschehen dürfte, das könnte morgen auch dem anständigsten Menschen widerfahren. Jeder Zeitungsläser müßte doch wissen, daß schon völlig unbescholtene und höchst anständige Menschen unter Uebergriffen von Polizeibeamten zu leiden hatten. Wir erinnern nur an die bekannte Behandlung von Streifenposten. Wir erinnern an Roabit, wo harmlose Straßenposten mit Polizeiknüppeln, Polizeiknüppeln und Polizeifädeln bearbeitet wurden. Der beste Schutz des Publikums gegen polizeiliche Ausschreitungen ist die rücksichtslose Verurteilung jedes Uebergriffs von Polizeibeamten, ganz gleich, gegen wen sich solche Uebergriffe richten.

Anlage gegen einen Rechtsanwalt.

Ein Strafprozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. Ehrhardt und Genossen begann gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dellekamp.

Durch die Anlage werden beschuldigt:

- 1. Rechtsanwalt Dr. jur. Fritz Ehrhardt; in drei Fällen des Betruges, wobei es sich um Summen von 140, 150 und 200 M. handelt, ferner in einem Falle der Rötigung einer Person zur Unterzeichnung eines Honorarscheines, in einem weiteren Falle des versuchten Betruges gegenüber dem Dr. jur. Karl König, wobei eine Summe von 8000 M. in Frage steht, endlich in drei Fällen der falschen eidesstattlichen Versicherung;
2. der Kaufmann Emil Jacobi in Charlottenburg, der in der Angelegenheit König Herrn Dr. E. Weidlich gekleidet haben soll;
3. der Ingenieur Fritz Rattibio; 4. der frühere Landwirt Freiherr G. von Schleinig und 5. der Zahnarzt Richard Haeder, die sich wegen der Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen zu verantworten haben.

Ein sechster Angeklagter, Kaufmann Carl Berner, der der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung beschuldigt ist, hat ein Krankheitsattest eingereicht; das Verfahren gegen ihn muß deshalb abgetrennt werden.

Die Anlage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Weidmann; Ehrhardt wird vom Rechtsanwalt Dr. Ewenschein, Jacobi vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer verteidigt, die übrigen Angeklagten sind ohne Verteidiger.

Da die Verhandlung mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, ist ein Ersatzrichter bestellt. Wir werden über den Ausgang berichten.

Ein Nachspiel zu der Dabendorfer Nordaffäre

Beschäftigte gestern die I. Strafkammer des Landgerichts II. Aus der Haft wurde der Landwirt Wilhelm Höhne aus Dabendorf vorgeführt, um sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten. — Der inzwischen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Brannenbauer Gustav Kolbe hatte sich schon einmal vor zwei Jahren vor den Geschworenen unter der Beschuldigung, den Assistenten im Statistischen Amt Franz Wehm ermordet zu haben, zu verantworten. Die Geschworenen kamen damals zu einer Freisprechung und Kolbe mußte dementsprechend auf freien Fuß gesetzt werden. Einige Zeit nach seiner Entlassung wurden in der Umgegend von Dabendorf zahlreiche Einbrüche verübt, bei denen nur festgestellt werden konnte, daß die Täter die Diebesbeute mittels Pferd und Wagen fortgeschafft hatten. Der Berliner Kriminalkommissar Lehner, der die Ermittlungen in der Nordaffäre weiterführte, ermittelte, daß Kolbe mit dem jetzigen Angeklagten Höhne, der, trotzdem er in ärmlichen Verhältnissen lebt, ein Fuhrwerk besitzt, sehr eng befreundet war. Nachdem Kolbe von neuem verhaftet worden war, wurde er eines Tages von dem Kommissar im Untersuchungsgefängnis aufgesucht. Der Beamte wandte einen sogenannten Wulfer an und erklärte, Höhne habe ihm mitgeteilt, er, Kolbe, habe jene Einbrüche verübt. Kolbe ging auch auf den Reim und gab an, daß Höhne der Dieb sei und die Beute in seiner Scheune vergraben habe. Die daraufhin vorgenommenen Nachgrabungen in der Scheune förderten auch tatsächlich eine alte Kanertrube zutage, in der sich alle möglichen aus diebstahligen herrührenden Sachen befanden. — Höhne bestritt jede Schuld und behauptete, daß Kolbe dort die Sachen vergraben habe. Das Gericht schenkte ihm jedoch keinen Glauben und verurteilte ihn mit Rücksicht auf seine Verurteilung zu 1 Jahr und 3 Monaten Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

Tod durch Berühren der elektrischen Hochspannung.

Das Landgericht Elm hat am 10. Januar d. J. den Elektriker Heinrich Strippe wegen fahrlässiger Tötung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde: Eine Baumwollspinnerei in Ehingen besitzt an der Donau eine elektrische Kraftstation. Von hier aus führt eine Hochspannung, die isoliert auf Traversen angebracht ist, nach der

gleiches stattfinden werde, wozu alle Kinder erscheinen sollten. In der vergangenen Woche ging man nun einen Schritt weiter und forderte von den Kindern, daß sie für das „Kinderfest“ 10 Pf. als Eintrittsgeld mitbringen sollten, für die Eltern und sonstige erwachsene Personen wurde der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Auch jetzt konnten die Kinder auf die Frage, um was für ein Fest es sich handele, keine Auskunft geben, da immer nur von einem „Kinderfest“, „Schulfest“ usw. gesprochen worden war. Viele Eltern ließen sich nun durch die Bitten der Kinder bewegen, einen Obolus zu opfern, andere gaben auch noch Geld mit, um selbst an diesem Kinderfest teilzunehmen. Wie groß war jedoch das Erstaunen, als die Kinder folgende Eintrittskarte mitbrachten:

Kindbrauerei-Auskaufl, Hermannstraße 214—210.

Eintrittskarte für Kinder

zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät. Veranstalter von den kirchlichen Vereinen im Wenzelbergbezirk am Mittwoch, den 4. Juni 1913. Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Die Empörung der Eltern war natürlich nicht gering, daß ihnen auf diese Weise das Geld aus der Tasche geholt wurde, um so mehr, da nun bekannt wurde, daß die Kinder sich auf diesem Fest zumeist ganz allein überlassen sind und die Lehrer keine Aufsicht übernehmen. Von einem Vater wird uns mitgeteilt, daß er das Geld nunmehr zurückverlangte, daß aber seinem Jungen mitgeteilt wurde, er solle nur hingehen, das Fest werde sehr schön; wenn er aber nicht hingehen wolle, so möge er das Billett einem anderen Kinde verkaufen. Da nun aber in der betreffenden Klasse fast alle Kinder ungewollt in den Besitz dieser Billette gekommen waren, so mußte der Vater wohl oder übel das Billett behalten. Hier kann wohl die Frage aufgeworfen werden: Mit welchem Rechte kann man die Eltern nötigen, den Vertrieb von Billetts zu übernehmen, die ihnen auf diese Weise wider Willen aufgedrängt worden sind?

Von einem anderen Vater wird uns zum gleichen „Kinderfest“ mitgeteilt, daß der betr. Lehrer den Kindern genau erläutert habe, daß seitens der Kirchengemeinde eine Kaiserjubiläumfeier veranstaltet werde, und daß darauf kein einziges Kind ein Billett entnommen habe. Auch von dieser Seite wird dagegen Einspruch erhoben, daß die Schule die Kinder zu derartigen dynastischen Kirchenfeiern verleiten wolle.

Unseres Erachtens kann es nur zum Nachteil der Schule ausfallen, wenn die guten Beziehungen zwischen Lehrerschaft und Elternhaus in dieser Weise gestört werden.

Charlottenburg.

Die Sitzung der Gewerkschaftskommission, in welcher auch die übrigen Gewerkschaftsfunktionäre recht zahlreich versammelt waren, nahm ein instruktives Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Bauer über die gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft „Volkssicherung“ entgegen. Der Redner wies besonders auf die Schäden der verschiedenen Versicherungsgesellschaften hin; demgegenüber zeigte er, welche Vorteile der Arbeiterschaft durch Gründung der „Volkssicherung“, die am 1. Juli cr. in Tätigkeit tritt, erwachsen. Die Wählung des Redners, alle in den Gewerkschaften tätigen Kräfte für die Agitation der dem privaten Kapital entgegengesetzten „Volkssicherung“ zu verwenden, fand in der regen Diskussion, in der die Genossen Lindenblatt, Doose, Ahrens, Hollstein, Richter, Klawohn und Nordmann das Wort nahmen, einstimmige Zustimmung. Unter Gewerkschaftlichem wurde der Wunsch laut, in einer der nächsten Sitzungen einen Vortrag über „Zarischverträge im Spiegel der stattgefundenen Gewerkschaftskongresse“ halten zu lassen. Diesem soll nachgekommen werden. Bei der kurzen Besprechung der Volkshausmarken machte der Obmann Gen. Richter darauf aufmerksam, daß mehr für den Besuch des Volkshauses in den einzelnen Gewerkschaften getan werden müsse, zumal jetzt, wo der große Saal neu dekoriert sei und elektrisches Licht erhalten habe; in dem Saal seien auch die jetzt modernen Gemäldesammlungen vorzüglich herzustellen. Auf der Präsenzliste fehlten die Maschinisten und Heizer und die Musiker.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Wir wir kürzlich bereits mitteilten, sollte sich die Gemeindevertretung mit der nachträglichen Bewilligung einer Beihilfe zu den Kosten der Jahrhundertfeier befassen. Wobei es sich nur um den geringfügigen Betrag von 150 M. handelt, ist der ganze Vorgang doch in hohem Maße charakteristisch. Beteiligt an der Feier waren nicht weniger als 25 bis 30 Vereine. Wie klein müssen diese aber sein, daß sie nicht einmal einen so lächerlich kleinen Betrag auszubringen vermögen? Und welches Maß von Unberechenbarkeit steckt dahinter, nun zu fordern, die nicht im geringsten an der Sache interessierte Allgemeinheit soll für die hygienischen Bedürfnisse eines verschwindenden Häufchens die Kosten tragen! All die treffenden Argumente nützen aber nichts, denn — die Nachher jener Vereine sitzen zum größten Teil in der Gemeindevertretung!

Die Einrichtung eines Stottererkurses konnte die volle Zustimmung unserer Vertreter finden. Dieser Kursus wird 18 Schülern im Ortsteil Friedrichsfelde zugute kommen und 265 M. Kosten verursachen. Dagegen wendeten sich unsere Vertreter mit Schärfe gegen den Antrag, 180 M., die der Ortsausschuß für Jugendpflege von den bewilligten 500 M. im vorigen Jahre nicht ausgegeben hatte, auf das neue Rechnungsjahr zu übernehmen, denn einmal sind dem Ortsausschuß bekanntlich schon wieder 1000 M. aus Gemeindemitteln zur Verfügung gestellt und dann hat sich erwiesen, daß die proletarische Jugendbewegung nicht nur keine Unterstützung erhält, sondern jede nur denkbare Beeinträchtigung erfährt. Und beweist nicht die Tatsache, daß die beträchtlichen Summen — es steht auch noch die staatliche Beihilfe zur Verfügung — gar nicht gebraucht werden? Bemerkenswert war hier ein Vortrag, der sich früher schon einige Male abgelehnt hat, dessen mehrfache Wiederholung in einer Sitzung aber den Schluß zuläßt, daß er zu einer ständigen Einrichtung werden soll. Wenn es nämlich dem Bürgermeister beliebt, seine Debatte entstehen zu lassen, hält er mit den Worten: „Meine Herren! Ich darf wohl zur Abstimmung kommen?“ den Maulkorb hoch und — die gesamte bürgerliche Mehrheit schlüpfte schweigend hinein! Unsere Vertreter sind nun freilich nicht so gefügig. Deshalb mußte man einen besonderen Maulkorb in Form einer Geschäftsordnung konstruieren. Auf Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich heute wohl, da es zu gegebener Zeit nötig sein wird.

Friedenau.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zuerst den Bericht des Genossen Hagen über den Ausfall der Landtagswahl entgegen. Danach sätten in Friedenau von 9578 eingetragenen Wählern 4178 (43,64 Prozent) ihr Wahlrecht aus. Es wurden Stimmen abgegeben für die Liberalen 1993 (11 Wahlmänner gewählt), Konservativen 1020 (14 Wahlmänner), Sozialdemokraten 1105 (11 Wahlmänner). Daß es der Sozialdemokratie in einem Weimarerort wie Friedenau möglich sei, über 1000 Stimmen bei einer öffentlichen Wahl aufzubringen, sei ein Erfolg, der unsere Genossen zu immer größerem Eifer anspornen sollte. Die nächsten Wahlen zur Gemeindevertretung müßten zeigen, daß es uns möglich sei, auch unter den schwierigsten Umständen Erfolge zu erringen. Der Bericht von der Generalversammlung von Groß-Verlin, der von dem Genossen Paulus erstattet wurde, rief eine längere Diskussion hervor, die sich hauptsächlich um den Fall Vorwärts drehte. Genosse Kuffel suchte in längeren Ausführungen den Nachweis zu erbringen, daß dem Gen. Vorwärts Unrecht geschehen sei. Wehmüßig äußerten sich mehrere andere Redner. Dem trat Genosse Hagen entgegen; Vorwärts hätte nach dem ersten Beschluß der Verbandversammlung, der ihm eine scharfe Rüge aussprach, im Interesse der Partei auf seine Wieder-aufstellung verzichten müssen. Dies habe er nicht getan, sondern

Weihensee.

Von einer selten anzutreffenden Denkmalsucht sind die hiesigen Spielbäder ergriffen worden. Zu verwundern ist allerdings, daß die geplanten Denkmäler nicht fertig werden wollen. Allem Anschein nach liegt das daran, daß es den rechten Patrioten an dem nötigen Geld mangelt. Das Luisendenkmal sollte schon längst enthüllt sein, es hat jedoch noch immer seiner Vollendung und vielleicht ergeht es dem Kaiserstein, der aus Anlaß des Regierungsjubiläums den Ort zieren soll, ebenso. Man behilft sich einseitig mit Grundsteinlegungen, um so wenigstens den Patriotismus zu bezeugen. Je nach dem die führenden Geister bei dem einzelnen in Anbetracht stehen, so fliehen die Mittel ein. Die Rufe der Komiteemitglieder spielen eine große Rolle; deshalb setzen sich diese Komitees nicht immer aus denselben Personen zusammen. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß die Leiter solcher Komitees für ihre gebrachten Opfer und Bemühungen später die bekanntesten Auszeichnungen in Gestalt eines Ordens oder dergleichen entgegennehmen dürfen. Solche Geschenke erregen gewöhnlich den Neid des anderen und man hat hier schon den Fall erlebt, daß, wenn sich ein Führer den Orden erst weg hat und derselbe sieht, daß wieder andere sich vordrängen, um auch mal an die Reihe zu kommen, er seine Ortspolizei mit einem Schläge ändert. Aus solchen Fällen zieht man die Lehre, daß der ganze Denkmalskram nur Mittel zum Zweck ist und daher läßt jeder denkende und vernünftige Mensch seine Hände davon und hält vor allem die Taschen zu. Die Sache hat indessen auch eine ernste Seite; unter den obwaltenden Umständen besteht die Gefahr, daß zum Schluß die am allerwenigsten für solche Dinge Interesse zeigende Allgemeinheit zu den Kosten dieser Denkmäler beitragen muß. Die bürgerlichen Gemeindevertreter sind bekanntlich in solchen Dingen nicht kleinlich; wenn ihnen ihr Patriotismus zu teuer wird, dann bewilligen sie einfach die nötigen Gelder aus allgemeinen Mitteln.

Eines größeren Dachstuhlbrandes wegen wurde neben der Weihensee auch die Jugwache 19 der Berliner Feuerwehr nach der Albertinenstr. 19 alarmiert. Die Flammen hatten an dem trockenen Gebälk des Daches reichliche Nahrung gefunden, so daß das Vorgehen durch die furchtbare Hitze sehr erschwert wurde. Erst nach mehrstündiger, angestrengter Arbeit wurde man des Feuers Herr. Der Dachstuhl war vollständig ausgebrannt, die Bodenverschlüsse der Rieter waren ein Raub der Flammen geworden. Die Entstehungsursache konnte nicht mehr ermittelt werden.

Lichterfelde.

Vom Schriftführer des Wahlvereins wird uns mit Bezug auf die Veröffentlichung des Bildungsausschusses mitgeteilt, daß die Auflösung des Bildungsausschusses von der letzten Wahlvereinsversammlung nahezu einstimmig und daher zu Recht erfolgt sei. Fest steht, daß die Veranstaltungen im Orte infolge schwachen Besuchs stets mit einem erheblichen Defizit abgeschlossen hätten. Der anfangs April neu gewählte Ausschuss habe, trotzdem derselbe mehrere Male zu den Vorstandssitzungen geladen worden wäre, nichts von sich hören lassen.

Pankow.

Das hiesige Kaufmannsgericht hatte sich im Berichtsjahre 1912 mit 48 Streitigkeiten zu befassen, die sämtlich endgültige Erledigung fanden. Davon endeten 8 durch Jurisdiktion der Klage, 20 durch Vergleich, 1 durch Anerkenntnis, 3 durch Veräumnisurteil, 3 durch Beurteilung nach dem Klageantrag, 3 durch teilweise Beurteilung und 6 durch Abweisung der Klage. Die Anstrengung der Klagen erfolgte in einem Falle vom Unternehmer und in 42 Fällen seitens der Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Von den Streitigkeiten entfielen 7 auf Betonfabriken, 5 auf Brauereien, 1 auf eine chemische Fabrik, 2 auf Schokoladenfabriken, 5 auf Zigarettenfabriken, 2 auf Drogeriehandlungen, 8 auf Eisenkonstruktionsfabriken, 1 auf eine Goldwarenhandlung, 6 auf gewerbliche Verkaufsgeschäfte, 3 auf Materialwarenhandlungen, 2 auf Verlagshäuser und 3 auf andere zuständige Betriebe. Von den aus dem Vorjahre in das Berichtsjahr übernommenen 6 Sachen wurden 2 durch Vergleich, 2 durch Jurisdiktion der Klage, 1 durch Beurteilung nach dem Klageantrag und 1 durch teilweise Beurteilung erledigt. Als Einigungsamt gemäß § 85 des Ortsstatuts ist das Kaufmannsgericht im Berichtsjahre nicht tätig gewesen. Auch sind Gutachten und Anträge nicht abgegeben worden.

Potsdam.

Aus einer argen Klemme haben sich jetzt in Potsdam die Konservativen befreit. Bekanntlich spalteten sie sich bei den Wahlmännertwahlen zum Abgeordnetenhaus in zwei Lager, von denen das eine für eine Kandidatur v. Stöfel (L) und das andere für eine Kandidatur Pauli (I) eintrat. Stöfel erhielt 73 Wahlmänner, Pauli 50, und auf die Nationalliberalen fielen 98. Man versuchte nun, die beiden konservativen Wahlmänner zu vereinen. Das scheiterte jedoch daran, daß die Wahlmänner Paulis erklärten, lieber den Nationalliberalen, als den Lotteriereinnehmer v. Stöfel zu unterstützen. Man trat nun an Herrn v. Stöfel heran, um ihn zu bewegen, zugunsten Paulis auf seine Kandidatur zu verzichten, was jedoch abgelehnt wurde. Um nun aber zu verhindern, daß ein Nationalliberaler den Sieg in Potsdam davonträgt, ist man an den früheren Landtagsabgeordneten Herrn L e r t, der infolge hohen Alters und aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl abgelehnt hatte, herangetreten, damit er die Kandidatur wieder annehme. Herr Lert hat nun auch um „der guten Sache willen“ die Kandidatur angenommen und die beiden zurückgetretenen Kandidaten, der „schlichte Mann aus der Werkstatt, Pauli, und der Lotteriereinnehmer v. Stöfel bitten jetzt in einem Aufrufe ihre Wahlmänner, für Herrn Lert zu stimmen. Damit ist die Wahl der Konservativen in Potsdam gesichert. Allerdings gebent Herr Lert nur vorläufig die Kandidatur anzunehmen, um später, wenn die Konservativen den „richtigen Mann“ gefunden haben, wieder sein Mandat zurückzugeben. Wenn die Wahl vorüber ist, dürfte es wohl im Reuen Wahlverein recht interessante Debatten geben.

Spiel und Sport.

Fußballwettkämpfe.

Am Sonntag fanden auf dem Spielplatz des Fußballklubs „Liberta“ in Reinickendorf, Pankower Allee, drei interessante Wettkämpfe statt.

Vormittags fanden sich die ersten Jugendmannschaften von „Liberta“ und „Komet“ und die zweiten Jugendmannschaften von „Liberta“ und „Fichte III“ gegenüber. Das Spiel „Liberta-Komet“ zeigte die absolute Ueberlegenheit von „Liberta“ und endete mit 14 : 1. Ebenbürtige Gegner fanden sich in dem anderen Spiel gegenüber, das schließlich mit 3 : 3 unentschieden blieb.

Nachmittags trat dann eine kombinierte Mannschaft „Liberta“ I und II, Männerabteilung und erste Jugendabteilung gegen „Hohsburg I“ an. Auch dieses Spiel blieb unentschieden mit 2 : 2. Halbzeit 1 : 1. Das Spiel war von Anfang an sehr flott und wurde nach Halbzeit noch schneller.

Spinnerei. Gleichzeitig sind Spinnerei und Kraftstation durch eine Telefonleitung miteinander verbunden. In der Nacht zum 26. März v. J. hatte ein heftiger Sturm zwei Masten der Hochspannung bei Herberichshagen umgeworfen, und der Angestellte, der Inhaber einer elektrischen Werkstatt in Heringen ist, erhielt am Morgen des 26. März von dem Direktor der Spinnerei den Auftrag, an Stelle der umgeworfenen beiden Masten zwei neue zu errichten. Die Drähte, welche unversehrt geblieben waren, mußten von den umgestürzten Trägern herabgenommen und über die neuen gespannt werden. Die Arbeit selbst sollte über Mittag oder nach Feierabend ausgeführt werden, weil während dieser Zeiten der elektrische Strom ausgeschaltet werden konnte. Der Angestellte, der gewöhnlich mit einem Gehilfen arbeitete, erschien mittags gegen 12 Uhr mit seinem Gehilfen, dem damals 23 Jahre alten Josef Weiß, an der Stelle, wo die Reparatur vorzunehmen war, während sich der Fabrikmeister D. als Vertreter der Spinnerei bereits vorher dort eingefunden hatte. Der elektrische Strom, der 5000 Volt betrug, war um 12 Uhr vor Beginn der Reparaturarbeiten ausgeschaltet worden. Nachdem die neuen Masten errichtet und auf diesen die Traversen und Isolatoren angebracht waren, erhielt D. den Auftrag, auf die Masten hinaufzusteigen und die Drähte über die Isolatoren zu legen. Als D. mit dieser Arbeit auf dem zweiten Mast gerade beschäftigt war, gab der Motormäster in der Kraftstation nach der Spinnerei das telephonische Zeichen dafür, daß der Strom eingeschaltet werde, worauf auch sofort die Einschaltung, und zwar um 1 Uhr, erfolgte. Dadurch erhielt D., der gerade in den Drähten arbeitete, einen elektrischen Schlag und stürzte, ehe er sich noch festhalten konnte, in die Tiefe. Infolge des Sturzes erlitt D. derartige erhebliche Verletzungen, daß er an deren Folgen bald darauf verstarb. Zwar war das telephonische Signal, das gewöhnlich 7-8 Minuten vor 1 Uhr gegeben wurde, im vorliegenden Falle zu spät erfolgt, doch ist der Angestellte für den Unfall verantwortlich gemacht worden, und zwar sagt das Gericht, der Angestellte habe insofern fahrlässig gehandelt, als er die Hochspannung nicht, wie es die Bestimmungen des Ministeriums der Innern vorschreiben, vorher hatte kurz schließen oder erden, d. h. den Strom in die Erde ableiten lassen. Der Angestellte hatte zwar zu seiner Verteidigung angeführt, daß dies nicht seine Sache, sondern Sache des Werkmeisters D. gewesen sei, und daß er, als er an die Arbeitsstelle kam, geglaubt habe, dies sei bereits durch D. geschehen. Die Revision des Angeklagten wurde am Sonnabend vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Das Unwetter

Hat am Sonnabend nicht nur in Berlin gehaust.

In Wabingen wurde ein zwölfjähriger Knabe vom Blitz erschlagen. Auch in Kläden schlug der Blitz in eine Gruppe polnischer Arbeiter ein, von denen einer getötet und drei verletzt wurden.

In einer Kantine in der Nähe von Dobrua wurde am Sonnabendnachmittag ein 18jähriger Mann namens Kemner vom Blitz erschlagen. Seine Mutter und drei Cousins Herren, die sich ebenfalls in der Kantine befanden, blieben unversehrt.

Das furchtbare Unwetter, das über dem westlichen Kontinent niedergegangen ist, hat namentlich in der Gegend von Sevilla und Engenhahn großen Schaden angerichtet. Hagelkörner bedeckten den Erdboden bis zu 10 Zentimeter Höhe. Der Blitz hat mehrfach eingeschlagen. In den Wäldern in der Umgebung des Feldbergs sind hunderte von Bäumen entwurzelt worden.

Auch in Portugal hat ein heftiges Unwetter geherrscht. Der Blitz hat an mehreren Stellen eingeschlagen und verursacht mehrere Verwundete. Der Schaden ist bedeutend. Bei Leiria schütterte ein Hagelsturm, in dem sich 20 Personen befanden, während des Gewittersturmes. Trotzdem sofort Hilfe zur Stelle war, konnten nur 5 Personen gerettet werden, während die übrigen 15 den Tod in den Fluten fanden.

Eine Reihe schenflischer Morde

wird aus den letzten Tagen gemeldet:

Ein entsetzlicher Kindesmord ist in Garburg verübt worden. Die 5 1/2 Jahre alte Tochter des Wäckermeisters Kruppa wurde von dem Barbiergehilfen Kayler angelockt, in dessen Wohnung gelockt und von ihm vergewaltigt. Der Unhold tötete darauf das Mädchen und zerstückelte die Leiche. Kayler wurde verhaftet.

Ein Ecdrama hat sich, wie die „Landeszeitung für beide Medienburg“ schreibt, in der Nähe von Neu-Strelitz abgespielt. Der Arbeiter K o h l e r durchschneit seiner Frau aus Eifersucht beim Nähen einen offenen Felder die Kehle. Der Mörder ist flüchtig, man nimmt an, daß er sich im Stadteich, in dessen Nähe er zuletzt gesehen wurde, ertränkt hat.

In Schweden bei Blauen ermordete, wie dem „Vogeländischen Anzeiger“ gemeldet wird, der Arbeiter Meinel seine Geliebte namens Wiedermann. Der Mörder ist seitdem verschwunden. Man vermutet, daß er Selbstmord begangen hat.

Aus Eifersucht tötete der Bergmann Hart in Caserop seinen Rostgänger S c h i l l, der ein Verlobungsverhältnis mit seiner Frau unterhielt, durch mehrere Messerschläge. Dann verlegte er seine Ehefrau lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

In D o m e r s h e i m (Bezirksamt Zweibrücken) hat der 17jährige Aderbursche Otto Toussaint das 12jährige Mädchen Ralle durch eine grobe Anzahl von Messerschlägen in der furchtlichsten Weise verletzt, nachdem er vorher an dem Kinde ein Stillschleichenverbrechen verübt hatte. An das Aufkommen des Kindes ist kaum zu denken. Nach seiner Tat hatte Toussaint den Ort des Verbrechens verlassen, war dann nach einiger Zeit wieder zurückgekehrt und hatte dem Kinde, als er es noch am Leben fand, weitere Schnittwunden beigebracht. Toussaint, der geisteskrank zu sein scheint, wurde verhaftet.

Eine unangenehme Unterbrechung

erfuhr, wie aus New York gemeldet wird, ein Diner des ehemaligen Votchschafters in Berlin, Charlemagne Tower.

Einer seiner Diener erkrankte plötzlich und mußte in ein Hospital gebracht werden. Während der Votchschaft mit seinen Freunden an der Tafel saß, wurde er plötzlich aus dem Telefon gerufen, wo ihm vom Gesundheitsamt die Mitteilung gemacht wurde, daß sein Kammerdiener an Pocken erkrankt sei, und daß er sich, seine ganze Familie sowie seine Gäste nach amerikanischem Gesetz sofort einer Schutzimpfung unterziehen müßten. Tower protestierte anfangs entrüstet gegen dieses Ansinnen, mußte sich jedoch schließlich den Vorschriften des Gesetzes fügen. Bereits eine halbe Stunde später erschien ein Arzt des Gesundheitsamts mit zwei Gefäßen im Hause Tower, der

an allen Anwesenden ohne Unterschied des Ranges und des Geschlechts die Schutzimpfung vornahm.

Ein blutiges Drama in Paris.

In der um die Mittagszeit sehr belebten Rue de l'Opera spielte sich am Montag ein blutiges Drama ab. Als der Direktor der französischen Versicherungsgesellschaft Mauger sein Bureau verließ, um sich in ein nahegelegenes Restaurant zu begeben, stürzte sich plötzlich sein Schwager auf ihn, der mehrere Revolverkugeln auf ihn abgab und ihn schwer verletzete. Ein junges Mädchen, das zufällig des Weges kam, wurde ebenfalls schwer verletzt. Es sammelte sich eine bedeutende Menschenmenge an, die sich auf den Angreifer stürzte, um ihn zu lynchen. Als er sich in ein Haus flüchtete, drängten etwa zweihundert Personen nach, die den Flüchtling aus seinem Versteck hervorholten, ihn auf die Straße schleppten und dort schwer mißhandelten. Nur einem bedeutenden Polizeiaufgebot gelang es, den Verbrecher aus den Häufen der wütenden Menge zu befreien und an der Ausübung der Lynchjustiz zu verhindern. Da der Täter, der sofort verhaftet wurde, noch nicht vernehmungsfähig ist, konnte das Motiv der Tat noch nicht festgestellt werden.

Schweres Eisenbahnunglück.

Wie uns ein Telegramm aus Brüssel meldet, ist am Montagnachmittag auf der Station Dilbeek, in der Nähe von Gent, der Personenzug Brüssel-Courtrai mit einer Maschine zusammengestoßen. Dreißig Personen sind, zum Teil schwer, verletzt worden.

Einer, der seine Frau verkauft.

Aus London wird uns geschrieben:

Als die französisch-englische Entente noch nicht bestand und die Chauvinisten auf beiden Seiten des Kanals die Volksleidenschaften aufpfeiften und alte Vorurteile wach hielten, hieß es in England, daß die Franzosen von Säuern, Fressern und ähnlichem Gewürm lebten, und in Frankreich hörte man damals häufig die Versicherung, daß die Engländer sich nichts daraus machten, ihre Frauen zu verkaufen. Diese Behauptungen sind natürlich nur groteske Liebertreibungen. Doch wird es manchem neu sein, zu erfahren, daß es in England wirklich vorkommt, daß ein Mann seine Frau verkauft. So erschien am 30. Mai eine junge verheiratete Frau vor dem Magistrat und verklagte einen verheirateten Mann, der nicht ihr Gatte war, auf Alimente. Sie hatte ihren Mann in Northhite verlassen, um mit dem Beklagten zu leben. Es entspann sich nun zwischen dem Sekretär des Magistrats und der Frau folgendes Gespräch. Sekretär: „Warum verlassen Sie Ihren Gatten?“ — Frau: „Es war eine Art Verkauf; er verkaufte mich an diesen Mann für 20 Schilling.“

„Man verkaufte Sie für 20 Schilling?“

„Ja.“

„Und waren Sie damit einverstanden?“

Die Klägerin antwortete nicht, sondern lächelte nur.

„Und der Beklagte hat die ganze Zeit für Ihren Unterhalt gesorgt?“

„Ja. Dann gingen wir nach Goudthorpe und ich lebte mit ihm.“

„Nachdem Sie verkauft worden waren?“

„Ja. Nachher ging er nach Hindley, wo ich mich ihm anschloß.“

Der Fall wurde an dem Tage nicht erledigt. Er steht übrigens nicht vereinzelt da. Von Zeit zu Zeit beschäftigen sich die Gerichte in den Bergarbeitergegenden mit ähnlichen Fällen. Alle Vorkommnisse dieser Art, die uns zu Ohren gekommen sind, spielten sich wie der vorliegende Fall in Bergarbeitergegenden ab. Diese an die Sklaverei mahnenden Frauenverläufe mögen dieselben ein Ueberbleibsel aus der nicht allzu fernem Zeit sein, als die Bergarbeiter Großbritanniens noch Sklaven waren (in Schottland wurde zum Beispiel die Sklaverei der Bergarbeiter erst im Jahre 1799 abgeschafft) oder sich in einem Zustand der persönlichen Gebundenheit befanden, der dem der Sklaverei sehr ähnlich war.

Kleine Notizen.

Eine Explosion von Hochexplosivstoffen ereignete sich, wie aus Beylar gemeldet wird, auf der den Wubersischen Eisenwerken gehörigen Sotienhütte. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt. Drei von ihnen sind gestorben, der vierte befindet sich außer Gefahr.

Einem Automobilunfall fiel der bekannte belgische Sportmann Graf René de Cleres zum Opfer, als er sich auf dem Wege zur Rennbahn nach Guy in der Nähe von Lüttich befand. Infolge Versagens der Steuerung stürzte der Kraftwagen in den Straßengraben. Beide Insassen, der Graf und sein Chauffeur, wurden aus dem Wagen in den Straßengraben geschleudert. Der Graf war auf der Stelle tot, während der Chauffeur lebensgefährliche Verletzungen erlitt.

Bei einem Militärwettkampfe trug sich auf der Rennbahn in Oran ein schwerer Unfall zu. Der Unteroffizier Cah vom 8. Spahiregiment stürzte in der Steeplechase der Unteroffiziere beim Nehmen einer Fährde so unglücklich, daß er das Genick brach und auf der Stelle tot war.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Petershagen. Mittwoch, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal von Fr. Bredese.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Erlebnisse eines Weltumseilers. Von F. R. Gähler. Heft 1 u. 2. In ca. 15 Lieferungen a 10 Bl. — J. Brand u. Co., Wien VI.

Unser täglich Brot. Ernährungsrathen. Von F. Kleinjürgen. 33 S. Erd-Verlag, Eisenfeld.

Marktpreise von Berlin am 31. Mai 1913. nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,68 bis 20,70, mittel 20,58-20,62, geringe 20,50-20,54. Roggen, gute Sorte 00,00-16,70, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00 (ab Bahn). Butter, gute Sorte 16,20-16,70, mittel 15,50-16,10, geringe 15,10-15,50. Eier, gute Sorte 17,50-19,50, mittel 16,50-17,50 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mitre), gute Sorte 15,20-15,50. Haas (runder), gute Sorte 00,00-00,00. Nüchtlroh 4,00-4,50. Neu 6,40-7,60.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00. Speisebohnen, weiße 25,00-30,00. Limen 35,00-60,00. Kartoffeln (kleinbl.) 5,00-8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,50-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20-1,80. Schweinefleisch 1,40-2,00. Kalbfleisch 1,40-2,40. Gammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,20-3,00. 60 Stück Eier 1,00-4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,40-2,40. Rabe 1,80-3,20. Bänder 1,40-3,60. Decke 1,40-2,50. Sack 1,00-2,40. Schote 1,60-3,50. Zwiebel 0,80-1,60. 60 Stück Aerie 3,00-60,00.

Witterungsübersicht vom 2. Juni 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C
Ewinemünde	761,0	SW	1	Dunst	17	Saparanda	758,0			Gewollt	12
Hamburg	763,0	SW	2	Heiter	18	Betersburg	764,0			Heiter	18
Berlin	763,0	SW	2	Heiter	18	Scilly	763,0			2halb bb	12
Frankf. a. M.	764,0			1halb bb	17	Übersee	761,0			Heiter	13
Brünnen	764,0			Heiter	19	Paris	766,0			1bedekt	11
Wien	763,0			2wolken	21						

Wetterprognose für Dienstag, den 3. Juni 1913.
 Etwas kühler, vielach heiter bei meist schwachen, veränderlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 1.6. 1913	am 2.6. 1913	Wasserstand	am 1.6. 1913	am 2.6. 1913
Remel, Mühl	211	-7	Saale, Großh	104	-1
Pregel, Insterburg	-8	-10	Saale, Spandau	24	0
Weichsel, Thorn	190	+4	Saale, Rathenow	10	0
Ober, Ralbitz	128	-9	Spree, Spremberg	76	+2
Kroffen	126	-7	Beslow	82	-3
Frankfurt	131	-8	Weser, Minden	156	-16
Barthe, Schrimm	74	-6	Weser, Minden	226	-2
Landberg	40	-2	Rhein, Maximiliansau	447	+5
Rehe, Berbaum	-10	+6	Raub	215	-1
Elbe, Zeitmeritz	-44	-1	Raub	197	-1
Dresden	-160	+6	Redar, Delsbrom	74	+12
Barby	78	-2	Rain, Hanau	138	-2
Magdeburg	78	0	Weser, Zriex	139	-

+) bedeutet Waßs, -) Fall, -) Unterpegel

Speise-Eis
 Fabrikanten u. Händler
 die **Reichels Eis-Aroma-Essenzen** verarbeiten, erhöhen ihren Absatz durch die vollendetste **feine Qualität**. Sämit Sorten in Himbeer-, Erdbeer-, Ananas-, Zitronen-, Vanillegeschmack usw. und alle sonst zugehörigen Substanzen billigst.
 Erprobte Rezepte gratis.
 Otto Reichel, Berlin 5043, Eisenbahnstr. 4
Stempelfabrik
 Robert Hecht, Inh.: Altr. Schneller
 Berlin S. 42, Ritterstr. 116.
 liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
 in bester Ausführung.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Blumen- und Kranzbinderei
 von Robert Meyer,
 Inh.: P. Golitz
 Mariannenstr. 2, Tel. Mpl. 345.

Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatoren, Spritzen etc.,
 Suspensoren, sowie
 alle Artikel z. Krankenpflege
 empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
 Jotat Berlin N., Lothring Str. 60.
 Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Spezialarzt
 f. Haut-, Harn-, Frauenleiden,
 nerv. Schwäche, Weinkranke jeder Art, Eitrige Gata - Sturen in u. Co. Iona
Dr. Homeyer
 Laborat. |
 Untersuchung, Häden i. Hartw. u. |
 gegenüber
 Friedrichstr. 81, Kanoptikum.
 Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
 Honorar mäßig, auch Teilzahl.
 Separates Damenzimmer.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
 Berlin N., Brunnenstraße 58.
 Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Gutsverwaltung Birkhorst
 bei Nassenheide (Nordbahn)
 offeriert
Acker- und Waldparzellen
 an Chauffeur und Königl. Forst.
 Bitte Plan zu verlangen. [10225]

Kranzspenden
 sowie sämtliche
Blumenarrangements
 liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7303.

Harburg-Elbe.
 In unserem Neubau
Druckereigebäude und Gewerkschaftshaus,
 belegen in bester Lage der Stadt, ist auf sogleich oder später ein
moderner Laden zu vermieten.
 Größe 115 Quadratmeter, 2 moderne Schaufenster. Die Lage ist für jede Branche geeignet, besonders aber für
Herrenkonfektion.
 Auch eignet sich das Lokal zur Eröffnung eines
Cafés, einer Konditorei und alkoholfreier Restauration.
 Im letzteren Falle werden die in dem Gebäude befindlichen Säle und Sitzungszimmer dem Restaurationsbetrieb zugeteilt.
 Etwaige Wünsche wegen Umgestaltung des Ladens werden berücksichtigt. Die näheren Bedingungen sind einzusehen beim
Verlag des Volksblatt (H. Baerer & Co.),
 Harburg, Gr. Schippsee 18.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Bl. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Dührerange selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Berlin (20 Bl.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-Apothek, Barnimstr. 23. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

Sunlicht Seife
 ist in hervorragender Weise geeignet, die üblen Fettsätze u. schlechten Gerüche von Teller, Schüssel, Topf und Pfanne wie auf ein Zauberwort zu entfernen, und alsbald erglänzt das Geschin wieder in appetitlicher Sauberkeit. Das macht die Sunlicht Seife!




